



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Der Freispruch der Diktatur

Eine Analyse zeitgenössischer Diktaturforschung der
Jahre 1925 -1935, unter besonderer Berücksichtigung
von Otto Forst de Battaglias „Prozess der Diktatur“

verfasst von / submitted by

Lukas Filippovits

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 313 884

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lerhamtsstudium UF Informatik und Informtikmanagement
UF Geschichte, Soziakunde und Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	2
1. Einleitung.....	3
2. Historischer Kontext.....	7
2.1 Diktaturen der Europäischen Zwischenkriegszeit, insbesondere 1925-1935	8
Russland / Sowjetunion.....	8
Italien.....	10
Spanien	11
Polen.....	12
Türkei.....	14
Deutschland.....	15
Jugoslawien	16
2.2 Kommunistische und sozialrevolutionäre Bewegungen in der europäischen Zwischenkriegszeit	20
3. "Prozess der Diktatur" (1930) als archetypisches Werk der Diktaturforschung.....	25
3.1 Inhaltliche Zusammenfassung.....	26
3.2 Rezeption.....	37
3.3 Hintergrund und Analyse des Werkes.....	41
4. Weitere Diktaturforschung und politische Beobachtungen 1925-1935	46
4.1 Anglo-Amerikanische Veröffentlichungen	47
4.2 Italienische Veröffentlichungen am Beispiel von Fransceco Nitti und Carlo Sforza	55
4.3 Deutschsprachige Veröffentlichungen	59
4.4 Gemeinsamkeiten und Trennlinien	66
5. Moderne wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit autoritären Systemen.	69
6. Conclusio	75
Literaturverzeichnis.....	80
Anhang A: Abstract.....	84

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle einen Dank an meinen Betreuer Dr. Oliver Rathkolb aussprechen, der mir im Prozess der Fertigstellung dieser Arbeit sowohl bei Fragen zur Methodik wie auch mit Hinweisen auf bestimmte Werke zur behandelten Thematik stets zur Seite stand.

Außerdem gilt mein Dank den Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Österreichischen Nationalbibliothek sowie der Universitätsbibliothek, die bei vielen Anfragen nach Materialien aus dem Sperrarchiv nicht nur ihre Expertise in ihrem Fach, sondern auch ein großes Maß an Geduld mit einem gestressten Studenten an den Tag legten. Eine ähnliche Rolle nahm meine gute Freundin Jeannique Darby ein, die mir Zugang zu den Bibliotheken der Universität in Oxford ermöglichte und mir in Zeiten des Selbstzweifels häufig eine akademische aber auch persönliche Unterstützung war.

Neben meinem sozialen Umfeld, das mich gerade durch die letzten Wochen des Schreibprozesses getragen hat, gilt ein besonderer Dank auch meiner Mutter Susanne Filippovits, die mir nicht nur als Lektorin, sondern auch als emotionale Unterstützung eine große Hilfe in der Fertigstellung dieser Diplomarbeit war.

1. Einleitung

Im Laufe des letzten Jahrzehntes erlebte die demokratiepolitische Situation in Europa einen spürbaren Schub in eine autoritäre Ausrichtung. Rund um die Regime in Ungarn, Polen oder der Türkei wird in Medien diskutiert, inwieweit von einer „autoritären Demokratie“ oder einer einer „demokratischen Autokratie“ gesprochen werden kann und welche Konsequenzen die Entwicklungen in diesen Ländern für Europa haben könnten.^{1 2}

Solche Diskussionen verleiten den Historiker zurück zum Blick in die Zwischenkriegszeit. Im Laufe der Jahre 1917-1939 entsprang den Friedensverträgen des ersten Weltkriegs eine Vielzahl neuer, junger Nationalstaaten, die sich beinahe ausnahmslos durch demokratische Verfassungen konstituierten. Innerhalb weniger Jahrzehnte entwickelte sich jede dieser Demokratien schließlich zu einer Diktatur. Auch damals wurde dieser Prozess von Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern aufmerksam beobachtet und kommentiert.

In der hier präsentierten Arbeit sollen solche Beobachtungen über die stetig wachsende Zahl an Diktaturen im Europa der 1920er und -30er Jahre gesammelt und auf inhaltliche Gemeinsamkeiten analysiert werden. Außerdem soll der Kontextualisierung der präsentierten Texte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dabei soll eine Reihe von Fragen näher geklärt werden.

Zum Ersten stellt sich dem Leser/der Leserin der wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten über die Diktatur die Frage, welche Texte eine allgemeine und häufig vertretene Meinung wiedergeben, und welche sich deutlich von einer solchen distanzieren. Diese Suche nach einem Standard kann dabei helfen, weitere Forschung über dieses Thema besser zu kontextualisieren. Dies führt zu der ersten Forschungsfrage:

- Welche leitenden Ideen und Themen bestimmen die Beobachtung der und Forschung über die Diktaturen der 1920er und -30er Jahre?

Zweitens legt diese Arbeit besonderen Wert darauf zu eruieren, wie die zeitgenössischen Beobachter die Entstehungsgeschichte der europäischen Diktaturen einschätzten. Die Tatsache, dass gerade in dieser Phase der europäischen Geschichte eine so große Zahl an Demokratien innerhalb weniger Jahre zu autoritären Staatsformen wurde, wirft die unvermeidbare Frage nach dem Grund für diesen Wandel auf. Dementsprechend wird die zweite Forschungsfrage wie folgt formuliert:

¹Vgl.: z.B.: Hüseyin I. Çiçek, Von der schwachen Demokratie in die personalisierte Autokratie In: Der Standard Online, 6.7. 2018, Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000082907875/von-einer-schwachen-demokratie-in-eine-personalisierte-autokratieerdogans-tuerkei>. Letzter Zugriff am 27.11.2019

² Vgl.: z.B: Hans Rauscher, Europa Faschistisch-Autoritär. In: Der Standard Online, 2.2.2016, Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000030254460/europa-faschistisch-autoritaer>. Letzter Zugriff am 27.11.2019

- Welche Grundvoraussetzungen für das Entstehen einer Diktatur werden von zeitgenössischen Beobachtern formuliert?

Letztlich soll in dieser Arbeit auch ein abschließender Blick auf die gegenwärtige politische Situation und Diktaturforschung geworfen werden. Zweifelsfrei ist die Diktaturforschung seit dem Jahr 1930 um einige Aspekte reicher geworden, es stellt sich jedoch die Frage, ob die historiographischen und politikwissenschaftlichen Wurzeln der 1930er Jahre auch noch in moderner Forschung zu erkennen sind. Daher soll an dieser Stelle die folgende Frage beantwortet werden:

- Welche Parallelen können zwischen Beobachtungen der Diktaturen in den 1920er und -30er Jahren und aktueller Diktaturforschung gezogen werden?

Durch die Beantwortung dieser Fragen soll ein allgemeines Bild über die Diktaturforschung der Zwischenkriegszeit und deren Bedeutung für die Geschichtswissenschaften erstellt werden.

Die Arbeit wird dazu in vier Teile eingegliedert. Zunächst soll ein knapper historischer Kontext für die Situation in Europa rund um die 1920er Jahre erstellt werden, um die jeweiligen Meinungen und Beobachtungen der Zeitgenossen besser einordnen zu können. In einem zweiten Teil wird das außerordentliche Werk „Prozess der Diktatur“, herausgegeben von dem österreichischen Schriftsteller und Geisteswissenschaftler Otto Forst de Battaglia, genauer betrachtet. Es handelt sich dabei um die wohl umfassendste Sammlung an Einschätzungen zu der Diktatur im behandelten Zeitrahmen. Zur Ergänzung dieses Buches wird in einem dritten Teil eine Sammlung an inhaltlich ähnlicher Lektüre vorgestellt, wodurch das Bild von der Diktaturforschung und Berichterstattung der Zwischenkriegszeit vervollständigt wird. Dabei wird darauf geachtet, dass die jeweiligen Texte nicht mehr als fünf Jahre vor oder nach „Prozess der Diktatur“ veröffentlicht wurden. In einem abschließenden vierten Teil wird ein kurzer Überblick über die moderne Diktaturforschung gegeben, um einen Vergleich mit den vorher behandelten Werken möglich zu machen.

Bereits bei einer oberflächlichen Lektüre des im Weiteren behandelten Materials lassen sich einige Vermutungen über die Entwicklung der Diktaturforschung in diesen Jahren anstellen. Zunächst scheint es offensichtlich, dass die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 und 1930 einen starken Einfluss auf die politische Realität der europäischen Staaten hatte und den ohnehin bereits existierenden Aufschwung der autokratischen Systeme weiter bestärkte. Dass sich durch diese Verschärfung der Situation zeitgleich auch ein Paradigmenwechsel in der Diktaturforschung ergibt, wäre eine naheliegende Schlussfolgerung. Es wird also an dieser Stelle als eine erste These formuliert:

- Die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre löste eine dauerhafte Neuausrichtung der Europäischen Diktatur- und Autokratieforschung aus.

Zweitens kann nicht übersehen werden, dass innerhalb dieser Periode eine falsche Einschätzung gegenüber der Situation in Deutschland immer wieder zur Sprache kommt. Oft wird behauptet, Deutschland sei kein Kandidat für eine Diktatur oder gar für ein faschistisches System. Als Beispiel sei hier der deutsche Nationalökonom Moritz Julius Bonn genannt, der 1929 schreibt:

„In Deutschland hat glücklicherweise die Stabilisierung der Währung dem Anwachsen der sozialen Anarchie Einhalt geboten und den deutschen Faschismus damit im Keim erstickt“³

Wie hier dargelegt werden soll, sind solche Aussagen über Deutschland, wie auch über Österreich, keine Ausnahmen, sondern reflektieren vielmehr eine breit vertretene Meinung über die Stabilität der mitteleuropäischen Demokratien. Eine zweite These für diese Arbeit lautet daher:

- Die Bedrohung der politischen Stabilität durch rechtsextreme und nationalistische Bewegungen in Europa um 1930 wurde von zeitgenössischen Beobachtern unterschätzt.

Diese Thesen gilt es im Verlauf dieser Arbeit zu beweisen oder zu falsifizieren.

Im Folgenden wird an mehreren Stellen von „autoritären Systemen“ gesprochen. Dabei hält sich die hier dargelegte Analyse an Juan Linz‘ Definition autoritärer Systeme. Linz klassifiziert ein autoritäres System durch die folgenden Faktoren⁴:

- Begrenzter zugelassener Pluralismus in der Gesellschaft
- Begrenzte Möglichkeiten zur politischen Partizipation
- Etablierung von Mentalitäten, die das Handeln der Bevölkerung beinträchtigen.
- Machtausübung eines Herrschers oder einer Partei über einen begrenzten Zeitraum.

Der Begriff „totalitäre Systeme“ wird ebenfalls öfter verwendet. Auch hier wird auf Linz zurückgegriffen, der den Begriff totalitär als eine Steigerungsform des autoritären Systems sieht, allerdings auch auf eine bewusste Trennung der beiden Begriffe hinweist. Ein totalitäres System definiert sich laut Linz durch die folgenden Faktoren⁵:

- Ein monistisches Machtzentrum
- Eine exklusive und autonome Ideologie, mit der sich die herrschende Gruppe identifiziert
- Beteiligung und aktive Mobilisierung der Massen

Gleichzeitig muss davon abgesehen werden, Juan Linz in seiner Definition des Diktatur-Begriffes zu folgen. Linz weist darauf hin, dass der Diktaturbegriff in der modernen Forschung idealerweise nicht

³ Vgl.: Jens Hacke (Hrsg.), Moritz Julius Bonn – Zur Krise der Demokratie. Texte aus der Weimarer Republik 1919-1932 (Berlin 2015). S223

⁴ Vgl.: Juan Linz, Autoritäre Regime. In: Dieter Nohlen (Hrsg.) Wörterbuch Staat und Politik (München 1996). S.35-37

⁵ Vgl.: Juan Linz, Totalitäre und Autoritäre Regime (Berlin 2003) S. 25

mehr verwendet werden solle, da er unter anderem eine Rückkehr in einen verfassungstreuen Zustand impliziert. Es könnte also eher vor einer „Notstandsregierung“ gesprochen werden.⁶

Diesen Diktaturbegriff in der folgenden Arbeit anzuwenden wäre sowohl anachronistisch wie auch wenig hilfreich in dem Versuch, einen Überblick über die zeitgenössische Literatur der Zwischenkriegszeit zu gewinnen. Der Begriff „Diktatur“ wird in dem hier behandelten Zeitraum sowohl für verfassungskonforme wie auch für autoritäre und totalitäre Systeme angewandt. Es wird sich daher darauf beschränkt, denselben, sehr weit gefächerten Diktaturbegriff anzuwenden, der rund um das Jahr 1930 verwendet wurde.

⁶ Vgl. Ebd. S:16-18

2. Historischer Kontext

Um die Gedanken der zeitgenössischen Politiker, Historiker, Journalisten und anderer Beobachter der politischen Lage in der europäischen Zwischenkriegszeit besser nachvollziehen zu können, lohnt es sich, einen Überblick über die Situation zu erlangen, mit denen diese Autoren sich konfrontiert sahen. Zum einen kann damit ein Kontext für die chronologische Einordnung verschiedener Schriften geschaffen werden – eine Schrift über die Nationalsozialistische Partei muss schließlich zwangsläufig im Jahr 1928 eine andere Perspektive aufweisen als im Jahr 1932 – zum Zweiten kann durch eine kurze Beobachtung der einzelnen europäischen Staaten kontextualisiert werden, warum zeitgenössische Beobachter zu ihren jeweiligen Schlüssen kommen.

Diesen Kontext zu schaffen und damit den Rest der Arbeit auch in die behandelte Periode einzubetten, ist Ziel dieses Kapitels. Neben einer kurzen Auseinandersetzung mit verschiedenen europäischen Diktaturen zwischen 1925 und 1935 wird außerdem eine kurze Zusammenfassung von ausgewählten sozialrevolutionären Parteien, Bewegungen und Aufständen geboten, da diese von den später zitierten Autoren auffallend häufig mit der Institution Diktatur in Verbindung gebracht werden.

2.1 Diktaturen der Europäischen Zwischenkriegszeit, insbesondere 1925-1935

Der Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen ist in Europa oft synonym mit der Etablierung und dem raschen Zerfall von Demokratien und dem Aufstieg verschiedener autokratischer Systeme. Da sich diese Arbeit gegenständlich mit der Beobachtung von Diktaturen in der späteren Zwischenkriegszeit auseinandersetzt, ist es angebracht, einen knappen Überblick über die Diktaturen in Europa im behandelten Zeitraum zu geben. Während in dieser kurzen Zusammenfassung eine detaillierte Auseinandersetzung mit den jeweiligen Regimen nicht möglich ist, so soll doch ein Fokus darauf gelegt werden, welche Umstände die Machtergreifung des jeweiligen Diktators herbeigeführt haben.

Der überblicksartige Charakter dieses Kapitels muss außerdem zwangsläufig eine gewisse Reduktion des – doch sehr umfassenden – zu behandelten Materials mit sich bringen. So werden Diktaturen, die aus dem behandelten Zeitrahmen nur knapp herausfallen – wie etwa jene Francos in Spanien oder Salazars in Portugal – hier nicht näher behandelt. Außerdem werden Regime, die in der behandelten zeitgenössischen Literatur nicht näher erwähnt werden – etwa die autoritären Regime in Österreich, Griechenland und Rumänien – ebenfalls nicht genauer erläutert.

Russland / Sowjetunion

Wenn sich mit der Errichtung von autoritären Staaten nach dem ersten Weltkrieg befasst wird, so muss an erster Stelle eine Auseinandersetzung mit Russland und den russischen Revolutionen erfolgen. Das Imperium der Romanovs war bereits vor dem ersten Weltkrieg geschwächt, fühlte sich von Deutschland bedroht und war ökonomisch sowie in seinem Grad der Industrialisierung den westlichen Staaten weit hinterher.⁷ Der Staat war instabil, der jahrelange Krieg brachte schließlich die bröckelnde Monarchie zu Fall. Durch Aufstände der Militärs und Arbeiter, die im Laufe der Jahre immer mehr an Unterstützung gewannen, sah sich der Zar im März 1917 dazu gezwungen abzudanken. Als der designierte Thronfolger ebenfalls auf den Thron verzichtete, war die „Februarrevolution“⁸ abgeschlossen und Russland wurde zu einer Republik.

In den Monaten zwischen März und Oktober 1917 wurde durch mehrere Entwicklungen augenscheinlich, dass die Übergangsregierung die notwendige Unterstützung aus der Bevölkerung nicht lange halten können würde. Erstens wurden mehrere zentrale Versprechen der Revolution

⁷ Vgl.: Dominic Lieven, Russia, Europa and World War I, In: Edward Acton (Hrsg.), Critical Companion to the Russian Revolution 1914-1921 (London 1997). S. 37-48.

⁸ In Russland galt bis zur Machtübernahme der Bolschewiken der julianische, statt dem akkurateren gregorianischen Kalender. Die Februarrevolution fand dementsprechend für Westeuropa im März, die Oktoberrevolution im November statt.

nicht umgesetzt, darunter ein sofortiger Ausstieg aus dem Krieg, so wie eine schnelle Landreform, die der de-facto Leibeigenschaft auf dem Land ein Ende setzen würde. Zweitens entstanden in diesen Monaten unzählige Sowjets, Arbeiterräte und Fabrikräte, die das Machtvakuum zu füllen suchten.⁹ In letzter Instanz spielte auch die Tatsache, dass die Übergangsregierung bald die Kontrolle über die Armee verlor, eine tragende Rolle in ihrem Machtverlust.¹⁰

Als die Bolschewisten, angeführt von Lenin, im November 1917 schließlich die Macht an sich rissen, stießen sie dementsprechend auf wenig Widerstand in den Städten Moskau und Petrograd. Der zentrale Punkt von Lenins Machtergreifung war allerdings die Tatsache, dass die Bolschewiken innerhalb kürzester Zeit einen autoritären Einparteienstaat errichteten. Die Opposition in Form der Menschewiken und der moderat-sozialistischen SR wurde aus einer möglichen Regierungsbildung ausgeschlossen, das demokratisch gewählte verfassungsgebende Komitee nach seiner ersten Sitzung wieder aufgelöst.¹¹ Mit dem Beginn der Sowjet-Ära war Russland ein autoritärer Staat, die kurze Phase der freien Republik dauerte nur wenige Monate an.

In den Jahren des durch die Oktoberrevolution ausgelösten Bürgerkrieges wurde dieses autoritäre System weiter zugespitzt. Die „Diktatur des Proletariats“ erwies sich in erster Linie als eine Diktatur der Parteispitzen der Bolschewiken.¹² Mit dem Tod Lenins zu Beginn 1924 war die Frage nach der weiteren Ausrichtung der Sowjetunion allerdings wieder aufgeworfen. Die folgende Machtübernahme Stalins erfolgte in mehreren Schritten. Nachdem Stalin sich klar gegen den von Lenin bevorzugten Trotzki durchsetzen konnte, schaltete er bis ins Jahr 1929 gezielt jene Parteispitzen aus, die ihm gegenüber eine offene Opposition darstellten.¹³ Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist die Sowjetunion endgültig als eine totalitäre Diktatur zu werten.

Mit Stalins Machtübernahme wurde auch in einer der zentralen Fragen des revolutionären Russlands ein Richtungswechsel unternommen. Lenin und seine engsten Anhänger hatten den Kurs noch auf eine „Weltrevolution“ gelenkt. Man erhoffte sich Revolutionen in Europa – vor allem in Deutschland – die schließlich den Sozialismus über die Welt hinaustragen würden. Stalin zielte allerdings auf den „Sozialismus in einem Land“ ab, nach dem die Sowjetunion sich nach innen richtete, und keine revolutionären Bestrebungen im Ausland mehr unterstützte. Während de facto ein großer Teil aller

⁹ Vgl.: Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006) S.37-41

¹⁰ Vgl.: Allan Wildman. The Breakdown of the Imperial Army in 1917 In: Edward Acton (Hrsg.), Critical Companion to the Russian Revolution 1914-1921 (London 1997). S. 69-79

¹¹ Vgl.: Alexander Rabinowitch, The October revolution. In: Edward Acton (Hrsg.), Critical Companion to the Russian Revolution 1914-1921 (London 1997). S. 88-91

¹² Vgl.: Helmut Altrichter Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991 (München 2001) S.42-49

¹³ Vgl.: Ebenda S.64-67

kommunistischen Bewegungen weltweit sich weiterhin an der Sowjetunion unter Stalin orientierte, war die weltweite Revolution des Proletariats nun nichtmehr die höchste Priorität der UdSSR.

Italien

Der untrennbar mit Benito Mussolini verbundene italienische Faschismus ist nicht nur für die Historiker des 21. Jahrhunderts ein intensiv aufgearbeitetes Forschungsfeld. Auch für Politiker, Journalisten und andere Beobachter der Zwischenkriegszeit war Italien das wohl bedeutendste Beispiel für den Archetyp einer europäischen Diktatur.¹⁴ Dabei weist der Prozess der Machtergreifung Mussolinis deutliche Unterschiede zu jenem der Diktatoren in Polen, Spanien oder Jugoslawien auf.

Die faschistische Bewegung wurde von Mussolini und einer kleinen Menge an ihm gleich- oder ähnlich gesinnten Personen im März 1919 gegründet, sie erlangte allerdings bis Mitte 1920 keine bedeutende Anzahl an Mitgliedern. Erst durch die gewaltsame Niederschlagung einer Welle an – unter anderem durch die sozialistische Partei ausgelösten – Arbeiteraufständen und Streiks in großen Teilen Italiens erlangten die faschistischen „Schwarzhemdler“ öffentliche Bekanntheit in ganz Italien.¹⁵

Mussolini formierte die faschistische Bewegung zu einer politischen Partei, welche er in den folgenden Jahren einsetzte, um zunehmende Bedeutung in der politischen Landschaft zu erlangen. Im Herbst 1922 besetzten die Faschisten mehrere bedeutende Städte in Norditalien. Der bekannte „Marsch nach Rom“ im Oktober 1922 war allerdings weniger ein Putschversuch als eine erfolgreiche Einschüchterungstaktik Mussolinis. Die faschistischen „squadristi“, die in die Stadt einmarschierten, zählten nicht mehr als 25.000 Mann, viele von ihnen waren nicht oder nur schlecht bewaffnet.¹⁶ Die römische Polizei, unterstützt von der Armee, hätte die Stadt leicht verteidigen können, der „Marsch nach Rom“ ist also als Bluff zu werten.¹⁷ Die Strategie war erfolgreich. Die Angst vor einer militärischen Auseinandersetzung mit den Faschisten war einer der Gründe, warum König Viktor Emmanuel Mussolini noch vor Ankunft der „squadristi“ in Rom mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte.

Auch wenn damit die Machtübernahme der Faschisten begonnen hatte, war Italien 1922 noch keine Diktatur. Mussolini regierte in den nächsten Jahren als Premierminister, zunächst in einer Koalition mit liberalen und nationalistischen Ministern. Erst als die faschistische Koalition 1924 mithilfe eines

¹⁴ Siehe Dazu auch Kapitel 3: Weitere Diktaturforschung 1925-1935

¹⁵ Vgl.: David G. Williamson, *The Age of the Dictators* (Harlow 2007) S.94

¹⁶ Vgl.: Gerhard Besier, *Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts* (München 2006) S.106

¹⁷ Vgl.: John Whittam, *Fascist Italy* (New York 1995), S.34-40

neuen Wahlgesetzes eine absolute Mehrheit im Parlament erlangte und ein Jahr später die Oppositionsparteien aus Protest das Parlament verließen, konnte sich Mussolini die absolute Macht im Staat sichern. Ab 1925 war Italien eine Diktatur unter Mussolini, wobei der Staat in den folgenden 15 Jahren noch weitere Transformationen durchschritt, die Mussolinis Macht stetig ausweiteten. In den 1930er Jahren hatte der Faschismus kaum noch mit Opposition zu rechnen.¹⁸ ¹⁹

Die Oppositionsparteien ausgeschalten, unternahm der italienische Faschismus in den Jahren 1932 bis 1939 vor allem interne strukturelle Veränderungen vor. Mussolini bemühte sich, die faschistische Bewegung von einer gewaltbereiten, revolutionär angehauchten Vereinigung in einen Teil des Staatsapparates zu verwandeln. Dies bedeutete, dass die Polizei wieder die Rolle der Milizen übernehmen musste, die sich während der faschistischen Machtübernahme gebildet hatten. Der Einfluss der gewaltbereiten „Privatarmee“ Mussolinis sank damit wieder²⁰ In diesen Jahren wurden auch die rassistischen und antisemitischen Stimmen innerhalb des Faschismus lauter und nahmen zunehmend mehr Einfluss auf Mussolini, was in weiterer Folge auch rassistische Gesetzesänderungen mit sich brachte.

Grundsätzlich ist beim italienischen Faschismus eine gewisse Eskalationsspirale zu beobachten. Eine instabile Ausgangssituation unmittelbar nach dem Weltkrieg führte zu einer Machtergreifung einer radikalen Bewegung, die zunächst einen autoritären, in den kommenden Jahren einen zunehmend totalitären Staat errichtete.

Spanien

Der Gedanke einer Diktatur in Spanien ist aus moderner Sicht irreversibel mit Francisco Franco verbunden, der von 1936 bis 1975 als Spaniens Diktator herrschte. Damit befindet sich Franco allerdings auch knapp außerhalb der Zeitspanne, die in dieser Arbeit betrachtet wird. Einen etwas weniger hohen Bekanntheitsgrad erreichte die Diktatur durch den General Primo de Rivera. Dieser stürzte durch einen Militärcoup im Jahr 1923 die bestehende spanische Regierung und übernahm damit die Regierungsgeschäfte, bis er 1930 zurücktrat.

Der Machtergreifung Primo de Riveras ging eine Periode der Demokratisierung und ein Erstarken des Parlamentarismus auf der einen Seite²¹, gleichzeitig aber auch eine Zeit ziviler Unruhen und

¹⁸ Vgl.: Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006) S.108-109

¹⁹ Vgl.: John Whittam, Fascist Italy (New York 1995), S.52-57

²⁰ Vgl.: Ebd. S.58-60

²¹ Vgl.: Schlomo Ben-Ami, Fascism from Above - The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain 1923-1930 (Oxford 1983) S.19-33

Arbeiteraufstände auf der anderen Seite²² voran. Besonders in Katalonien lösten Massenproteste, großflächige Streiks und durch kommunistische wie anarchistische Gruppierungen ausgeführter Terrorismus Unsicherheit im Staat aus. De Rivera war zu diesem Zeitpunkt Generalkapitän des Militärs in Katalonien und wurde vom wohlhabenden Bürgertum als stabilisierender Faktor bewertet. Mit der Unterstützung dieser Gruppe sowie einigen hochrangigen Militärs arrangierte der General im September 1923 einen Coup, der schlussendlich auch vom spanischen König unterstützt wurde. Ursprünglich mit der Vorstellung, den Staat in weniger als einem Monat neu aufzustellen und nur kurz an der Macht zu bleiben, widersprach De Rivera auch seinem eigenen Manifesto, indem er die nächste sieben Jahre lang die Regierungsgeschäfte leitete.²³

Eine Besonderheit an der Diktatur von Primo de Rivera war ein Mangel an ideologischem Hintergrund. De Rivera verfolgte, abseits von dem Verlangen nach Stabilität im spanischen Staat, keine bestimmte Zielsetzung mit seiner Diktatur. Seine Staatsführung wurde, auch von ihm selbst, als pragmatisch und stellenweise sogar improvisiert beschrieben.²⁴ Zeitgenössische Beobachter schätzten ihn im Vergleich zu anderen europäischen Alleinherrschern als „sanften“ Diktator ein.²⁵ Dabei hielt sich der spanische Diktator mittels Methoden an der Macht, die aus anderen Diktaturen durchaus bekannt waren – nämlich scharfe Zensur, Unterdrückung der Opposition, Einführung einer neuen Regierungspartei und enge Beziehungen zur katholischen Kirche.

Im Laufe des Jahres 1929 verlor de Rivera massiv an Popularität in der spanischen Bevölkerung und wurde letztendlich auch nicht mehr aktiv von König Alfonso unterstützt. Dies führte im Januar 1930 zu seinem Rücktritt, wobei de Rivera großen Wert auf einen geordneten Übergang zu einer neuen Regierung legte.²⁶

Polen

Bereits vor der endgültigen Grenzziehung des polnischen Staates nach dem ersten Weltkrieg spielte Marshall Piłsudski eine zentrale Rolle in Feldzügen gegen ein von der Revolution geschwächtes Russland. Als erfolgreicher Feldherr und Vertreter der Idee eines starken Polens, das sich in Osteuropa zwischen den Machtblöcken Russland und Deutschland erhalten konnte, war Piłsudski bereits zu Beginn der 1920er ein Favorit für das Amt des Präsidenten in einer jungen Republik. Seine

²² Vgl.: Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006) S.225

²³ Vgl.: Schlomo Ben-Ami, Fascism from Above - The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain 1923-1930 (Oxford 1983) S.53-65

²⁴Vgl.: Ebd. S.vi-ix.

²⁵ Siehe zum Beispiel: Fransceco Nitti, Bolschewismus, Fascismus und Demokratie (München 1926) S.59, Nitti beschreibt De Rivera als „harmlosesten, mildesten und unkonsequenteren Diktator der modernen Geschichte“.

²⁶Vgl.: Schlomo Ben-Ami, Fascism from Above - The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain 1923-1930 (Oxford 1983) S.378-392

politische Nähe zu der polnischen Linken war allerdings mit der regierenden Mitte-Rechts Koalition unvereinbar.²⁷

Die erste Hälfte der 1920er Jahre in Polen war von politischer Instabilität gezeichnet. Zwischen 1921 und 1926 wurden nicht weniger als 14 verschiedene Regierungen gebildet, im Parlament waren durchgehend zwischen 10 und 20 Parteien vertreten. Zusätzlich war die Republik ab 1925 mit finanziellen und wirtschaftlichen Unsicherheiten gefordert. Starke Inflation und hohe Arbeitslosigkeit führten schließlich zu immer lauter werdenden Rufen nach einer stärkeren Rolle des Präsidenten in der Verfassung – in vielen Fällen auch nach einer Diktatur.²⁸ Im Mai 1926, während Verhandlungen für eine weitere neue Regierung geführt wurden, marschierte Piłsudski mit ihm unterstellten Truppen in Warschau ein und übernahm die Kontrolle im Staat. Als ein überzeugter Linker und Nationalist, der von Sozialisten unterstützt wurde und ein rechtsgerichtetes Regime stürzte, bildet der polnische Marshall eine Ausnahme in der Geschichte europäischer Diktaturen.

Bis 1930 regierte Piłsudski in dem Versuch, die Kräfte der linken und rechten Blöcke im Land auszugleichen, und formte Kabinette aus Konservativen und Zentristen. Eine weitere politische Krise im Jahr 1930 – ausgelöst unter anderem durch Sozialisten und Kommunisten, die in Piłsudski ursprünglich einen Verbündeten sahen – brachte einen Wendepunkt. Piłsudskis Regime wurde ab diesem Zeitpunkt zunehmend autoritärer und zeigte erstmals Parallelen zum Faschismus. Auch Hitler sprach Piłsudskis in den 1930er Jahren seine Sympathien aus.²⁹

Die Diktatur Piłsudskis in Polen zeichnete sich unter anderem durch einen starken Personenkult aus, wie er ähnlich auch von Mussolini und später Hitler betrieben wurde. Piłsudski stützte sich dabei schon vor seiner Machtergreifung auf militärische und politische Taten, die ihm große Beliebtheit bei der Bevölkerung einbrachten, und wusste diese in den Jahren als Diktator weiter zu verstärken.³⁰ Dies, die besondere Rolle des Militärs, sowie ab 1930 eine systematische Unterdrückung der Opposition, sind Elemente, die charakteristisch für europäische Diktaturen sind. Ähnlich wie Mustafa Kemal in der Türkei kam Piłsudski als ein überaus beliebter General, dessen Ideologie tief in der Neugründung und Stabilisierung seiner Nation verwurzelt war, an die Macht.

Als er im Jahr 1935 verstarb, hinterließ Piłsudski einen autoritären Staat, in dem das Parlament marginalisiert, die Rolle des Präsidenten dafür besonders stark ausgeprägt war. Bis heute erfreut

²⁷Vgl.: Joseph Rothschild, Pilsudski's Coup D'Etat (New York/London 1966) S.3-11

²⁸Vgl.: Ebd. S.18-24

²⁹ Vgl.: Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006) S.154-160,

³⁰Vgl.: Ebd.

S.151-152

sich die Figur Piłsudski als einer der Begründer der Nation großer Beliebtheit in Polen, der Personenkult rund um ihn hält auch über 80 Jahre nach seinem Tod noch nach.

Türkei

Die Diktatur Mustafa „Atatürk“ Kemals in der Türkei wird in aktueller Literatur über europäische Diktaturen nur beiläufig oder überhaupt nicht erwähnt.³¹ Dies lässt sich zum einen damit erklären, dass nicht nur die Geographie, sondern zunehmend auch die politische Ausrichtung der Türkei eher in Kleinasien als in Europa situiert ist. Allerdings weist die Diktatur Mustafa Kemals auch bedeutende Unterschiede zu anderen Diktatoren in Europa auf. Doch da der ab 1934 „Atatürk“ genannte Diktator der Türkei von vielen zeitgenössischen Beobachtern im selben Atemzug mit Mussolini, Piłsudski oder De Rivera genannt wird, wird er auch an dieser Stelle kurz besprochen werden.

Kemal erarbeitete sich die Position als der „starke Mann“ der Türkei zuerst als Offizier türkischer Truppen im ersten Weltkrieg, danach vor allem als Anführer eines Unabhängigkeitskrieges in der von alliierten Truppen besetzten Türkei. Als dieser Krieg mit dem Friedensvertrag vom Juli 1923 beendet wurde, war Kemal der klare Favorit für den ersten – über eine provisorische Versammlung gewählten – Präsidenten. In den folgenden Jahren etablierte sich allerdings eine starke Opposition gegen den neuen Präsidenten, vor allem durch die konservative Partei PRP.

Der endgültige Schritt in ein autoritäres Regime erfolgte in den Jahren 1925 und 1926, als die PRP auf Befehl Kemals hin aufgelöst und einige ihrer zentralen Figuren später öffentlich hingerichtet wurden. Kemals Partei, die RPP, war damit ohne jegliche Opposition. In den 1930er Jahren experimentierte die Türkei wieder mit einem Mehrparteiensystem, was allerdings zu Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen von Anhängern der Oppositionsparteien und der Polizei führte. Auch eine Oppositionspartei, die von einem engen Freund und Anhänger Kemals gegründet und angeführt wurde, wurde dementsprechend wieder aufgelöst.³²

Kemals Regime zeichnete sich unter anderem dadurch aus, dass die Modernisierung – und damit auch eine Annäherung an den Westen – die treibende Ideologie hinter seinem Handeln war. Kemal war weder als konservativ noch als liberal einzuordnen, seine Form des Nationalismus war von jenem Nationalismus in den europäischen Staaten eindeutig zu unterscheiden.³³ Die von Kemal vorangetriebene Außenpolitik war durchaus freundlich mit der Sowjetunion, allerdings höchst kritisch gegenüber Mussolini und Hitler.

³¹ Vgl. Zum Beispiel: Jerzy W. Borejsza, Klaus Ziemer (Hrsg.) *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe* (New York 2007), Gerhard Besier, *Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts* (München 2006) oder David G. Williamson, *The Age of the Dictators* (Harlow 2007).

³² Vgl.: Feroz Ahmad, Kemal Attatürk. In: Bernd J. Fischer (Hrsg.) *Balkan Strongmen, Dictators and Authoritarian Rulers of Southeast Europe* (London 2007) S.157-158

³³ Vgl.: Ebd S.153-155

Als der „Vater der Türken“ schließlich im Jahr 1938 starb, hinterließ er eine starke und modernisierte Republik, die in den folgenden Jahren viele der liberalen Institutionen einrichtete, die in Europa ein Gegengewicht zur Diktatur darstellten: eine freie Presse, mehrere Parteien, ein Recht auf freie Meinungsäußerung und demokratische Wahlen. All diese Institutionen, so meinen seine Anhänger, seien von Kemal immer gewünscht gewesen, er habe lediglich durch seine Diktatur den Staat und die Bevölkerung in die Position versetzt sie auch zu akzeptieren.³⁴ Dieses Erbe Mustafa Kemals ist wohl auch ein weiterer Grund dafür, dass er nicht mehr im selben Atemzug mit anderen Diktatoren seiner Zeit genannt wird.

Deutschland

Kaum ein Regime wurde in den Jahren seit dessen Zerfall so intensiv untersucht wie der Nationalsozialismus unter Adolf Hitler. Die Arbeit beschränkt sich daher aber darauf, eine kurze chronologische Abfolge der Ereignisse bis hin zur Machtergreifung im Jänner 1933 aufzulisten³⁵, eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist in dem hier zur Verfügung stehenden Umfang nicht möglich.

Als im Jahr 1929 mit der Weltwirtschaftskrise eine ökonomische Katastrophe über die westliche Welt hereinbrach, war Deutschland besonders hart betroffen. Die Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik stieg stark an. Damit wurden die durch die Friedensverträge vorgesehenen Reparationszahlungen an die Siegerstaaten des ersten Weltkrieges zu einem Politikum. Die NSDAP, die einen sofortigen Stop all dieser Zahlungen verlangte, wurde unter anderem durch diese Entwicklung zu einer bedeutenden politischen Kraft.

Die Regierungskrise von 1930 führte schließlich zu einer Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen am 14. September, bei der die NSDAP ihre Repräsentation im Parlament von 12 auf 107 Sitze verstärkte. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament waren damit stark verschoben und eine Regierungsbildung ohne Beteiligung der Nationalsozialisten wurde zu einer enorm schwierigen Aufgabe. Nur durch das Tolerieren einer Minderheitsregierung von Seiten der oppositionellen Sozialdemokraten konnte eine solche verhindert werden.

Im Laufe dieser Regierung unter Reichskanzler Brüning erfolgte ein Abbau der parlamentarischen Demokratie. Brüning wusste die Unterstützung des Präsidenten Hindenburg hinter sich, gleichzeitig wurde die Macht des Präsidenten, per Notverordnungen zu regieren, in diesen Jahren weiter ausgebaut. Im April 1932 wurde Hindenburg als Präsident wiedergewählt. Er setzte sich damit auch gegen Hitler durch, der für diese Wahl von der NSDAP aufgestellt wurde.

³⁴ Vgl.: Ebd S.163

³⁵ Für diese Chronologie der Ereignisse der Machtergreifung unter Hitler vgl.: Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006) S.179-198 so wie David G. Williamson, The Age of the Dictators (Harlow 2007) S.176-205

Hindenburg und Brüning waren bis zu diesem Zeitpunkt bemüht, die Macht der Nationalsozialisten einzuschränken, was sich unter anderem in Form des Verbotes der SS und der SA wenige Tage nach Hindenburgs Wiederwahl zeigte. Mit dem Rücktritt Brünings im Mai 1932 und der folgenden Einsetzung des neuen Reichspräsidenten Papen wurde diese Politik jedoch umgedreht. Anstatt auf eine Tolerierung der Sozialdemokraten wurde nun auf die Tolerierung der Regierung durch die NSDAP gesetzt, das Verbot von Hitlers Privatarmeen wurde Ende Juli wieder aufgehoben. Die Neuwahl im Juli 1932 brachte die NSDAP von 18,3 auf 37,3% der Stimmen.

Hindenburg war weiterhin bemüht, den Nationalsozialisten keine Regierungsgewalt zu übertragen, und Hitler nicht zum Reichskanzler zu ernennen. Doch zu diesem Zeitpunkt waren der Parlamentarismus und die Macht der Regierung bereits so stark untergraben, dass jegliche Form der politischen Stabilität abhandenkam. Obwohl die NSDAP in den Neuwahlen am 6.November 1932 leichte Verluste einstecken musste, sah Hindenburg mit dem Rücktritt des Kabinetts Schleicher am 29. Januar 1933 keine andere Option mehr, als Hitler das Kanzleramt und die Regierungsbildung zu überlassen.

Die folgenden Monate waren von einem Machtausbau der NSDAP geprägt, Deutschland wurde innerhalb kürzester Zeit in einen autoritären, dann totalitären Staat umgebaut. Der Reichstagsbrand am 27.Februar veranlasste ein gewaltsames Ausschalten der Opposition, vor allem der KPD. Die Schwarz-Rot-Goldene Flagge wurde – schrittweise- durch das Hakenkreuz ersetzt. Am 28. Februar wurde per Notverordnung der Deutsche Rechtstaat ausgeschaltet, im weiteren per Pogromen sowohl Oppositionelle wie auch Jüdische Bürger vom Staat gezielt terrorisiert. Am 23. März wurde per „Ermächtigungsgesetz“ auch das Parlament de-facto ausgeschaltet. Innerhalb weniger Monate war Deutschland von einem autoritären Parlamentarismus in eine totalitäre Diktatur verwandelt worden.

Als der Präsident Hindenburg im August 1934 verstarb, wurden die Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten zusammengelegt. Hitler hatte damit die absolute Machtergreifung im Staat abgeschlossen.

[Jugoslawien](#)

Als am 1.Dezember 1918 das vereinte Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben ausgerufen wurde, war die genaue Regierungsform in der neuen Nation noch nicht ausformuliert. Ziel der eher hastigen Vereinigung dieser Nationen war unter anderem, italienische Ambitionen in Richtung Dalmatien zu einem schnellen Halt zu bringen. Doch die Spannungen zwischen Föderalisten, die für einen hohen Unabhängigkeitsgrad der verschiedenen Regionen eintraten, und den Zentralisten, die einen starken südslawischen Staat bevorzugten, bestimmten die Politik des Landes seit seiner Konzeption – und sollten diese auch noch über das gesamte 20. Jahrhundert weiterhin bestimmen.

Einigkeit herrschte allerdings in der Notwendigkeit für ein demokratisch gewähltes Parlament und eine Verfassung, die diesem Parlament die Rechte zur Regierungstätigkeit garantierte. Eine entsprechende Konstitutionelle Monarchie wurde mit der Verfassung im Juli 1920 etabliert. Die Frage nach der Machtposition des Königs über das Parlament war dabei allerdings längst nicht für alle Vertreter geklärt, und würde in den nächsten Jahren auch nie vollständig beantwortet werden.³⁶ Als im Jahr 1928 die ohnehin bereits äußerst angespannte Situation in Belgrad in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Serben eskalierte, reagierte König Alexander I. mit der Auflösung des Parlaments, der Verfassung und aller politischen Parteien, womit die Ausrufung einer Königsdiktatur in Jugoslawien einherging. Mit Jänner 1929 war Jugoslawien damit eine weitere europäische Diktatur.

Die Gründe für das Versagen der Verfassung von 1920 und für die Machtergreifung von Alexander I. sind vielfältig. Die Politikwissenschaftlerin Sabrina Ramet nennt zum einen strukturelle Problem wie den hohen Analphabetismus oder die massive Staatsverschuldung des SHS-Königreiches als mögliche Faktoren, betont aber, dass in erster Linie die Verfassung selbst wohl das größte Problem darstelle. Sie war aus einem ungelösten Konflikt heraus geboren und konnte nie eine Basis für ein stabiles Rechtssystem darstellen.³⁷

Auf die Machtergreifung folgten für eine Diktatur nicht unübliche Maßnahmen. General Petar Živković wurde zum Premierminister ernannt, andere prominente Zentralisten und Unterstützer der Diktatur wurden in die Regierung geholt, während Oppositionelle – vor allem Mitglieder der Kroatischen Bauernpartei HSS – verhaftet wurden. Auch bekannte Kommunisten wurden in den folgenden Jahren Ziel von Verhaftungen und in einigen Fällen Opfer illegitimer Hinrichtungen. Strikte Zensur aller Zeitungen und ein hoher Grad an Überwachung durch die Staatspolizei komplementieren das Bild einer klassischen europäischen Diktatur der Zwischenkriegszeit.

Eine unlegimierte Diktatur, wie sie von König Aleksander ausgerufen wurde, konnte sich in Jugoslawien allerdings nur kurzzeitig erhalten. Nicht nur der Druck interner Opposition, auch eine zunehmende kritische Einstellung europäischer Großmächte wie Frankreich gegenüber der Königsdiktatur machten die Notwendigkeit einer legitimierten Herrschaftsform augenscheinlich. Eine im Jahr 1931 erstellte neue Verfassung sollte ein gewähltes Parlament etablieren, ohne dabei die bestimmende Macht im Staat aus den Händen des Königs fallen zu lassen. Sämtliche Oppositionsparteien boykottierten diese Wahlen, was die Wahlbeteiligung auf 30% drückte.

³⁶ Vgl.: Sabrina P. Ramet. *The three Yugoslavias: state-building and legitimization, 1918-2005*. (Washington D.C./Bloomington 2006) S.35-57

³⁷ Vgl.: Ebd. S.75-77.

Anfang der 1930er-Jahre kam unter anderem als Reaktion auf die Diktatur eine kroatische Bewegung auf, die in den folgenden Jahren auch gewaltsam gegen die Königsdiktatur von Alexander I. vorging: Die von Ante Pavelić angeführte Ustaša-Bewegung war in ihrer Ideologie nationalistisch und ihrem Charakter stark am Faschismus orientiert. Nach einem vereitelten Anschlag im Dezember 1933, erreichte die Ustaša im Oktober 1934 schließlich ihr Ziel in der Ermordung von König Aleksander bei einem Staatsbesuch in Marseille. Anders als von Pavelić erhofft führte dieser Akt allerdings nicht zu einem Machtwechsel in Jugoslawien. Vielmehr erregte die Ustaša damit den Unmut ihrer ehemaligen Unterstützer in Ungarn und Italien, womit sie in den folgenden Jahren wieder an Einfluss verlor.³⁸

Unter Alexanders Nachfolger, Prinzregent Paul, erfolgte in den nächsten Jahren eine schrittweise Annäherung zu einer Rückkehr in den Parlamentarismus. Wahlen in den Jahren 1934 und 1938 brachten ein Erstarken der Opposition, wobei der Prinzregent bis zur Invasion Deutschlands und Italiens 1941 eine zentrale Rolle in der Regierungsbildung und Besetzung von Ministerposten übernahm.³⁹

Zusammenfassend sollen zu diesem kurzen Überblick an dieser Stelle zwei grundsätzliche Beobachtungen festgehalten werden.

Zum Ersten ist zu beobachten, dass die Dichte an autoritären Regierungsformen in Europa ab etwa 1925 besonders zunahm. Die Ideen des Parlamentarismus und des Liberalismus waren angeschlagen und konnten sich vor allem in den Siegermächten des ersten Weltkrieges (insbesondere Frankreich und England) weiterhin behaupten. Um das Jahr 1930 herum war autoritäre Herrschaft dementsprechend einer gewissen Normalisierung in der öffentlichen und politischen Debatte ausgesetzt. Dies ist in weiteren Analysen der Literatur aus dieser Zeit zu beachten.

Zweitens ist auffällig, dass die Form der Machtergreifung einen gewissen Zusammenhang mit dem Charakter der Diktatur aufweist. Ein Putsch oder Staatsstreich wie er von Primo de Rivera oder Piłsudski durchgeführt wurde, führte in der Regel zu einem autoritären Regime, während die totalitären Systeme in Deutschland und Italien sich zunächst hauptsächlich politischer Mittel bedienten, um die Macht an sich zu reißen – wobei beide von einer Form von paramilitärischen

³⁸ Vgl.: Sabrina P. Ramet. *The three Yugoslavias: state-building and legitimization, 1918-2005*. (Washington D.C./Bloomington 2006) S.82-92

³⁹ Vgl.: Ebd. S.94-111.

Verbänden unterstützt wurden.⁴⁰ Die Oktoberrevolution in Russland weist sowohl politische wie auch revolutionäre Elemente auf und wird letztlich auch von der Unterstützung des Militärs getragen.

⁴⁰ Selbstverständlich ist diese Beobachtung nicht in allen Fällen zutreffend. Die Errichtung des Austrofaschismus in Österreich beruhte ebenfalls auf politischen Mitteln, unterstützt von einer Privatarmee der christlichsozialen Partei. Ob der Austrofaschismus als totalitär einzustufen ist, ist allerdings fraglich.

2.2 Kommunistische und sozialrevolutionäre Bewegungen in der europäischen Zwischenkriegszeit

Nie war das sprichwörtliche Gespenst des Kommunismus in Europa so präsent wie in jenen Jahren zwischen der Oktoberrevolution und dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Dass die Vorstellung einer proletarischen Revolution, wie sie von Marx und Engels angedacht wurde, reale Auswirkungen auf das politische Denken und Wirken der damaligen Machträger hatte, ist unter anderem auch in den unten genauer abgehandelten Werken klar zu erkennen. Die Möglichkeit der kommunistischen Revolution wird oftmals im selben Atemzug mit jener einer faschistischen Machtergreifung genannt, in vielen Fällen scheinen Bewegungen, die sich an den russischen Bolschewiken orientieren, den zeitgenössischen Beobachtern mehr Sorgen zu bereiten, als jene, die ihr Gedankengut von den italienischen Faschisten ableiten.

Es scheint daher angebracht, an dieser Stelle einen kurzen Überblick über verschiedene kommunistische und sozialrevolutionäre Bewegungen und Parteien in der europäischen Zwischenkriegszeit zu schaffen.

Zusammenhänge zwischen einer autoritären Staatsführung und den sozialistischen Bewegungen in diesem Staat finden sich bereits vor dem ersten Weltkrieg. Der britische Historiker Dick Geary weist darauf hin, dass in eben jenen Staaten, in denen gegenüber der Arbeiterschicht eine liberale Politik vertreten wurde, sich auch eine entsprechend liberale und angepasste sozialistische Bewegung entwickelte. Als Beispiel dafür nennt er Großbritannien. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die frühen sozialistischen Bewegungen in Staaten wie Deutschland, Russland und Spanien sich schon um die Jahrhundertwende in eine radikalere Richtung entwickelten. Geary führt dies auf semi-autoritäre politische Systeme zurück, die auch von der Mittelschicht der jeweiligen Länder unterstützt wurden.⁴¹

Zwei wesentliche Entwicklungen, die seit Beginn des ersten Weltkrieges eingetreten waren, veränderten das politische Klima in ganz Europa zugunsten der sozialistischen und kommunistischen Ideen. Zum Ersten schickte die russische Oktoberrevolution ein Signal über den Kontinent, das vor allem in den ersten Monaten und Jahren nach dem Krieg revolutionäre Tendenzen bestärkte.

Zweitens brachte die durch den Krieg durchgeföhrte Umstellung der Wirtschaft massive Veränderungen in der demographischen Zusammensetzung sowie dem Selbstbewusstsein der europäischen Arbeiterschaft.

Die Reaktion auf die Machtergreifung der Bolschewiken in Russland war zunächst eine eher negative, auch bei Sympathisanten und Arbeiterräten. In West- und Mitteleuropa waren die Informationen

⁴¹ Vgl.: Dick Geary, Labour and socialist movements in Europe before 1914. (Oxford/New York/München 1989)

über die Revolution und den darauffolgenden Bürgerkrieg von anti-kommunistischer Propaganda geprägt. Außerdem wirkte die Tatsache, dass die Oktoberrevolution alles andere als gewaltfrei verlief und Russland in einen Bürgerkrieg stürzte, eher abschreckend auf ihre Genossen in Europa. Auch wenn die Bolschewiken ein Negativbeispiel darstellten, so waren sie doch ein Zeichen für Kommunisten im Rest Europas: Ein Umsturz des Regimes durch eine vereinte, militarisierte Arbeiterschaft sei möglich.⁴² Der Historiker Eric Hobsbawm argumentiert auch, dass jegliche Form von sozialrevolutionären Bewegungen in den Jahren nach der Oktoberrevolution sich zwingend an Moskau orientieren musste. Schließlich waren beinahe alle kommunistischen Parteien in Europa eng mit den Bolschewisten in Russland verknüpft.⁴³

Der erste Weltkrieg brachte mehrere bedeutende Veränderungen an den Tag, die Arbeiter in Europa in eine revolutionäre Stimmung versetzten. Der Lebensstandard der Arbeiterschicht war in den Kriegsjahren massiv gesunken, vor allem in Deutschland sorgten Lebensmittelknappheit und Inflation für Unzufriedenheit in den Fabriken. Gleichzeitig war in den späteren Jahren des Krieges eine stärkere Diskrepanz zwischen der Arbeiterklasse – dem Proletariat – und der Bürgerschicht – der Bourgeoisie – spürbar. Arbeiter vertraten zunehmend die Meinung, der Krieg würde nach dem Willen der nationalen Eliten, aber auf dem Rücken des Proletariats ausgetragen. Außerdem war die Besetzung der europäischen Fabriken durch die Einsetzung großer Mengen weiblicher Arbeitskräfte während dem Krieg, und schließlich durch die Rückkehr der Kriegsveteranen innerhalb kürzester Zeit starken demographischen Veränderungen ausgesetzt. Die Forderung einer besser gestellten Arbeiterschaft hatte damit eine Überschneidung mit der Forderung nach einer neuen Rolle der Frau in der Gesellschaft.⁴⁴

Das wohl bekannteste Beispiel für den Zusammenhang zwischen sozialistisch-revolutionären Bewegungen und den Aufstieg von rechten, konservativen und nationalistischen Systemen ist in Italien zu finden. Die italienische PSI, die sich 1921 in einen sozialistischen und einen kommunistischen Flügel spaltete, organisierte in den frühen 1920er Jahren mehrere Generalstreiks und Arbeiteraufstände, die Italienischen Fabrikbesitzern und anderen privaten Unternehmen ein sprichwörtlicher Dorn im Auge waren. Die Angst vor einer Revolution von der extremen Linken war eine der treibenden Kräfte im Aufstieg der Faschisten, die Zerschlagung dieser Generalstreiks der wohl größte Erfolg in der frühen Geschichte der faschistischen Bewegung.^{45 46} Italien dient damit als

⁴²Vgl.: Albert Lindemann, *A History of European Socialism* (London 1983) S.206-208

⁴³ Vgl.: Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München 1998) S.97-103

⁴⁴ Vgl.: Dick Geary, *European Labour Protests 1848-1939* (London 1981) S.134-154

⁴⁵ Vgl.: John Whittam, *Fascist Italy* (New York 1995), S.28-34

⁴⁶ Vgl.: Albert Lindemann, *A History of European Socialism* (London 1983) S.291-295

ein Beispiel für eine Gesellschaft, die, vor einer Form der linken Radikalität Schutz suchend, sich der radikalen Rechten zuwandte.⁴⁷

In Deutschland war die Lage unmittelbar nach Kriegsende kurzzeitig in einem ähnlichen Zustand wie in Italien 1921 oder in der Sowjetunion 1917. Das durch den Zerfall des Kaiserreiches entstandene Machtvakuum wurde in Berlin zunächst von Arbeiter- und Soldatenräten gefüllt, die sich schließlich auch zu einem Zentralrat zusammenfanden, bevor mit der Verfassung von Weimar die Grundlagen für eine demokratische Republik geschaffen wurden. Direkt nach dieser „Novemberrevolution“ war eine Räterepublik Deutschland also denkbar, allerdings aufgrund der inneren Spaltung der Sozialdemokraten in SDP – die sich zur Gründung einer Nationalversammlung bekannte – und USDP – die für eine sozialistische Räterepublik eintrat – äußerst unwahrscheinlich.⁴⁸

Außerhalb der Hauptstadt konnten sich sozialistische und auch bolschewistische Machtergreifungsversuche kurzzeitig etwas stärker behaupten. In Bremen war eine „Diktatur des Proletariats“ nach sowjetischen Vorbild angedacht, bis Regierungstruppen diesen Bestrebungen im Februar 1919 ein Ende bereiteten, den Arbeiterrat auflösten und die Verwaltungsmacht stattdessen der Nationalversammlung übertrugen. Im Ruhrgebiet bildeten sich vereinzelt Arbeiterräte aus Mitgliedern sozialistischer und kommunistischer Parteien, die sich ähnlich wie in Bremen erst durch gewaltsames Eingreifen der Regierungstruppen im April 1919 auflösten.⁴⁹ In Bayern wurde die Bewegung der Arbeiterräte besonders stark, dort wurde allerdings die Macht der zentralen Behörden bereits im Jänner 1919 akzeptiert – es kam zu einer größtenteils funktionierenden Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Räten und republikanischen Behörden. Einzig in München kam es durch die Ermordung des Revolutionsführers Kurt Eisner zu einer Radikalisierung der Arbeiter- und Soldatenräte und zur Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik in Bayern, die allerdings nur kurzzeitig Bestand hatte. Inwieweit die Ausrufung dieser Räterepublik außerhalb von München angesehen wurde, ist außerdem fraglich.⁵⁰

Revolutionäre Bedingungen herrschten also auch in Deutschland in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, würden allerdings im Laufe der 1920er Jahre langsam wieder versickern. Der „Schock“ der Novemberrevolution saß allerdings manchen deutschen Bürgerlichen noch tief in den Gliedern – was sich wiederum in ihren Argumentationen für und gegen eine mögliche faschistische Diktatur spiegelte.⁵¹

⁴⁷ Dabei ist zu erwähnen, dass Mussolini so wie andere faschistische Ideologen darauf beharrten, dass der Faschismus den „dritten Weg“ darstellte, also weder rechts noch links sei. Während diese Ansicht heute schwer vertretbar ist, war sie im faschistischen Italien durchaus verbreitet.

⁴⁸ Vgl.: Francis Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919 (Köln 1973) S.102-114

⁴⁹ Ebd. S.115-141

⁵⁰ Ebd. S.142-166

⁵¹ Vgl.: z.B.: Hermann Martin, Demokratie oder Diktatur? (Berlin 1926) Siehe dazu auch Kapitel 4.3

Auch in Spanien spielte eine Organisation, die sich mit dem Geist des russischen Bolschewismus verbunden fühlte, eine tragende Rolle in der Entwicklung des Landes in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg. Der Gewerkschaftsbund CNT wurde unmittelbar nach dem Krieg vom Erfolg der Oktoberrevolution beflügelt und erlangte innerhalb kürzester Zeit über eine Millionen Mitglieder. Der Bund schloss sich sowohl aus Sozialdemokraten als auch Kommunisten und Anarchisten zusammen und entwickelte in diesem Zeitraum eine revolutionäre Grundausrichtung.⁵² In den folgenden Jahren wurde die CNT meist als eine anarchosyndikalistische Organisation bezeichnet. Im Frühjahr 1919 kam es im Zuge von großflächigen Streiks in Katalonien erstmals zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der CNT und dem spanischen Militär. Die CNT erwies sich allerdings als eine starke, ernstzunehmende Organisation, die, trotz jeder Intervention von Seiten der lokalen Regierung, noch über Jahre hinweg eine Machtbasis in Barcelona innehatte. Die Forderungen der Streikenden waren eher sozialistisch als revolutionär-kommunistisch zu verstehen: Grundsätzlich gefordert wurden besser Arbeitsbedingungen und gerechtere Aufteilung von Reichtum und Land in der Gesellschaft. Die Methoden die die CNT anwandte, um ihre Ziele zu erreichen, waren jedoch sowohl von den Revolutionären in Osteuropa als auch von den Spanien eigenen Anarchisten inspiriert: Großflächige Streiks wurden zu Proklamationen genutzt, der anarchistische Flügel bewaffnete sich und geriet häufig in gewalttätige Auseinandersetzungen mit Industriellen.⁵³ Die Jahre 1920 bis 1923 waren in Spanien geprägt von Terroranschlägen der Anarchisten und regelmäßigen Generalstreiks, insbesondere in Barcelona. Die dadurch entstandene Unsicherheit in der Bevölkerung – besonders im Bürgertum und bei den Großindustriellen – erzeugte ein Klima, in dem die Diktatur durch Primo de Rivera von bestimmten Bevölkerungsschichten nicht nur toleriert wurde, sondern teilweise sogar erwünscht war.⁵⁴

Österreich und Ungarn waren beide im Nachkriegsjahr 1919 kurzzeitig im Stadium einer möglichen Räterepublik. In Ungarn wurde diese im März auch durch den Revolutionsführer Béla Kun ausgerufen. Kun war eben erst aus Moskau zurückgekehrt, die kurzlebige Räterepublik in Ungarn kann damit als Teil einer transnationalen „Rätebewegung“ gesehen werden, die sich als unmittelbare Reaktion auf die Machtergreifung der Bolschewisten entwickelt hatte.⁵⁵ Auch in Ungarn war die Gegenreaktion auf die Ausrufung der Räterepublik für den weiteren Verlauf signifikant. Wenn auch in Ungarn nicht direkt von einem Umschwung von Räterepublik auf Diktatur gesprochen werden kann, so war der „weiße Terror“, der auch noch lange nach dem Fall des kommunistischen Regimes

⁵² Vgl.: Murray Bookchin, *The Spanish Anarchists - The Heroic Years 1868-1936* (Edinburgh 1998) S.152-154

⁵³ Vgl.: Ebd. S 156-168

⁵⁴ Vgl.: Schlomo Ben-Ami, *Fascism from Above - The Dictatorship of Primo der Rivera in Spain 1923-1930* (Oxford 1983) S.53-65

⁵⁵ Vgl.: Christian Koller, *Räte auf drei Kontinenten. In: C. Koller, M. Marschik (Hrsg.), Die Ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen* (Wien 2018). S.47-69

ausgeführt wurde, eine direkte Antwort der Rechten auf eine versuchte Machtübernahme der Linken im Land.⁵⁶

Österreich lag in den unmittelbaren Nachkriegsjahren somit kurzzeitig zwischen zwei sehr kurzlebigen Räterepubliken: Bayern und Ungarn. Die Arbeiterräte in Österreich waren ähnlichen revolutionären Vorhaben zumindest nicht abgeneigt – es mangelte allerdings an breiter Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterräte und somit auch an dem Erreichen einer kritischen Masse. Die kommunistische Partei Österreichs plante zwar zwischenzeitlich einen Putsch, war aber in ihren Mitteln sehr beschränkt. So kam es in Österreich nie zu einem ernstzunehmenden Ausruf einer Räterepublik⁵⁷

Im Laufe der 1920er Jahre entwickelte sich die bolschewistisch-kommunistische Bewegung in Europa von der anfänglich revolutionären Phase zu einer organisierten, stalinistischeren Phase. Stalins Prinzip des „Kommunismus in einem Land“ bedeutete unter anderem auch, dass die „Weltrevolution“ nicht mehr die oberste Priorität der bolschewistischen Agenda darstellte. Die Kommunistische Internationale – kurz Komintern genannt – wurde in diesen Jahren zum wichtigsten Instrument der Sowjetunion für die Einflussnahme in anderen Staaten. Kommunistische Parteien blieben in den meisten parlamentarischen Ländern Europas bestehen, in der Regel standen diese auch unter Einfluss Stalins.⁵⁸

Die Bedeutung, die diese kurzlebige „revolutionäre Phase“ von 1919 bis etwa 1923 für den politischen Diskurs in Europa hatte, ist dabei nicht zu unterschätzen. Wie oben anhand einiger weniger Beispiele gezeigt werden konnte, war der Parlamentarismus in Europa in dieser Phase nicht gefestigt, eine Räterepublik nach Vorbild der Bolschewisten stellte eine unrealistische, aber nicht unmögliche Option in mehreren Ländern dar. Diese Periode ist für einen modernen Historiker, der die Zwischenkriegszeit von „oben“ betrachtet, oftmals weniger relevant, war aber für den Diskurs, der um 1930 geführt wurde und der in dieser Arbeit analysiert wird, von besonderer Bedeutung. Diese Feststellung ist im Weiteren als eine Ausgangsposition für die Analyse der Schriften der Diktatur heranzuziehen.

⁵⁶ Vgl.:Béla Bodó, Actio und Reactio. Roter und Weißer Terror in Ungarn 1919-1921. In: C. Koller, M. Marschik (Hrsg.), Die Ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018) S.69-82

⁵⁷ Vgl.: Francis Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919 (Köln 1973) S.88-96

⁵⁸ Vgl.: Albert Lindemann, A History of European Socialism (London 1983) S.266-273

3. „Prozess der Diktatur“ (1930) als archetypisches Werk der Diktaturforschung

Der Sammelband „Prozess der Diktatur“, der 1930 von dem österreichischen Geisteswissenschaftler Otto Forst de Battaglia herausgegeben wurde, nimmt in dieser Arbeit eine zentrale Rolle ein. Es gibt in dem Zeitraum zwischen 1925 und 1935 keine andere Veröffentlichung, in dem eine so große Menge an unterschiedlichen Meinungen und Betrachtungsweisen über die europäischen Diktaturen der 1920er Jahre gesammelt wurde.

Dabei fällt die Besonderheit des Buches bereits mit dem Titel auf. Der Diktatur soll in einem Umfang von 414 Seiten der Prozess gemacht werden. Forst de Battaglia stellt dabei die Frage: ist die Diktatur grundsätzlich zu verurteilen, oder ist sie eine legitime Herrschaftsform die in einer Ausnahmesituation entsteht um diese bewältigen zu können?

Die Fragestellung wie auch die breite Aufstellung der Beiträge zu dem Band bieten einen einzigartigen Überblick über die Ideen zu Staat, Macht und Demokratie die Europa in der Zwischenkriegszeit prägten. Zu Wort kommen dabei Politiker, Wissenschaftler, Philosophen aber auch Journalisten und Dichter. Die politische Überzeugung der Autoren reicht von Sozialisten über Konservative bis hin zu bekannten Mitbegründern der faschistischen Ideologie. Von Wirtschaftlichen Themen bis hin zu eher philosophischen Gedanken werden beinahe alle denkbaren Aspekte der Diktatur behandelt. „Prozess der Diktatur“ ist daher das archetypische Werk der Diktaturforschung in der Zwischenkriegszeit.

Im Folgenden wird zunächst eine möglichst knappe Inhaltliche Zusammenfassung dieses Buches gegeben. Diese ist bemüht, von einer näheren Analyse der einzelnen Texte noch abzusehen. Im Anschluss wird die Rezeption des Buches dargelegt, erst danach wird sich in einem dritten Kapitel den Fragen gewidmet, inwieweit „Prozess der Diktatur“ heute einen Einblick in die Gedanken der politischen Beobachter der 1920er und 1930er Jahre geben kann und welche Erkenntnisse aus diesem Einblick gewonnen werden können.

3.1 Inhaltliche Zusammenfassung

Um, wie im Titel angekündigt, der Diktatur den Prozess zu machen, teilt Otto Forst de Battaglia – nach einer kurzen Einleitung – die verschiedenen Beiträge zu diesem Sammelband in zwei Teile ein. Im ersten Teil betrachten ein Dutzend verschiedene Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Künstler jeweils einen spezifischen Aspekt der Diktatur. Die Themenwahl ist dabei breit gefächert: Von einem Beitrag zur „Wirtschaft und Diktatur“ bis hin zu „Die Diktatur und die Liebe“ kommen bekannte Namen aus unterschiedlichen politischen Milieus und beruflichen Tätigkeiten zu Wort. Dieser Teil ist für die weiteren Erkenntnisse, die diese Arbeit zu gewinnen versucht, besonders interessant. Es soll ihm daher auch hier eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Im zweiten Teil werden in sieben Kapiteln die politischen Verhältnisse in den Diktaturen in der Sowjetunion, Ungarn, Italien, Spanien, der Türkei, Polen und Jugoslawien genauer betrachtet, wobei die Autoren stets entweder selbst in der jeweiligen Nation leben oder aus einem bestimmten Grund als besonders qualifiziert angesehen werden können, eine solche Beurteilung auszuführen.

Nebst einem sehr kurz gehaltenem Geleitwort des Herausgebers, erschien die deutsche Version des Bandes ohne jegliche Einleitung. Die ein Jahr später veröffentlichte englische Version wird allerdings durch ein Vorwort Winston Churchills ergänzt. Während Churchill diese Gelegenheit hauptsächlich nützt um die Britische Demokratie zu loben, so finden sich doch einige interessante Sätze in seinen Ausführungen. In nur zwei Absätzen wirft er den USA vor, das Demokratische System missverstanden zu haben, verurteilt die Regime unter Lenin und Pilsudski, spricht Mussolini zu „monumentale Arbeit“ geleistet zu haben und bezeichnet schließlich die Zeit unter Primo de Rivera als die besten Jahre, die Spanien je gesehen hätte.⁵⁹

Im ersten Artikel, „Die Diktatur im alten Rom“ versucht der italienische Historiker Guglielmo Ferrero eine Zusammenfassung der verschiedenen Ansätze antiker Diktatoren zusammenzustellen. Ferrero war Autor der wohl lange Zeit erfolgreichsten Caesar-Biographie, die im frühen 20. Jahrhundert in Europa veröffentlicht wurde, konnte also dementsprechend als Experte herangezogen werden.⁶⁰ Er beurteilt dabei die Diktatur als eine „kluge“ Einrichtung, möchte aber streng zwischen der *Diktatur* und der *Tyrannis* unterscheiden. Der Unterschied läge stets in der Verfassungstreue des Diktators, denn ein Diktator, der der Verfassung widersagt, kann nur als *Tyrannis* bezeichnet werden. Im Zuge einer genaueren Analyse der Machtergreifung Caesars suggeriert Ferrero schließlich, die wirtschaftliche Lage und politische Krise der Republik hätten Caesar in eben jene Position gebracht,

⁵⁹ Vgl.: Winston Churchill, Introduction. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), *Dictatorship on its Trial*, 1970 Reprint (New York 1970) S.9

⁶⁰ Vgl.: Karl Christ, *Caesar. Annäherungen an einen Diktator* (München 1994) S.267

die es ihm erlaubte die Position eines Tyrannen einzunehmen.⁶¹ Abschließend widmet er sich einer Bewertung aller Diktatoren bis zum Ende des römischen Reiches und versucht festzustellen, ob es sich dabei um eine – verfassungskonforme – Diktatur oder eine Tyrannis gehandelt habe.⁶²

In „Diktaturen im Mittelalter und in der neueren Zeit“ schließt der deutsche Philosoph Georg Mehlis an das vorangegangen Kapitel an und fügt den Begriffen *Diktatur* und *Tyrannis* noch die *Despotie* sowie die *absolute Monarchie* hinzu. Letztere sei, so Mehlis, nicht nur verfassungstreu, sondern würde die Orientierung an einer Verfassung sogar stark betonen.⁶³

Der deutsche Priester und Publizist Friedrich Muckermann bemüht sich in „Diktatur und Christentum“ um eine Abwägung zwischen dem christlichen Glauben und den verschiedenen Aspekten von diktatorischer Herrschaft. Im Zuge dessen zieht er Parallelen zwischen der Kirche als staatstragender Institution und dem Staat selbst, wobei er wenig später die Frage nach der Staatsform zu einer „sekundären“ Frage deklariert, ohne dabei genauer auszuführen, worin sich die primäre Frage des Staates finden könnte.

Muckermanns Ausführungen sind teilweise widersprüchlich. Er empfiehlt, dass der moderne Staat von der Kirche in Bezug auf Hierarchie und Organisationsformen lernt, betont aber die Trennung der zwei Institutionen. Demokratie, so meint er, bräuchte stets die „Verantwortung vor dem Gewissen“, die er daraufhin mit einer Verantwortung vor Gott gleichsetzt. Es bräuchte also die Hilfe der katholischen Kirche, um einen Staat zu führen. In dieser Hinsicht zeigt er sich auch zufrieden mit den Lateranverträgen, die unter Mussolini abgeschlossen wurden, und kritisiert die mitteleuropäische Kirchenpolitik.⁶⁴

Während Muckermann dem europäischen Liberalismus sein Misstrauen ausspricht, versucht der britische Historiker Wickham Steed diesen in dem Kapitel „Diktatur und Liberale Weltanschauung“ zu verteidigen. Er meint dazu:

„In Wahrheit ist Liberalismus identisch mit Humanismus. Er sucht die Rechte der Persönlichkeit zu verteidigen und den Menschen die Möglichkeiten zu freier Entwicklung zu sichern“⁶⁵

⁶¹ Vgl.: Karl Christ, Caesar. Annäherungen an einen Diktator (München 1994) S.52-55

⁶² Vgl.: Giulermo Ferrero, Die Diktatur im alten Rom. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.11-28

⁶³ Vgl.: Georg Mehlis, Diktatur im Mittelalter und in der neueren Zeit. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.29-65

⁶⁴ Vgl: Friedrich Muckermann, Diktatur und Christentum. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.65-80

⁶⁵Vgl.: Wickham Steed, Diktatur und Liberale Weltanschauung. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.85

Den Grund für das Aufkommen der Diktaturen und die Krise des Liberalismus findet er schließlich im ersten Weltkrieg. Krieg sei in seinen Grundzügen der Diktatur sehr ähnlich, denn diese sei grundsätzlich militärisch, martialisch und hierarchisch. Es sei dementsprechend nicht verwunderlich, dass es den Europäern nun schwer fiele, ein liberales Weltbild anzunehmen.

Besonders auffällig ist, dass Steed in diesem Artikel zwischen zwei Formen von Diktaturen unterscheidet: Einer „Reinform“ der Diktatur und jenen Abwandlungen, die anstreben, wieder zu einer konstitutionellen Staatsform zurückzukehren.

Nach einem sehr kurzen Artikel, indem Paul Löbe über wenige Zeilen hinweg ausdrückt, dass die Diktatur und die Demokratie einen grundsätzlichen Gegensatz darstellen⁶⁶, setzt sich der belgische Sozialdemokrat und spätere Vorsitzende der zweiten Internationalen Emile Vandervelde in „Die Sozialisten und die Diktatur“ mit dem Proletariat und dem Begriff des Klassenkampfes unter der Diktatur auseinander.

Dabei verliert sich Vandervelde zunächst in langer Ausführungen über die die engelschen Aussagen zum revolutionären Proletariat, um schließlich zu der marxistischen Definition der „Diktatur des Proletariats“ zu gelangen. Dabei betont er, der Begriff sei in diesem Zusammenhang schlecht gewählt, denn die Diktatur des Proletariats sei laut Marx nur ein Ausnahmezustand, eine Übergangsscheinung zur kommunistischen Utopie. Es stelle sich also die Frage, wie man die Diktatur der Bolschewiken in der Sowjetunion zu beurteilen habe.

In dieser Frage nimmt er schließlich eine klare Haltung ein: Die Bolschewiken hätten eine Minderheitsdiktatur errichtet, obwohl sie die Möglichkeit gehabt hatten, einen demokratischen Staat aufzubauen. Er schlussfolgert, dass der revolutionäre Bolschewismus zu ähnlichen Ergebnissen wie der Faschismus führe. Schließlich positioniert sich der Sozialdemokrat als ein klarer Gegner der Diktatur, möchte aber in der – marxistischen – Diktatur des Proletariats eine Ausnahme sehen, würde dieses Konzept richtig angewandt.⁶⁷

Der französische Literaturwissenschaftler André Maurois macht in dem Kapitel „Die Diktatur und das Problem des Großen Mannes“ den Namen zum Programm. Der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt könne bei einem Staat, der sich in einer Krisensituation befindet, durchaus von Vorteil sein, wenn er auch durch die tatsächliche militärische und politische Macht immer eingeschränkt sei. Im Laufe des Artikels betont Maurois allerdings weniger die Probleme mit „großen Männern“, sondern konzentriert sich darauf jene Diktatoren zu analysieren, die seiner Meinung nach den Idealtyp eines solchen darstellen. An vorderster Front nennt er dabei Napoleon, zählt aber auch Beispiele aus der

⁶⁶ Vgl.: Paul Löbe, Diktatur oder Demokratie. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.89 -90

⁶⁷ Vgl.: Emile Vandervelde, Die Sozialisten und die Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S. 91-101

Antike, wie Perikles, und Beispiele aus der Gegenwart, wie Mustafa Kemal, auf.⁶⁸ Grundsätzlich handelt es sich bei diesem Artikel um eine eher romantisierte Darstellung des Diktators.

Den kürzesten und gleichzeitig kuriosesten Beitrag zum Prozess der Diktatur liefert anschließend Albert Einstein, dessen Aufsatz „die Diktatur und die Wissenschaft“ lediglich zwei Sätze lang ist:

„Die Diktatur bringt den Maulkorb und dieser die Stumpfheit. Wissenschaft kann nur gedeihen in einer Atmosphäre des freien Wortes.“⁶⁹

Der deutsche Nationalökonom Ludwig Bernhard schreibt mit „Der Diktator und die Wirtschaft“ ein ausführliches Kapitel, das im Zuge der Themensetzung dieser Arbeit an dieser Stelle etwas genauer betrachtet werden soll.

Bernhards Ausgangspunkt ist die Ansicht, dass sich jeder Diktator, egal wie mächtig er sei, stets vor den Gesetzen der Wirtschaft verantworten müsse. Er spricht dabei vom „Schuldschein der Diktatur“.⁷⁰ Er sieht aber einen Zusammenhang zwischen den weltwirtschaftlichen Verhältnissen der 1920er Jahre und dem Erstarken der europäischen Diktaturen. Denn die Diktatur würde immer im Zusammenhang mit Planwirtschaft und geordneten Produktionsverhältnissen einhergehen, diese würden gut in den Zeitgeist einer stärker geordneten Weltwirtschaft gehen. Da aber diese Planung der Wirtschaft immer vom Diktator selbst kommt, halte der damit auch das Wohl des Staates in der Hand. Gleichzeitig müsse aber anerkannt werden, dass der Diktator in der Regel ein Nationalist sei, der sich auf das eigene Land konzentriere, was in einer immer stärker vernetzten globalen Wirtschaft ein Problem darstelle.

Besonders interessant ist Bernhards Idee einer „Wirtschaftsdiktatur“. Er meint, wenn sich ein Staat in einer wirtschaftlichen Krise befände, so gäbe dies der Bevölkerung das Gefühl, es müsste ein „ganzer Mann“⁷¹ antreten, um via Notverordnungen und ähnlichen Mitteln eine Kurswende durchzuführen. Er unterscheidet dabei scharf von Diktaturen, die nur in solchen Krisensituationen einberufen werden – diese nun nennt er „Wirtschaftsdiktaturen“ – und zwischen anderen, „absoluten“ Diktaturen. Erstere müssten zeitlich begrenzt sein und sich an einer idealerweise bereits vor der Diktatur festgelegten Verfassung orientieren. Dabei legt Bernhard nahe, dass eine Wirtschaftsdiktatur etwas sei, zu dem auch eine starke Demokratie in Krisensituationen gezwungen werden könne.

⁶⁸ Vgl.: André Maurois, Die Diktatur und das Problem des Großen Mannes. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.101-107

⁶⁹ Vgl.: Albert Einstein, Wissenschaft und Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.108

⁷⁰Vgl.: Ludwig Bernhard, Der Diktator und die Wirtschaft In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.109

⁷¹Vgl.: Ebd. S.115

Abschließend möchte Bernhard eine Aussicht auf die nahe Zukunft geben. Denn seiner Ansicht nach müssten sich solche „Wirtschaftsdiktaturen“ in den 1930er Jahren in Europa vermehren. Hier nennt er auch Beispiele: In den USA würde die umfassende Macht des Präsidenten eine gute Voraussetzung für eine Wirtschaftsdiktatur bieten, auch in England würde man wohl baldigst einem Finanzminister die komplette Kontrolle über das wirtschaftliche Geschick des Staates erteilen. Dabei betont er allerdings, dass es in diesen Staaten ein stark etablierter Grundsatz der Gewaltentrennung existiert, und diese daher nicht befürchten müssten, dass die Wirtschaftsdiktatur in eine absolute Diktatur umkippen würde. Mittel- und osteuropäische Staaten könnten solche Maßnahmen nicht setzen, da die demokratischen und konstitutionellen Traditionen in diesen zu schwach wären.

Auch der französische Journalist Jules Sauerwein beginnt seinen Beitrag „Diktatur und auswärtige Politik“ mit einem Versuch, die verschiedenen Formen der Diktatur zu unterscheiden. Er möchte vor allem jene Diktaturen analysieren, die durch eine militärische Machtergreifung zustande gekommen sind. Denn diese Form der Machtergreifung würde, im Gegensatz zu einem revolutionären oder gar demokratischen Weg, das außenpolitische Prestige der Nation stark gefährden.

Im Folgenden stellt Sauerwein jedoch – offenbar selbst über die Ergebnisse seiner eigenen Recherche überrascht – den Militärdiktaturen in Polen, der Türkei und Spanien gute Zeugnisse im Umgang mit der Außenpolitik aus. Stattdessen richtet er seine Kritik an Mussolini.

Sauerwein sieht ein inhärentes Problem im italienischen Faschismus und der Bedeutung der Außenpolitik. Denn der nationalistische Aspekt des Faschismus müsse stets betonen, dass Italien anderen Nationen in irgendeiner Weise überlegen sei. Tatsächlich würde eine intensive Kooperation mit anderen Staaten allerdings die begrenzte globalpolitische Relevanz Italiens offenlegen. Dementsprechend will Sauerwein der Institution der Diktatur nicht grundsätzlich vorhalten, sie würde die Beziehungen ins Ausland negativ beeinflussen. Vielmehr komme aus auf die Doktrin an, die dieser Diktatur aufgelegt wird.

Für moderne deutschsprachige HistorikerInnen ist das Kapitel „der deutsche Geist und die Diktatur“, verfasst von dem deutschnationalen Schriftsteller Walter von Molo, der wohl interessanteste Teil des gesamten Sammelbandes, und sei dies nur wegen der heute offensichtlichen Fehleinschätzungen, die der Autor mit voller Überzeugung zu Papier bringt.

Er beginnt dabei damit, ein Bild der Deutschen als Dichter, Denker und Musiker zu zeichnen, denen der Weltkrieg grundsätzlich geschadet habe. Niemals hätte das deutsche Volk Schuld am Weltkrieg gehabt, vielmehr seien es die deutschen Politiker, die es zu verurteilen gelte. Er meint, die uneingeschränkte Macht, die eine Diktatur gäbe, würde nicht ins deutsche Weltbild passen, erst seit dem Erstarken des Faschismus in Italien würde die Diktatur in Deutschland überhaupt an Bedeutung gewinnen. „*Beide Diktaturen, sowohl die nationale als auch die kommunistische, sind als dauernde*

*Einrichtungen, meiner festen Überzeugung nach, in Deutschland unmöglich*⁷² betont der deutsche Schriftsteller, denn die Deutschen seien Philosophen, die sich nicht der Macht eines einzelnen unterwerfen würden.

Im Weiteren imaginiert Walter von Molo eine Vereinigung der beiden extremsten Parteien des Deutschen Reichstages, den Kommunisten und den Nationalsozialisten. Es sei vorstellbar, dass diese beiden Parteien, seien sie einmal geläutert, einen echten deutschen Kommunismus hervorbringen könnten.

Über die Diktatur als Institution spricht der Schriftsteller weniger. Selbstverständlich sei es verlockend, in diesen Zeiten der wirtschaftlichen und seelischen Krise, einem einzelnen die Macht zu erteilen, damit dieser für Ordnung sorge. Doch grundsätzlich sei eine parlamentarische Regierungsweise stets zu bevorzugen.

Das Kapitel endet mit dem, aus dem 21. Jahrhundert betrachtet beinahe zynisch wirkendem, Satz: „*Deutscher Geist und Diktatur schließen sich aus.*“⁷³

In „*Die Lehren der französischen Demokratie und die Diktatur*“ zieht der Französische Politiker Anatole de Monzie sowohl gegen die Diktatur wie auch gegen die Demokratie zu Felde. De Monzie äußert mehrmals eine in diesem Buch einzigartige Kritik an der Gewaltentrennung und meint, diese, so wie die Institution der Demokratie würden den europäischen Staaten „aufgezwungen“. In der Gewaltentrennung sieht De Monzie den Ursprung der europäischen Diktaturen:

„*Denn die Vermehrung der Diktaturen, die man in letzter Zeit wahrnimmt, ist eine unmittelbare Folge der Zersplitterung der Autorität, die nicht imstande war, sich zur Geltung zu bringen und in dem Widerstreit der rivalisierenden Machtbefugnisse, die das moderne Staatsrecht eingesetzt hat, die Entscheidung zu fällen.*“⁷⁴

Die Diktaturen in Italien, Spanien und der Türkei seien allerdings ein „Ausnahmezustand“ der sich wohl nur kurzweilig halten würde. Diese könnten auf der Suche nach einer allgemein anwendbaren Formel nicht hilfreich sein. Das grundsätzliche Problem sieht de Monzie im „raschen Handeln“, und der Tatsache, dass eine Demokratie dieses nie zustande bringen könne, nur ein einzelner Führer könnte dieses hervorbringen. Dass es sich dann um den „richtigen“ Führer handelt, das würde sich in den nächsten Jahren mit Sicherheit von selbst lösen, denn der Wettbewerb zwischen den Nationen Europas würde dazu treiben, den besten Mann an die Spitze zu setzen.

⁷²Vgl.: Walter von Molo. Der Deutsche Geist und die Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.138

⁷³Vgl.: Ebd. S.144

⁷⁴Vgl.: Anatole de Monzie, Die Lehren der französischen Demokratie und die Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.146

Das Kapitel „Liebe und Diktatur“ des französischen Romantikers Maurice Bedel ist inhaltlich sowie stilistisch mit dem Rest der Aufsätze in dem Band nicht vergleichbar. Während andere Beiträge entweder einen philosophischen, politikwissenschaftlichen oder historischen Ansatz zur Diktatur wählen, liest sich dieser Aufsatz eher wie ein Schriftstück aus einem Roman.⁷⁵ Bedels Ausführungen werden an dieser Stelle auch nicht genauer betrachtet werden.

Den Abschluss für den ersten Teil des Werkes macht schließlich Robert de Traz, der als Friedensaktivist internationale Bekanntheit erlangte. In seinem sehr kurzen Beitrag „Die Diktatur und der Diktator“, argumentiert De Traz, dass der Diktator die zentrale Tragik der Politik umgeht. Normalerweise müsse ein Staatsmann dem Staat dienen, sei aber gleichzeitig von der Zustimmung in der Bevölkerung abhängig. Der Diktator aber müsse sich stets nur vor sich selbst verantworten. Selbstverständlich würden Diktaturen den Fortschritt eines Staates vorantreiben, doch der Zweck könne bei einem Staatsmann nie die Mittel heiligen.⁷⁶

Die abschließenden Kapitel beschäftigen sich in einem „zweiten Teil“ mit den Diktaturen in einzelnen Nationen. Sind die vorhergehenden Texte bereits zu einem großen Teil eher im Geiste eines Kommentares als in jenem einer wissenschaftlichen Abhandlung geschrieben, so verstärkt sich dieser Trend in den kommenden Kapiteln noch mehr.

Ferdynand Ossendowski schreibt in „Die Diktatur des Proletariats“ über die Herrschaft der Bolschewisten in Russland. Er betont dabei seine persönliche Erfahrung, die er in den Jahren, die er während der Revolution in Russland verbracht hat, sammeln konnte. Gleichzeitig übt er Kritik an dem Groß aller anderen Darstellungen des revolutionären Russlands die, seiner Meinung nach besonders auf der pro-sowjetischen Seite, nur selten der Realität entsprechen würden.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der russischen Geschichte und wie diese den Bolschewisten den Weg bereitet haben soll, widmet sich Ossendowski der Frage nach dem Ursprung der Revolution. Dabei betont er, dass „*Traditionen einen festen Halt und Schutz vor revolutionären Umwälzungen bilden*“⁷⁷. Daher würden große, revolutionäre Veränderungen in der Herrschaftsform in England und Deutschland nie möglich sein. In Russland aber gäbe es keine zusammenschweißenden Traditionen, nicht einmal die sehr allgemeine Tradition des Patriotismus.

In weiteren Ausführungen übt Ossendowski starke Kritik an der russischen Bevölkerung und sämtlichen russischen Institutionen. Er beschreibt sie als destruktiv und zerstörungswütig. Lenin stellt

⁷⁵ Vgl.: Maurice Bedel, Liebe und Diktatur In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.157-169

⁷⁶ Vgl.: Robert de Traz, Diktator und Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.170 -173

⁷⁷ Vgl.: Ferdynand Ossendowski, Die Diktatur des Proletariats. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.191

er als ruchlosen Diktator dar, den Trotzkisten wirft er vor davon zu träumen „im geeigneten Augenblick Millionen von Barbaren auf die sorglose europäische Bourgeoisie loszulassen“⁷⁸. Er schließt mit der Beobachtung ab, dass die Diktatur immer in Zeiten einer Krise auftauchen könne, doch spezifisch die „historischen Traditionen“ einer Nation die Machtergreifung eines Diktators unterbinden könnten.

Die folgenden zwei Kapitel sind jeweils von einem Anhänger des Regimes geschrieben wurden, über das der Aufsatz handelt. Julius Wlassic schreibt in „Beiträge zum Ideenkreise Ungarns nach dem Weltkriege“ hauptsächlich einen Aufruf an andere Nationen, den Ungarn Solidarität in ihren durch den Vertrag von Trianon hervorgerufenen Gebietsverlusten auszusprechen.⁷⁹

Um einigen Seiten länger, allerdings um wenige Aussagen reicher, ist das Kapitel „Mussolini und die Diktatur in Italien“, von dem faschistischen italienischen Philosophen Emilio Bodrero. In diesem erklärt der Autor, die italienische Geschichte habe es bis jetzt versäumt, den Italienern ihre eigene Staatsform zuzugestehen. Gerade Italien, der Geburtsort der Renaissance und des Humanismus, müsse den Nationalismus über allen anderen Werten halten.

Bodrero positioniert sich klar als überzeugter Faschist. In seinem Text werden mehrmals bekannte Themen des Faschismus aufgebracht und betont: Das Konzept des Heldenodes, das Versagen der Sozialdemokratie und propagandistische Erzählungen von Schlachten des ersten Weltkrieges finden sich alle mehrmals in diesem Kapitel.⁸⁰

Eine differenzierte Ansicht auf das Regime, das ihn selbst regiert, liefert der spanische Politiker Conde de Romanones. In „Die Spanische Diktatur“ möchte dieser die Ursprünge der Militärdiktatur durch den General Primo de Rivera genauer beleuchten.

Romanones sieht zwei Gründe für das Entstehen der Diktatur in Spanien:

Zum ersten sei in den Jahren seit dem Weltkrieg die Bourgeoisie in Spanien komplett zerfallen, während die Arbeiterschaft erstarkt sei. Da die Bourgeoisie stets den politischen Kern des Liberalismus gebildet habe, sei dieser ebenfalls geschwächt worden. Den Arbeitern schreibt Romanones an dieser Stelle zu, keinen Glauben in die Politik zu haben, stattdessen die direkte Macht im Staate zu bevorzugen. Zusammen mit der Tatsache, dass der Parlamentarismus in Spanien wie in ganz Europa die Staatsgeschäfte nur langsam tragen könne, habe dies für eine unzufriedene Grundstimmung im Volk gesorgt, die einer Diktatur den Weg bereitete.

⁷⁸Vgl.: Ebd. S.211

⁷⁹ Vgl.: Julius Wlassic, Beiträge zum Ideenkreise Ungarns nach dem Weltkriege. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.221 - 231

⁸⁰ Vgl.: Emilio Bodrero, Mussolini und die Diktatur in Italien. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S. 232 - 276

Neben Steuererhöhungen, die dazu dienen sollten das Staatsdefizit zu sanieren, betont Romanones als zweiten Grund für das Aufkommen der Diktatur das Erstarken syndikalistischer Bewegungen in einigen Städten Spaniens, ganz besonders Barcelona. Dort sei die Stimmung derart erhitzt gewesen, dass es das Eingreifen des Militärs benötigt habe, um die Situation wieder zu beruhigen. Er schreibt Primo de Rivera auch zu, dieses Ziel erreicht und die katalanischen Regionen wieder beruhigt zu haben.

Im Weiteren spricht Romanones Primo de Rivera grundsätzlich einiges an Lob aus. Es ist allerdings unschwer zu erkennen, dass der spanische Politiker an dieser Stelle ein Auge auf die Zensur im eigenen Land wirft. Er positioniert sich vorsichtig als Gegner der Diktatur, möchte aber kein schlechtes Wort an der spezifischen Diktatur in Spanien finden. Er schreibt zu Beginn des Artikels recht klar, dass es schwierig sei, genau das auszudrücken was er denn eigentlich ausdrücken wolle, schließlich schreibe er diesen Artikel, während er selbst Subjekt des spanischen Königs sei.⁸¹

Ebenfalls positiv äußerst sich Kurt Köhler über die „Diktatur in der Türkei“. Köhlers Artikel geht einher mit anderen Erzählungen eines „starken Mannes“. Er schreibt Mustafa Kemal viele gute Eigenschaften und keine besonderen Fehler zu. Er möchte aber die Herrschaft Kemals von den anderen Diktaturen Europas unterschieden wissen. Zum ersten sei der türkische Diktator ohne jeglichen Widerstand an die Macht gekommen. In der Türkei habe es nie eine Gegnerschaft der absolutistischen Herrschaft gegeben, man dürfe dies also nicht mit Ländern wie Spanien oder Polen vergleichen. Außerdem, so urteilt Köhler, habe Mustafa Kemal das gesetzte Ziel die Türkei zu modernisieren und zu demokratisieren. Denn in einer Nation, in der das Volk nicht gebildet und die Industrialisierung noch nicht fortgeschritten genug sei, könnte sich die Demokratie nicht durchsetzen. Dementsprechend sei die Arbeit eines Diktators wie Kemal notwendig, um ein Land wie die Türkei auf diesen Weg zu bringen.⁸²

Eine weitere Beschreibung der Diktatur, die sich hauptsächlich mit dem spezifischen Diktator auseinandersetzt, verfasst der polnische Publizist Juliusz Kaden-Bandrowski in seinem Kapitel über Josef Piłsudski. Kaden-Bandrowski schreibt in diesem Kapitel selbst, er habe als ehemaliger Soldat einen einzigartigen Blick auf Piłsudski, möchte also auch keinen Anspruch auf Objektivität erheben. Entsprechend dieser Aussage ist auch der Inhalt keine differenzierte Betrachtungsweise des

⁸¹ Vgl.: Conde de Romanones, Die Spanische Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S. 277 – 293.

⁸² Vgl.: Kurt Köhler, Die neue Türkei und das Problem der Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.294 – 315

polnischen Diktators, sondern liest sich wie eine von einem Soldaten verfasste Lobeshymne auf einen erfolgreichen Offizier.⁸³

Das abschließende Kapitel, „Die Diktatur in Südslawien“, stammt aus der Feder des deutschen Historikers Hermann Wendel. Er beschreibt dabei die Königsdiktatur in Jugoslawien als eine verfassungswidrige Regierungsform, möchte sich aber vor allem der Frage nach den Ursprüngen dieser Diktatur widmen. Dabei holt der Deutsche weit aus, und versucht die ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen in der verschiedenen Regionen Jugoslawiens mit der aktuellen Staatsform in Verbindung zu bringen. Sein Argument lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die jugoslawische Geschichte ist durch die Besetzung der Habsburgermonarchie und der Osmanen geprägt. Dies führte zu einer schwachen Entwicklung einiger bestimmter Regionen, was wiederum später den Weg für starke nationalistische Strömungen und schwachen Parlamentarismus bereitete. Diese zwei Faktoren sieht er als den Grundstein für eine Diktatur. Wendel äußert Zweifel daran, dass die Königsdiktatur in Jugoslawien tatsächlich nur eine „vorübergehende“ Staatsform sei, möchte aber gleichzeitig eine klare Trennlinie zwischen Jugoslawien und Italien ziehen. Der Faschismus gehe in allen Ebenen noch einige Schritte weiter.⁸⁴

Im Schlusswort „Das Antlitz der Diktatur“ bemüht sich der Herausgeber Otto Forst de Battaglia um eine umfassende Charakterisierung und Bewertung der Diktatur. Er beginnt dabei zunächst damit, eine eigene Definition für „Diktatur“ aufzustellen. Diese lautet:

„Die Diktatur ist eine Staatsform, bei der von einem oder mehreren Staatsgliedern eine unter Bruch des früher geltenden Rechtes gewaltsam errungene Herrschaft über den gesamten Staat und ohne Beteiligung der nicht mitherrschenden Staatsglieder offen und regelmäßig geübt wird.“⁸⁵

Mit dieser vergleichsweise breit aufgestellten Definition macht sich Forst de Battaglia nun daran, die Diktatur in Europa zu bewerten. Diese Bewertung fällt jedoch auffallend zurückhaltend aus. Er möchte sich weder den Befürwortern noch den Kritikern der Diktatur anschließen, denn die Diktatur sei grundsätzlich eine Herrschaftsform wie jede andere auch. Dabei behauptet er auch, nicht nur die Diktatur würde sich auf Gewalt als das zentrale Element der Herrschaft stützen, das Wesen der Staatlichkeit sei nunmal eine gewaltsame Durchführung seiner Vorhaben.

Einzig der Ort und die Zeit, zu der eine Diktatur auftaucht seien besonders zu beachten, meint Forst de Battaglia schließlich. Während sie in manchen Staaten besonders günstig sein kann, um schnelle

⁸³ Vgl.: Juliusz Kaden-Bandrowski, Josef Pilsudski. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S. 316 - 345

⁸⁴ Vgl.: Hermann Wendel, Die Diktatur in Südslawien. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S. 346 – 379

⁸⁵ Vgl.: Otto Forst de Battaglia, das Antlitz der Diktatur. In: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.385

Entscheidungsfindung und Entwicklung zu ermöglichen, könne sie an manchen Orten verheerend wirken. Besonders in „Zeiten der Not“, also in Krisen egal welcher Art, könne eine Diktatur entstehen, die für den Staat schädlich ist. Über zwei Seiten endet Forst de Battaglia schließlich mit einem imaginierten Scheinprozess gegenüber der Diktatur. In diesem stellt er als Jury einen Befürworter und einen Gegner der Diktatur auf, das dritte und entscheidende Jurymitglied beschreibt er als einen „Opportunisten“. Dieser Opportunist schließt sich schließlich den Befürwortern der Diktatur an, wodurch Forst de Battaglia zu seinem Urteil kommt:

„*Freispruch im Prozess der Diktatur!*“⁸⁶

Ganz beendet sind die Bemerkungen des österreichischen Geisteswissenschaftlers zu diesem Buch damit noch nicht. In der erst 1931 erschienen englischen Ausgabe des Werkes fügt er ein Nachwort hinzu. Dieses wurde am 21. September 1930 in Paris verfasst. Es ist damit der einzige Teil des Werkes, der *nach* dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zu Papier gebracht wurde. Forst de Battaglia geht darin auf die jüngsten Entwicklungen ein – die Diktatur durch Primo de Rivera in Spanien ist bereits beendet, er ordnet allerdings auch, dass Pilsudksi die „Stränge fester zieht“. Besonders interessieren ihn aber die Ereignisse in Deutschland, wo er nun eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine baldige diktatorische Herrschaftsform prophezeit. An dieser Stelle betont Forst de Battaglia noch einmal, dass die Diktatur eine „*Invention of necessity*“ sei und er sich sicher sei, dass sich dies auch in Deutschland zeigen würde.

⁸⁶ Vgl.: Ebd. S.413

3.2 Rezeption

„Prozess der Diktatur“ ist zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung ein einzigartiges Werk. Keine andere Sammlung an Aufsätzen zur Diktatur kann eine so breit aufgestellte Vielzahl an Meinungen und unterschiedlichen Betrachtungen vorweisen wie diese. Dementsprechend erregt das Werk auch einiges an Aufmerksamkeit in der deutschsprachigen und internationalen Presse.⁸⁷ Direkt nach der Veröffentlichung wird von einer Vielzahl an Tageszeitungen vor allem die Tatsache gelobt, dass der Band sowohl Befürworter als auch Gegner der Diktatur zu Wort kommen lässt, oft werden die Worte „hochinteressant“⁸⁸ und „hochaktuell“⁸⁹ verwendet. An dieser Stelle werden Rezensionen für Forst de Battaglias „Prozess der Diktatur“ zusammengefasst und analysiert.

In der *Wiener Zeitung* verfasst im Juni 1930 der Historiker Arnold Winkler eine Rezension, in der er sich zwar von dem Titel des „Prozess der Diktatur“ irregeführt sieht, das Buch ansonsten aber in hohen Tönen lobt. Er sieht von allen Autoren, außer jenen mit literarischen oder wissenschaftlichen Hintergründen, eher eine Beurteilung der Diktatur als eine Verurteilung. Mit dem Satz „*Und wer sollte sie auch ohne weiteres verurteilen?*“⁹⁰ schließt er sich dieser Meinung auch an. Außerdem möchte Winkler jenen Stimmen in dem Buch widersprechen, die ein baldiges Ende der Diktatur sehen. Gerade der Bolschewismus müsse als Beweis dafür gelten, dass das Zeitalter der Diktatur wohl noch länger anhalte. Schließlich meint er auch: „*Es wäre im Gegenteil ein Zeichen fatale Schwäche, wenn sich in Zeiten ärgster nationaler und staatlicher Not kein Diktator finden würde.*“⁹¹

Ähnliche Gedanken äußert der deutsche Philosoph Oscar Levy in einer umfassenden Rezension für die Monatszeitschrift „Die Literatur“. Er meint, für eine funktionierende Diktatur müsse stets die richtige Person zur richtigen Zeit auftreten, auch wenn diese Zeiten wohl nicht unbedingt jene seien, die man sich herbeiwünschen würde:

„*Die für [die Diktatur] günstigsten Umstände sind die für die Menschheit ungünstigen, zum mindesten unbequemen: jene, die von Kriegen, Hungersnöten, Revolutionen durchsetzt sind; jene, denen das Chaos, die Anarchie, die Katastrophe droht. Also etwa die unserige.*“⁹²

In einer langen Zusammenfassung findet Levy durchwegs positive Worte für das Buch, einzig die Tatsache, dass der französische Politiker Anatole de Monzie die Diktatur scheinbar positiv bewertet,

⁸⁷ Für eine Auflistung an Rezensionen zu Battaglias Buch, vgl.: Felix Dietrich (Hrsg.) Bibliographie der Rezensionen, Band L. (1930), S.218 Eintrag Forst-Battaglia. Nicht alle dort genannten Zeitschriften und Magazine sind heute noch verfügbar, es wurde allerdings im Zuge dieser Arbeit versucht eine möglichst vollständige Sammlung der Rezensionen zusammenzustellen.

⁸⁸ Vgl.: z.B: Buchanzeigen. Badener Zeitung (11.11.1929) S.4

⁸⁹ Vgl. z.B: Das Buch der Stunde. Neue Zeitschrift für Musik Jg. 1930 (1930) S.877

⁹⁰ Vgl.: A. Winkler, Prozess der Diktatur. In: Wiener Zeitung Nr.140 (1930) S.6

⁹¹ Vgl.: Ebd.

⁹² Vgl.: Oscar Levy, Zeitgeschichtliche Anmerkungen. In: Die Literatur Jg.32 (1930) S.733

kommentiert er verwundert, indem er de Monzie als einen „merkwürdigen Linkspolitiker“⁹³ bezeichnet. Levy schließt damit, Forst de Battaglia unter anderem dafür zu loben, dass er vielen der Autoren in diesem Buch die Möglichkeit gab, ihre Gedanken tatsächlich so, wie sie es sich wünschten, – „ohne Furcht vor dem Rotstift eines ängstlichen Chefredakteurs“⁹⁴ – niederzuschreiben.

Unter anderem vom Titel inspiriert veröffentlicht auch die österreichische Juristen-Zeitschrift „der Gerichtssaal“ eine kurze Rezension zu diesem imaginären „Prozess“. Der Tübinger Landesgerichtsdirektor Kautter lobt dabei zunächst den Umfang, in dem die dargestellte Problematik betrachtet wird, möchte aber auch einiges an Kritik setzen. So widerspricht er Einsteins Auffassung, dass die Diktatur und die Wissenschaft unvereinbar wären und hält dem Herausgeber vor, in seiner abschließenden Zusammenfassung wichtige Teile der vorangehenden Aufsätze nicht miteinzubeziehen. Kautter weist dabei auf eine genauere Unterscheidung zwischen „Diktatur“ und „Tyrannis“ hin – die Diktatur habe seiner Meinung nach immer einen provisorischen Charakter und sei grundsätzlich nicht zu verurteilen.⁹⁵

Diese Unterscheidung betont auch der Journalist Friedrich Sternthal in seiner Rezension für die *Literarische Welt*. Italien und Russland seien seiner Meinung nach als eine „Tyrannis“ zu werten, nicht als eine Diktatur. Dieser ist allerdings dem Werk gegenüber sonst sehr kritisch eingestellt. Er schreibt, Forst de Battaglia könne schwer als ein unabhängiger Beobachter dargestellt werden, wenn er in einer Abhandlung über die Diktatur jene in Litauen und in Griechenland einfach auslässt, gleichzeitig aber zulässt, dass die Diktatur in Spanien „verhätschelt“⁹⁶ werde. Außerdem betont Sternthal, dass ein Buch wie dieses eigentlich einen Beitrag des deutschen Juristen Carl Schmitt benötigt hätte, um einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können.⁹⁷ Er übt im Folgenden starke Kritik an den Beiträgen von Ludwig Bernhard, Jules Sauerwein und De Monzie und meint beim Lesen dieser;

„[...] begreift man, daß der Liberalismus mausetot ist. Was da geschrieben, wie da über den Staat gedacht und wie argumentiert wird, das ist beinahe noch schlimmer als die fadenscheinigen Begründungen, mit denen der Baron Wlassics die ungarische Diktatur zu rechtfertigen sucht.“⁹⁸

Abschließend möchte Sternthal nicht unerwähnt lassen, dass ein Beitrag eines Bolschewisten für dieses Buch wohl unersetztlich gewesen wäre. Die Tatsache, dass der Pole Ossendowski stattdessen

⁹³ Vgl.: Ebd. S.734

⁹⁴ Vgl.: Ebd. S.735

⁹⁵ Vgl.: Kautter, Prozess der Diktatur. In: Gerichtsaal Bd.101 (Wien 1931) S.415-416

⁹⁶ Vgl.:Friedrich Sternthal, Prozess der Diktatur. In: Literarische Welt Jg.6 Nr.31 (1.8.1930) S.6

⁹⁷ Zu den Gedanken Carl Schmitts über die Diktatur siehe auch Kapitel 4.3

⁹⁸ Vgl.:Friedrich Sternthal, Prozess der Diktatur. In: Literarische Welt Jg.6 Nr.31 (1.8.1930) S.6

über die Diktatur des Proletariats schreibt, kommentiert er zynisch mit dem Satz: „*Wenn sie davon nicht entzückt sind, so kann man es begreifen.*“⁹⁹

Spätestens als das Werk unter dem Titel „*Dictatorship on Trial*“ auch in englischer Sprache veröffentlicht wird, werden auch anglo-amerikanische Magazine auf Forst de Battaglias Analyse der Diktatur aufmerksam. Das *Times Literary Supplement* analysierte bereits zuvor im Speziellen den Beitrag Kaden-Bandrowskis über Josef Pilsudski. Darin wird vor allem hervorgehoben, dass es sich um eine weitere einseitige Betrachtung des polnischen Diktators handelt. Pilsudski werde von den Polen als Held gelobt, vom Rest Europas allerdings als ruchloser Diktator betrachtet. Es wird dementsprechend auch kritisiert, dass Kaden-Bandrowski diese zwei Ansichten nicht miteinander vereinen kann und sich kritiklos hinter den polnischen Marshall stellt.¹⁰⁰

Die Redakteure der ebenfalls britischen Zeitung *The New Statesman* sind von Forst de Battaglias Werk nur bedingt überzeugt. Während auch das breite Spektrum verschiedener Meinungen positiv betrachtet wird, wird gleichzeitig kritisiert, dass eine politikwissenschaftliche Offenbarung wohl eher ausbleibt. „*In each case, the reader only gets, what he is early on led to expect.*“, schreibt *The New Statesman* über die Beiträge, die von Bodrero, Wlassics, Kaden-Bandrowski und Ossendowski verfasst wurden.

Diese englischsprachige Rezension übt außerdem Kritik an dem Fazit von Forst de Battaglia. Dieser habe lediglich darauf hingewiesen, dass wohl politische Traditionen der wichtigste Mechanismus zur Erhaltung einer Demokratie seien, dabei aber einen anderen Aspekt komplett außer Acht gelassen:

„[O]n the one side liberate nations, on the other nations with vast multitudes unable to read or write. For the working of democratic institutions the literacy of the electors does seem to be vital. [...] Between Fascist Italy and Bolshevik Russia, may not popular illiteracy be the real source of parallelism?“¹⁰¹

Das *American Political Science Review* erwähnt in einer kurzen Anzeige, dass die fehlende Diskussion über die politischen Entwicklungen in Österreich auffällig sei.¹⁰² In diesem Zusammenhang wird auch Raimund Günthers Veröffentlichung „Diktatur oder Untergang“ als ergänzende Lektüre erwähnt, in der sich der Autor für eine Diktatur in Österreich ausspricht.¹⁰³

Etwas tiefer setzt sich Huntley P. Paterson in einer Rezension für *Elements of an American Foreign Policy* mit dem Sammelband auseinander. Er erwähnt unter anderem, dass jeder Leser sofort zu dem

⁹⁹ Vgl.: Ebd.

¹⁰⁰ Vgl.: Prozess der Diktatur. In: *Times Literary Supplement* Jg.30 (1930) S259

¹⁰¹ Vgl.: A Symposium on Dictators. In: *The New Statesman* Nr.36 (1931) S.470

¹⁰² Vgl.: Dictatorship on its Trial. *The American Political Science Review* Jg. 25 Nr.3 (8.1931) S.793

¹⁰³ Für eine knappe Zusammenfassung dieses Werkes siehe Kapitel 4.3

Schluss kommen müsse, es gebe verschiedene Arten von Diktaturen in Europa, Faschismus und Bolschewismus seien grundsätzlich von allen anderen Diktaturen zu unterscheiden. Paterson hebt im Weiteren sowohl Ossendowskis Verurteilung des Bolschewismus, wie auch Walter von Molos Abhandlung über Deutschland hervor. Letztere sieht er allerdings mit einem kritischen Blick, sei doch das Argument, dass der Deutsche Geist nicht mit der Diktatur vereinbar sei „*rather strangely unconvincing in the light of chancellor Bruenings recent coup*“. Außerdem vermisst Hurtley die Miteinbeziehung von Finanzen und internationalen Banken in der Auseinandersetzung mit der Diktatur.¹⁰⁴

Der „Prozess der Diktatur“ wurde also von zeitgenössischen Kritikern größtenteils positiv bewertet, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die am öftesten kritisierten Aspekte des Buches sind zum einen die Tatsache, dass viele der Aufsätze eher eine Meinungswiedergabe als eine analytische Betrachtung darstellen, zum anderen aber auch die mangelnde Differenzierung zwischen den verschiedenen Formen der Diktatur. Gerade Forst de Battaglias Schlusswort wird in diesem Zusammenhang einige Male erwähnt. Wenn der Herausgeber die Diktatur schließlich frei spricht, meint er dann jene in Polen, Spanien, Italien oder Russland?

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass Albert Einstein mit seinem extrem kurzen Beitrag, wohl unbeabsichtigt, einiges an Aufmerksamkeit bei Lesern des Buches erzeugt hatte. Beinahe keine einzige Rezension kann der Versuchung widerstehen, Einsteins lediglich zwei Sätze umfassenden Aufsatz in voller Länge zu zitieren und anschließend kritisch zu betrachten¹⁰⁵. Damit ist das kürzeste Kapitel des Buches wohl gleichzeitig das am meisten diskutierte.

¹⁰⁴Vgl.: Huntley P. Paterson, Dictatorship on its Trial. In: Elements of an American Foreign Policy. Nr. 156 (7.1931) S.156

¹⁰⁵ Besonders herausstechend ist dabei der Landesgerichtsdirektor Kautter, der nach einem Zitat von Einsteins Kapitel weiter schreibt: „*Das ist nicht nur relativ, sondern auch absolut zuwenig, zumal es nicht ganz richtig ist.*“ Vgl.: Kautter, Prozess der Diktatur – Rezension. In: Gerichtsaal Bd.101 (Wien 1931) S.415-416

3.3 Hintergrund und Analyse des Werkes

Die Tatsache, dass in „Prozess der Diktatur“ ungefähr ein Dutzend prominenter Namen der 1920er-Jahre zu Wort kommen, ist der enorm guten Vernetzung des Herausgebers geschuldet. Otto Forst de Battaglia korrespondierte im Laufe der 20er und 30er Jahre unter anderem mit Politikern wie Ignaz Seipel, Karl Lueger und Paul Löbe, aber auch mit Schriftstellern wie Thomas Mann und Maurice Bedel, sowie mit Wissenschaftlern wie Siegmund Freud und Albert Einstein. Besonders nach Polen pflegte Forst de Battaglia enge Kontakte.¹⁰⁶ Dabei war dieses Buch nicht unbedingt jenes Projekt, dem Forst de Battaglia am meisten Aufmerksamkeit schenkte. Etwa zeitgleich arbeitete der österreichische Gelehrte an einer umfassenden Analyse der Texte Karl Mays, in welche er noch um einiges mehr Zeit und Arbeit investierte.¹⁰⁷

Otto Forst de Battaglia wurde von ehemaligen Weggefährten als ein politisch Liberaler und Katholik in der Weltanschauung beschrieben. Dem Band „Prozess der Diktatur“ wird daher manchmal auch zugeschrieben, es sei eine Abhandlung, die sich vehement gegen die Institution der Diktatur wehrt.¹⁰⁸ Angesichts des „Freichspruchs“ den Battaglia der Diktatur schließlich erteilt, kann dieser Meinung hier nicht zugestimmt werden.

Die genaue Entstehungsgeschichte des Werkes ist heute bedauerlicherweise nicht mehr genau zu verfolgen, da die entsprechenden Korrespondenzen zwischen den Autoren und dem Herausgeber verloren gegangen sind.¹⁰⁹ Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass die einzelnen Beiträge in den Jahren 1928 und 1929 entstanden sind und Forst de Battaglia seine Conclusio zu dem Buch etwa Mitte 1929 verfasste. Die Entstehung des Werkes ist also zwischen dem Beginn der Königsdiktatur in Jugoslawien und dem Ende der De Rivera-Diktatur in Spanien anzusetzen.

In jedem Fall war die Veröffentlichung ein kommerzieller Erfolg für den Amalthea-Verlag und stieß auf einiges an Resonanz in politischen Kreisen. Laut *Badener Zeitung*, gingen direkt nach der Veröffentlichung 3500 Bestellungen an den Verlag ein.¹¹⁰

Wie auch in den Rezensionen öfters erwähnt wird, stellt sich bei der Lektüre des „Prozess der Diktatur“ vor allem die Frage: Von welcher Form der Diktatur wird überhaupt gesprochen? Die

¹⁰⁶ Vgl.: Krzysztof Huszcza, Otto Forst de Battaglia – Pole, Altösterreicher und Weltbürger. In: Jakub Forst-Battaglia (Hrsg.) Otto Forst de Battaglia, der unersetzbliche Vermittler zwischen den Kulturen (Wien 2011) S.30-33

¹⁰⁷ Vgl.: Krzysztof A.Kuczynski: Auf den Spuren des Abenteuers. Zur Karl-May-Monographie (1931) von Otto Forst de Battaglia. In: Ebd. S.63-68

¹⁰⁸ Vgl.: Roman Taborski, Otto Forst-Battaglia, Verdienstvoller Verbreiter der Polnischen Kultur. In: Roman Taborski (Hrsg.), Otto Forst-Battaglia – Zum Dreissigjährigen Todestag. (Wien 1995) S.10

¹⁰⁹ An dieser Stelle gilt ein Dank an Frau Mag. Katarzyna Lutecka, die das Archiv des Amalthea-Verlags nach solchem Material durchsucht hat, wie auch an Herrn Dr. Jakub Forst-Battaglia, der über den Bestand der Familie verfügt. In beiden Fällen war die entsprechende Korrespondenz nicht mehr auffindbar.

¹¹⁰ Vgl.: Buchanzeigen. In: Badener Zeitung (11.11.2019) S.4

Unterscheidung zwischen einer „Diktatur“ und einer „Tyrannis“ wird zwar in den ersten zwei Kapiteln angesprochen, scheint aber auf die europäische Zwischenkriegszeit nicht mehr vollends anwendbar.

Betrachtet man Ludwig Bernhards Kapitel „Der Diktator und die Wirtschaft“, wird dort auf eine „Wirtschaftsdiktatur“ verwiesen. Leider versäumt Bernhard es, eine genaue Definition dieser Wirtschaftsdiktatur aufzustellen oder Beispiele für diese zu nennen. Es kann davon ausgegangen werden, dass er eben über die Systeme in Spanien und in Jugoslawien spricht: Systeme, die sich in politischen, aber auch wirtschaftlichen Krisen befunden haben und in denen als Reaktion auf diese Krisen der Diktator die Macht ergreift. Eine „Tyrannis“ ist eine solche Diktatur wohl nicht, solange sie sich selbst zeitlich einschränkt – so wie es Primo de Rivera und Alexander I. zu Beginn ihrer Diktatur angekündigt hatten.

Forst de Battaglia selbst möchte die Diktatur nur als ein Provisorium sehen, das in Zeiten der Not wieder versucht Ordnung herzustellen. Die Orientierung an den Diktaturen der Antike ist unschwer zu erkennen. Die Tatsache, dass sich diese Idee auf die Diktatur in Russland nicht anwenden lässt, wird von Battaglia ignoriert.

Es erweckt also den Anschein, dass die in diesem Buch angestoßene Diskussion auf der Suche nach der richtigen Nomenklatur ist. Diese würde sich später unter anderem durch den Totalitarismusbegriff finden.¹¹¹ In Ermangelung dieses Begriffs versuchen die hier vertretenen Stimmen der 1920er Jahre, sich an Definitionen aus der Antike oder aus dem Mittelalter zu orientieren.

Der zweite Teil des Werkes, in dem jeweils einzelne autoritäre Regime in Europa betrachtet werden, hat eher den Charakter der Ansammlung verschiedener Meinungen, als jenen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik. Dabei ist allerdings auch zu betonen, dass kaum einer der Autoren eine objektive Betrachtungsweise für sich beansprucht. Die Tatsache, dass der überzeugte Faschist Emilio Bodrero wohl kaum einen kritischen Blick auf Mussolini richten wird, kann ebenso als selbstverständlich angenommen werden, wie die eher undifferenzierte Schrift Kaden-Bandrowskis über Josef Pilsudski. Letztere ist besonder wenig überraschend, betrachtet man, dass Forst de Battaglia selbst ein nahmhafter Verteidiger der polnischen Unabhängigkeit war.¹¹² Nur Ferdynand Ossendowski schreibt in „Die Diktatur des Proletariats“ ein Kapitel über den Bolschewismus, das für sich selbst eine gewisse Objektivität beansprucht, diese allerdings nicht aufweisen kann. Ossendowski sieht sich überzeugt, in der Lage zu sein „*das Phänomen des Bolschewismus zu prüfen und unparteiisch werten zu können.*“¹¹³ Inwieweit ihm dies in seinem Kapitel gelingt ist fraglich. Seine Ausführungen über den Bolschewismus beginnen zwar in einem abwägenden und objektivem Stil, im Laufe des Aufsatzes kippt Ossendowski allerdings klar in eine

¹¹¹ Siehe dazu auch Kapitel 5.

¹¹² Vgl.: Roman Taborski (Hrsg.), Otto Forst-Battaglia – Zum Dreissigjährigen Todestag. (Wien 1995)

¹¹³ Vgl.: Ferdynand Ossendowski, Die Diktatur des Proletariats. In.: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.177

ablehnende Haltung gegenüber Sowjet-Russland, in dem er unter anderem offen rassistisch gegen die russische Bevölkerung argumentiert.¹¹⁴

Dabei sollte auch die Diktatur des Proletariats ursprünglich, genau wie alle anderen Diktaturen in diesem Teil der Sammlung, von einem Vertreter des entsprechenden Systems besprochen werden. Forst de Battaglia betont in seinem Vorwort, er habe wiederholt versucht kompetente Vertreter des Bolschewismus als Mitarbeiter für diese Sammlung zu gewinnen, diese hätten sich jedoch geweigert. Er erklärt: „*So musste die Darstellung Russlands einem außenstehenden, unvoreingenommenen Kenner der Verhältnisse übertragen werden.*“¹¹⁵ Diese Aufgabe anschließend dem bekannten Bolschewismus-Kritiker¹¹⁶ Ossendowski zu übertragen, war wohl nicht komplett unbeabsichtigt von Forst de Battaglia – zumal die beiden Wissenschaftler damals bereits gut miteinander befreundet waren.¹¹⁷

Einer der wenigen roten Fäden, die sich durch alle Beiträge in Battaglias Werk ziehen, ist der Begriff der Krise, sei dies eine politische, eine gesellschaftliche oder eine wirtschaftliche Krise. Alle Autoren bekräftigen, dass die Krise eine Diktatur entweder erst möglich macht oder überhaupt nur durch einen Diktator wieder gelöst werden kann. Gleichzeitig wird das Bild gezeichnet, ganz Europa befände sich eben seit dem Ende des Weltkrieges in einer solchen Krise. Die Tatsache, dass es in Europa zu Beginn der 1920er-Jahre – also unmittelbar nach dem Krieg – nur vereinzelt Diktaturen gab, während sie zehn Jahre später große Teile des Kontinents einnahmen, wird dabei nicht als Gegenargument für diese These betrachtet.

Beinahe ebenso häufig wird erwähnt, dass politische Traditionen und Institutionen besondere Bedeutung für die Erhaltung einer Demokratie haben. Ludwig Bernhard, Ferdynand Ossendowski und Forst de Battaglia selbst sprechend alle davon, dass jene Nationen mit besonders langen politischen Traditionen sich wohl nicht vor der Machtergreifung eines Diktators fürchten müssten – die Systeme in den jeweiligen Ländern seien stabil genug, um eventuelle Krisen auch auf bereits etabliertem Weg zu meistern. Angesichts der Tatsache, dass eine Diktatur in Frankreich oder England eher unmöglich erschien und die zeitgenössischen Beobachter auch Deutschland eine stabile und demokratische Verfassung zuschrieben, ist diese These nachvollziehbar und naheliegend.

¹¹⁴ Ein gutes Beispiel davon findet sich in jenem Unterkapitel, in dem Ossendowski Lenin vorwirft, er habe die natürliche Zerstörungswut des russischen Volkes zu nutzen gewusst. „Denn das Zerstören ist sein Element“ Vgl.: Ebd.: S.199.

¹¹⁵ Vgl.: Otto Forst de Battaglia, Geleitwort. In.: Ebd. S.9

¹¹⁶ Ossendowski schrieb zeitgleich an seinem Roman „Lenin“, in dem er intensive Kritik an dem Werdegang des bolschewistischen Revolutionsführers und an den Methoden der Sowjetunion übte. Vgl.: Ferdynand Ossendowski, Lenin (Berlin 1930).

¹¹⁷ Vgl.: Krzysztof Huszcza, Otto Forst de Battaglia – Pole, Altösterreicher und Weltbürger. In: Jakub Forst-Battaglia (Hrsg.) Otto Forst de Battaglia, der unersetzliche Vermittler zwischen den Kulturen (Wien 2011) S.33-34

Ein weiteres leitendes Thema, dass sich in mehreren Aufsätzen in diesem Sammelband findet, ist die grundlegende Idee des „großen Mannes“. Sowohl Anatole de Monzie wie auch sein Landsmann André Maurois und der deutsche Kurt Köhler sprechen implizit von der Idee, dass der richtige Mann zur richtigen Zeit wohl eine enorm positive Auswirkung auf die Lenkung der Staatsgeschäfte hätte. Sogar Winston Churchill lässt in seinem Vorwort durch die Gutheißung Mussolinis und Primo de Riveras ähnliche Aspekte durchscheinen. Eine naheliegende Erklärung für diese Verherrlichung von Einzelpersonen dürfte sich in der Historiographie finden. Die Auflösung des Narrativs, nachdem große Männer die Geschicke der Weltgeschichte lenken, erfolgte erst einige Jahrzehnte später.

Anschließend an die Idee des „großen Mannes“ wird von einigen Autoren auch eine psychologische Komponente ins Spiel gebracht. Walter von Molos Aufsatz über den „deutschen Geist“ baut hauptsächlich darauf auf, dass die Deutschen einfach nicht die richtige geistige Einstellung hätten, um eine Diktatur zu unterstützen. Im Gegenzug möchte Ferdynand Ossendowski die Beobachtung angestellt haben, die Russen seien für eben solche autoritären Systeme besonders anfällig, weil sie ungebildet und kulturlos seien. Auch bei bürgerlich-liberalen Autoren ist ein gewisser völkischer Grundgedanke also noch vorhanden.

Letztlich gibt es noch einen theoretischen Ansatz, der sich als exklusiv beinahezu allen anderen Ansätzen präsentiert: Die Verarmung der Bürgerschicht als die treibende Kraft hinter dem Erstarken autoritärer Systeme. Angesprochen wird diese vor allem von Vandervelde, Steed und De Romanones – also von sozialdemokratischen und liberalen Vertretern des politischen Spektrums. Sie alle sind sich einig, dass die Mischung aus ökonomischen und sozialpolitischen Ressourcen, die durch das Bürgertum entstanden seien, im Laufe der 1920er Jahre langsam verloren gegangen seien. Dadurch entstehe eben jenes Klima, in dem ein Diktator sich von der vereinten Soldaten- oder Arbeiterschaft unterstützt fühle und einen Staatsstreich ausführen könne.

Diese Theorie beinhaltet einen Hauch von klassenkämpferischem Gedankengut – das Bürgertum, das bisher eine tragende Rolle in der Entwicklung des politischen Etablissement spielte, fühlt sich durch die ansteigende Relevanz der Arbeiterklasse bedroht. Indirekt spielt auch Forst de Battaglia darauf an, dass dieses politisch zurückgetriebene Bürgertum wohl eine andere Richtung eingeschlagen hätte, hätte man ihm die Wahl gegeben.:

„Es wird nicht genug beachtet, wie häufig Diktaturen in Männern sich verkörpern, die aus sozialistischer und zugleich aus militärischer oder adeliger Umgebung stammen. Kein einziger Diktator kam aus bürgerlichem Milieu.“¹¹⁸

¹¹⁸ Otto Forst de Battaglia, Das Antlitz der Diktatur. In.: Otto Forst de Battaglia (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930) S.389

„Prozess der Diktatur“ ist also ein Werk, das von einem österreichischen Universalgelehrten mit enorm guten Verbindungen nach ganz Europa herausgegeben wurde, um möglichst viele verschiedene Stimmen zur aktuellen politischen Lage auf dem Kontinent zu sammeln. Mit Ausnahme der Bolschewisten kommt dabei auch jede bedeutende politische Einstellung der entsprechenden Zeit zur Sprache. Während sich fast alle an dem Sammelband beteiligten darin einig sind, dass die Diktatur gewisse Einschränkungen braucht, um eine legitime Staatsform darzustellen, so ist mehr als die Hälfte der Aufsätze zumindest tolerant gegenüber der Diktatur – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Als eine große Gefahr für den Frieden in Europa wird die Diktatur nicht gesehen. Erst das 1930 verfasste Nachwort von Otto Forst de Battaglia deutet darauf hin, dass auch er begann, die Zukunft Mitteleuropas skeptisch zu betrachten.

4. Weitere Diktaturforschung und politische Beobachtungen 1925-1935

Wenn auch Forst de Battaglias „Prozess der Diktatur“ eine sehr umfassende Quelle für zeitgenössische Beobachtung der politischen Prozesse in Europa darstellt, so muss anerkannt werden, dass es sich bei dem Werk nur um einen Bruchteil der wissenschaftlichen wie journalistischen Veröffentlichungen zu dieser Thematik handelt. Ein großer Teil dieser findet sich in einigen ähnlichen Büchern, größtenteils Monographien, in denen oft andere Ansichten zur Sprache kommen. Eine Fülle an kürzeren Abhandlungen findet sich auch in wissenschaftlichen Zeitschriften, besonders in jenen die sich die Analyse der Politik in Europa zur Aufgabe gemacht haben.

Um das Bild der Diktaturforschung in den 1920er- und 1930er Jahren zu vervollständigen, wird im Folgenden eine Auswahl solcher Texte gesammelt und genauer untersucht. Dabei wird vorsätzlich ein Zeitrahmen von zehn Jahren gewählt, in dessen Mitte die Veröffentlichung von „Prozess der Diktatur“ stattfindet. Dadurch soll ein direkter Vergleich aller präsentierten Texte ermöglicht werden.

Die gesammelten Texte werden im Folgenden in Veröffentlichungen aus dem deutschsprachigen und aus dem anglo-amerikanischen Raum unterteilt. Auch zwei besonders interessante Werke aus der Feder italienischer Politiker werden kurz präsentiert und besprochen. Anschließend wird der Versuch angestellt, die verschiedenen Ansätze aus europäischen und außereuropäischen Veröffentlichungen miteinander zu vergleichen.

4.1 Anglo-Amerikanische Veröffentlichungen

Es ist nicht weiter überraschend, dass Politikwissenschaftler, Historiker und Journalisten aus dem anglo-amerikanischen Raum sich in den Jahren rund um 1930 ebenfalls intensiver mit den europäischen Diktaturen auseinandersetzen. Da sowohl England wie auch die USA allerdings nie einem ernsthaften faschistischen oder kommunistischen Umsturzversuch ausgesetzt waren, nehmen die Autoren dieser Länder automatisch die Perspektive eines außenstehenden Beobachters an.

Für dieses Kapitel wurden einige Monografien, sowie eine größere Anzahl an Artikeln aus englischen oder amerikanischen Zeitschriften herangezogen. Während alle hier besprochenen Artikel im englischen Sprachraum publiziert wurden, sind einige der Autoren nicht unbedingt Amerikaner oder Engländer. In manchen Fällen handelt es sich um Kommentare die von Politikern aus Italien, Deutschland oder Russland verfasst wurden. Ab 1930 mehrt sich auch die Zahl an oppositionellen Politikern, die sich im englischen oder amerikanischen Exil befanden.

Der kanadische Politikwissenschaftler William Bennet Munro kann mit seinem Artikel „The Resurgence of Autocracy“, veröffentlicht im Jahr 1927, als eine gute Basis für weitere Beobachtungen herangezogen werden. Munro möchte das Wiederaufkommen der Autokratien an drei wesentlichen Punkten festmachen: Erstens ortet er einen Zerfall politischer Parteien und eine daraus entstehende Krise des Parlamentarismus. Zum zweiten, so Munro, liege es in der menschlichen Natur in schwierigen Zeiten ein Verlangen nach absoluter Autorität zu entwickeln. Drittens – und diesem Faktor wird in dem Artikel das größte Gewicht verliehen – verlange die wirtschaftliche Situation in Europa seit dem ersten Weltkrieg schnelles und entscheidendes Handeln, welches eher von einem Diktator als von einem Parlament durchgeführt werden könnte. Er meint wörtlich:

„When politics become economics, the politician flounders. Then comes the autocrat's turn. That is why there has been a great revolution in the politics of Europe during the past seven years [...]“¹¹⁹

Munro kann damit eindeutig in das Lager jener Beobachter eingeordnet werden, die Diktaturen als eine direkte Reaktion auf eine wirtschaftliche, gesellschaftliche oder politische Krise werten.

Eine etwas andere Analyse der europäischen Diktaturen liefert Henry R. Spencer, der im Jahr 1927 in einem politikwissenschaftlichen Journal einen kurzen Überblick für die europäischen Diktaturen und ihre Ursprünge liefert. Spencer ist einer der wenigen Beobachter, der die These einer

¹¹⁹ Vgl.: William Bennet Munro, The Resurgence of Autocracy. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 5/4 (1927) S.615

„Nachkriegsneurose“ – also dem Aufkommen autokratischer Systeme als eine direkte Reaktion auf den ersten Weltkrieg – anzweifelt. Stattdessen weist er darauf hin, dass die Modernisierung der westlichen Welt – etwa durch Zeitungen in großer Auflage, Radios und Elektrifizierung – wohl in diesen Entwicklungen nicht genug beachtet wird. Dies kann unter anderem als eine frühe Ausformulierung der Idee des Totalitarismus als Massenphänomens verstanden werden.¹²⁰ Spencer analysiert auch schon 1927, dass die Gemeinsamkeiten der Europäischen Diktaturen in der Fetischisierung der Nation, in der Schaffung von „Privatarmeen“ und in einer grundsätzlichen Militarisierung der Gesellschaft zu finden seien.¹²¹

Eine längere und tiefgehende Auseinandersetzung mit derselben Thematik bringt der britische Politikwissenschaftler Harold J. Laski 1933 zu Papier. Seine Monografie zur „Democracy in Crisis“ erwähnt die Diktatur nur nebensächlich und konzentriert sich mehr auf das Zerfallen der Demokratie. Laski betont zwei Aspekte, die für diese Arbeit besonders relevant sind: Zum ersten vertritt er die Meinung, es sei vor allem das Aufkommen des Sozialismus und die damit einhergehende Kritik am kapitalistischen System, die eine destabilisierende Wirkung auf die Demokratie hätten. Dem Argument, dass die Demokratie grundsätzlich eine bessere und humanere Regierungsform sei als jede andere, hält er entgegen:

“The Flaw in the argument is an obvious one: it assumed the absolute validity of the form of the political state regardless of the economic character of the society it was supposed to represent”¹²²

In diesem Zusammenhang prägt Laski auch den Begriff “Capitalist Democracy” den er in seinem Werk genauer analysiert.

Zweitens legt der Amerikaner über längere Strecken dar, dass demokratische Institutionen und ein starkes Beamtentum den Grundstein für eine stabile Demokratie legen. Ein Umsturzversuch von Kommunisten oder Faschisten könne in einem Staat, dessen Institutionen intakt sind, wohl nicht erfolgreich sein.¹²³

Laski ist mit dieser These der starken Institutionen nicht alleine. Der Präsident der Universität von Harvard, Alexander Lawrence Lowell, formuliert eine ähnliche Idee. „Civil Service“, so wie eine „Tradition of Self-Governing“ seien die wohl wichtigsten Aspekte in der Stabilisierung einer

¹²⁰ Vgl. Dazu auch Hannah Arendts Werke über totalitäre Systeme in: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (Frankfurt 1955)

¹²¹ Vgl.:Henry R. Spencer, European Dictatorships. In: The American Political Science Review 21/3 (1927) S.537-551

¹²² Vgl.:Harold J. Laski, Democracy in Crisis (London 1933) S.50

¹²³ Vgl.:Ebd. S.67-147

Demokratie.¹²⁴ Auch der deutsche Verfassungsjurist Karl Löwenstein erwähnt diesen Aspekt in seiner Abhandlung „Autocracy versus Democracy in Contemporary Europe“. Sowohl Lowell wie auch Löwenstein weisen darauf hin, dass es wohl fehlgeleitet wäre, den Bildungsstandard der Bevölkerung als den zentralen Faktor zu sehen. Vielmehr müsse das gesamte Konstrukt des Staates, inklusive seinem Bildungssystem, betrachtet werden, um die Wahrscheinlichkeit einer Diktatur feststellen zu können.

Karl Löwenstein, der 1933 von Deutschland in die USA emigrierte, geht in seinem Artikel auch noch auf die Natur der modernen Autokratie ein – wobei er sich fast ausschließlich auf die totalitären Systeme in Deutschland, Italien und Sowjetrussland beschränkt. Er betont die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise, die seiner Meinung nach den Faschismus besonders bestärkt habe und meint, dass ökonomische Schwierigkeiten einen Staat vor die Wahl zwischen kommunistischer oder faschistischer Diktatur stellen würden.

Besonders interessant ist auch Löwensteins Analyse internationaler Beziehungen als maßgeblicher Auslöser für einen autokratischen Umschwung. Er beobachtet, dass jene Staaten, die besondere territoriale Differenzen mit ihren Nachbarstaaten hätten, weitaus anfälliger für die Etablierung einer Diktatur seien als jene, deren Grenzen als unanfechtbar gelten.¹²⁵

Eine letzte Abweichung von den üblichen Erklärungsversuchen für die Diktatur verfasst 1934 der britische Politikwissenschaftler Ernest Barker. Seiner Meinung nach ist der Aufstieg autoritärer Systeme weder der ökonomischen, noch der politischen Krise der Nachkriegszeit zuzuschreiben. Vielmehr meint Barker, es seien die Defekte der Demokratie selbst, die es Diktatoren erlauben würden an die Macht zu kommen – denn fast jeder Diktator ist auf die eine oder andere Weise durch den Willen des Volkes in seine Position als Diktator gekommen.¹²⁶

Die Beurteilung der Diktatur fällt je nach Land, Zeitpunkt und dem jeweiligen Autor sehr unterschiedlich aus. Ein besonders gutes Beispiel liefert dahingehend die Machtergreifung König Alexanders in Jugoslawien. Malborne Graham schreibt bereits wenige Monate nach der Errichtung der Königsdiktatur einen Artikel, in dem er den Begriff „Dictatorship“ bereits im Titel unter Anführungszeichen setzt. Er betont, dass die parteipolitische Lage in Jugoslawien sich in den vorangegangen Monaten und Jahren festgefahren hatte und der Staatsstreich des Königs die einzige klare Möglichkeit darstellte, den Staat wieder regierbar zu machen. Graham's Artikel ist geprägt von durchwegs positiven Worten für König Alexander, wie er auch am Ende klar zur Schau stellt:

¹²⁴ Vgl.: A. Lawrence Lowell, The Present Crisis of Democracy. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 12/2 (1934) S.183-192

¹²⁵ Vgl.: Karl Löwenstein, Autocracy versus Democracy in Contemporary Europe. In: The American Political Science Review 29/4 (1935) S.571-593

¹²⁶ Vgl.: Ernest Barker, Democracy Since the War and Its Prospects for the Future. In: The Royal Institute for International Affairs, International Affairs 13/6 (1934) S.751-771

*„If it is dictatorial in any sense, the present régime may be said to be the direct royal dictatorship of a democratic ruler based on the cardinal conception of popular sovereignty and of the immediate responsibility of the king to the nation for the execution of its mandates.“*¹²⁷

Eine sehr ähnliche Meinung, noch im selben Jahr verfasst, vertritt auch der amerikanische Diplomat Hamilton Armstrong. Dieser betont auch, dass die Diktatur Alexanders I. bereits in kurzer Zeit enorme Fortschritte in der Administration des Staates erzielen konnte.¹²⁸

Etwas differenzierter, und mit einem besseren historischen Blick, kann zwei Jahre später der britische Historiker R.W. Seton-Watson eine Zusammenfassung der Situation in Jugoslawien geben. In „The Background of the Yugoslav Dictatorship“ stimmt er zwar mit der oft vertretenen Meinung überein, das Parlament wäre primär für die Situation in Jugoslawien verantwortlich, möchte aber auch Alexander I. nicht als unschuldig darstellen – dieser hätte mit seinem Verhalten die Situation in Jugoslawien erst herbeigeführt und sich als der Retter des Staates dargestellt, nachdem er durch einen Verfassungsbruch die Macht an sich riss. Seton-Watson ist allerdings auch der Meinung, dass die Wirtschaftskrise das Land in eine wohl noch kompliziertere Situation gebracht hätte, aufgrund derer sich die Diktatur vorläufig wohl noch halten würde. Eine Rückkehr zum parlamentarischen System könne er sich aktuell nicht vorstellen.¹²⁹

Neben Alexander I. gibt es noch einen weiteren Diktator dem der Archetyp des „guten Diktators“ von internationalen Beobachtern zugeschrieben wurde: Mustafa Kemal wird von Zeitgenossen ähnlich positiv beurteilt, wie der jugoslawische König. Hans Kohn möchte in „ten years of the Turkish Republic“ die Errungenschaften Kemals zusammenfassen. Der Begriff „Diktatur“ kommt dabei in dem Artikel nicht vor, obwohl Kohn klar darstellt, dass Kemal der alleinige und absolute Machthaber im Land sei. Kohn zieht eine Parallele zwischen Kemal und Mussolini – er sieht in beiden absolute Machthaber, die eine Nation vorangebracht haben – möchte aber klar differenzieren, dass die Türkei eine grundsätzlich liberale Verfassung hat, die mit dem italienischen Faschismus nicht vereinbar wäre.¹³⁰ Im weiteren werden im Artikel die Errungenschaften des türkischen Regimes aufgezählt, wobei der Regierung Kemals äußerst gute Noten erteilt werden.

¹²⁷Vgl.: Malborne W. Graham, The „Dictatorship“ in Yugoslavia In: The American Political Science Review 23/2 (1929) S.459

¹²⁸Vgl.: Hamilton Fish Armstrong, Yugoslavia and the royal dictatorship. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 7/4 (1929) S.600-615

¹²⁹Vgl.: Hamilton Fish Armstrong, Yugoslavia and the royal dictatorship. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 7/4 (1929) S.600-615

¹³⁰Vgl.: Hans Kohn, Ten Years of the Turkish Republic. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 12/1 (1933) S.141-155

Gänzlich anders ist die Einstellung gegenüber Deutschland. Vor Hitlers Machtergreifung ist man sich auf internationaler Ebene nur im Folgenden einig: Eine Diktatur in Deutschland sei wohl möglich, aber unwahrscheinlich. Am lautesten in der Ablehnung einer möglichen Diktatur in Deutschland sind dabei die Deutschen selbst. Alexander Mendelsson Bartholdy schreibt 1930 noch, die Kommunisten und Nationalsozialisten könnten nie mehr als einige Dutzend Sitze im Reichstag erlangen.¹³¹ Der Politiker Erich Koch-Weser sieht ein Jahr später beide Parteien zwar als eine ernstzunehmende Gefahr für den deutschen Parlamentarismus, zeigt sich aber überzeugt davon, dass von ihnen in den nächsten Jahren kein Versuch eines Staatsstreiches ausgehen wird.¹³²

Auch der später durch seine Totalitarismustheorie bekannt gewordene Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich äußert im Jahr 1930 einige Gedanken zu einer möglichen Diktatur in Deutschland.¹³³ Er gesteht dabei ein, dass die starke Position des Präsidenten wohl eine Form der Diktatur möglich machen würde, sieht aber den Reichstag als eine Blockade in einer möglichen Präsidialdiktatur. Friedrich schreibt im Schlusswort seines Artikels:

„*The crisis through which Germany has been passing does not at all imply the establishment of a dictatorship. [...] The reflective observer has to beware of giving too much credence to the excited accounts of journalists in times of crisis in Germany. She continually shows a tendency to run up a fever over any political controversy of note*“¹³⁴

Allgemein wird Deutschland attestiert, der Parlamentarismus zeige zwar einige Probleme auf, die Situation sei allerdings stabil. Erst als Hitlers Machtergreifung das Gegenteil beweist, sprechen internationale Beobachter darüber, dass Deutschland wohl ein klarer Kandidat für die Diktatur war. So betont etwa Laski, dass der Reichstag die Rolle der Legislative nie wirklich ausüben konnte, beschreibt ihn als „*rather a competitor for authority, than a participator in it*“¹³⁵. Ernest Barker schreibt den Deutschen einen grundsätzlichen Hang zur Autokratie zu, die parlamentarische Republik sei-wohl nicht die beste Option für ihren Staat.¹³⁶

Auch Österreich ist für internationale Beobachter ein interessantes Beispiel. Nach der Machtübernahme von Dollfuß wird der Austrofaschismus oft im selben Satz mit dem deutschen und italienischen Faschismus erwähnt. Allerdings nimmt Österreich eine Sonderrolle ein, da der Staat um

¹³¹Vgl.: A. Mendelsson Bartholdy, The Political Dilemma in Germany. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 8/4 (1930) S.620 – 631

¹³²Vgl.: Erich Koch-Weser, Radical Forces in Germany. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 9/3 (1931) S.435-440

¹³³ Vgl.: Carl Joachim Friedrich, Dictatorship in Germany?. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 9/1 (1930) S.118-132

¹³⁴ Vgl.: Ebd S.131

¹³⁵ Vgl.:Harold J. Laski, Democracy in Crisis (London 1933) S.40

¹³⁶ Vgl.: Ernest Barker, Democracy Since the War and Its Prospects for the Future. In: The Royal Institute for International Affairs, International Affairs 13/6 (1934) S.764

einiges kleiner und das System weniger totalitär aufgebaut ist als jene in den beiden Nachbarländern. Der amerikanische Journalist John Gunther erzeugt in einem längeren Artikel über Dollfuß ein recht positives Bild von einem kleinen, aber intelligentem Mann, der sich erfolgreich gegen die Bedrohung durch die Nationalsozialisten behaupten konnte. Er sieht den Austrofaschismus als ein Bollwerk gegen territoriale Ambitionen des dritten Reiches.¹³⁷

Auch russische Autoren kommen in den Journalen, die in England und den USA veröffentlicht werden, immer wieder zu Wort. Der Vorsitzende der russischen Übergangsregierung, Alexander Kerensky, schreibt im Jahr 1934 „On Democracy and Dictatorships“, in dem er die Institution der Diktatur aus einem radikal anderen Blickwinkel betrachtet als viele seiner Zeitgenossen. Wenig überraschend sieht Kerensky den Kapitalismus als den zentralen Grund für das Entstehen von Diktaturen, schließlich wären die meisten der europäischen Diktatoren durch ihre anti-kapitalistische Ideologien erst bei der Bevölkerung beliebt geworden. Aber auch er schließt sich der Idee an, dass es wohl der erste Weltkrieg war, der den Grundstein für dieses Europa der autoritären Systeme gelegt hat.

Wörtlich sagt Kerensky dazu:

„*The replacement of a democratic régime by an authoritarian is a common consequence in all Europe of the economic, social and political crisis called forth by the World War.*“¹³⁸

Der ehemalige Vorsitzende der russischen SR, Viktor Chernov, schreibt 1935 spezifisch über den polnischen Diktator Josef Pilsudski. Auch hier macht der Autor keinen Hehl daraus, seine politische Überzeugung zu verstecken und wirft Pilsudski Verrat an der sozialistischen Idee vor. Die Diktatur in Polen, so meint Chernov, sei in erster Linie Pilsudskis Tat, auch wenn die grundsätzliche Idee der „Nachkriegsneurose“ auch in diesem Artikel zu lesen ist.¹³⁹

Es kann festgehalten werden, dass sich die Meinung über die Natur der Diktatur sowie über die Bedingungen, die für eine solche gegeben sind, im Laufe der hier beobachteten zehn Jahre auch in anglo-amerikanischen Veröffentlichungen stark verändern. Bis zum Jahr 1930 scheint ein genereller Konsens zu herrschen, in dem die europäischen Diktaturen als eine bedauerliche, aber unvermeidliche Konsequenz aus dem politischen und wirtschaftlichen Klima in Europa nach dem ersten Weltkrieg dargestellt werden. Dabei wird der Blick gerne auf Staaten wie Spanien, Polen und Jugoslawien gerichtet – Staaten in denen der Parlamentarismus durch einen Staatsstreich, meistens

¹³⁷ Vgl.: John Gunther, Dolfuss and the Future of Austria. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 12/2 (1934) S.306-318

¹³⁸Vgl.: A. Kerensky, on Democracy and Dictatorships. In: The Slavonic and East European Review 13/37 (1934) S.61

¹³⁹Vgl.: Viktor Chernov, Josef Pilsudski - from Socialist to Autocrat. In: In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 14/1 (1935) S.146-155

unterstützt von Teilen des Militärs, beendet wurde. Italien und Russland scheinen dabei eher Extremfälle darzustellen.

Durch die Machtergreifung Hitlers in Deutschland ändert sich die Situation schlagartig. Der Fokus der internationalen Beobachter liegt nun nicht mehr auf den Autokratien, sondern auf den totalitären Systemen. Öfter wird vom „Faschismus“ als von der Diktatur gesprochen. Während bis 1933 noch jeder europäische Diktator mit Mussolini verglichen wurde,¹⁴⁰ ist nun ersichtlich, dass Hitler, Stalin und Mussolini eine eigene Kategorie der Diktatur in sich vereinen. Der Begriff „totalitär“ war zu diesem Zeitpunkt noch nicht geprägt, wäre allerdings heute gut auf die Beobachtungen dieser Zeit anwendbar.

In der Frage nach der Bewertung dieser Diktaturen unterscheiden sich die Meinungen allerdings. Gerade amerikanische Beobachter sind gegenüber diesen Diktaturen sehr skeptisch.¹⁴¹ Auch deutsche und russische Autoren möchten sich mit einer autoritären Herrschaftsform nicht wirklich anfreunden. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es sich bei den hier behandelten Autoren ausschließlich um Personen handelt, die in ihrem vorhergehenden und weiteren Lebenslauf von ihren jeweiligen autokratischen Regimen als Feinde behandelt wurden.

Positive Auswirkungen werden der Diktatur vor allem von britischen Beobachtern zugeschrieben. Auch hier ist allerdings zwischen zwei Formen der Diktatur zu unterscheiden: Spanien, Jugoslawien und die Türkei bilden ein Dreieck an mediterranen Regimen, deren primäre Direktive in der Einheit der Nation und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung liegt. In allen drei Staaten hatte außerdem der Parlamentarismus wenig bis gar keine Tradition. Dementsprechend werden die Regime von Primo de Rivera, Alexander I. und Mustafa Kemal auch viel eher als positiv für die jeweilige Bevölkerung bewertet als zum Beispiel das faschistische Regime in Italien.

Weiter oben wurde in dieser Arbeit auch eine gewisse Normalisierung der Diktatur in der öffentlichen Debatte angesprochen. Auffällig ist, dass dieser Effekt mit der Machtergreifung Hitlers ebenfalls einen Umschwung erlebt. Bis 1933 scheint es noch legitim, eine ernsthafte Debatte über die Sinnhaftigkeit der Demokratie und der Diktatur als ihrer Antithese zu führen. Sobald allerdings Deutschland sich der Reihe von autokratischen Staaten anschließt, ändert sich das Klima schlagartig – und internationale Beobachter erkennen die Diktatur als eine Gefahr.

Grundsätzlich ist ebenfalls zu beobachten, dass viele politische Beobachter aus den USA sich auch intensiver mit der Frage beschäftigen, ob eine Diktatur, wie sie in den europäischen Staaten immer

¹⁴⁰ Vgl. z.B.: Hamilton Fish Armstrong, Yugoslavia and the royal dictatorship. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 7/4 (1929) S.600-615

¹⁴¹ Vgl.: Robert C. Brooks, Deliver us From Dictators! (Philadelphia 1935). Brooks betont in diesem Werk gleich mehrmals, dass die Diktatur nie eine dauerhafte Herrschaftsform darstellen kann.

beliebter wird, wohl auch in den USA möglich, vielleicht sogar vorteilhaft wäre. Schließlich lege das Präsidialsystem der USA ja bereits einen Grundstein, um die Herrschaft eines Einzelnen zu unterstützen. Alle hier untersuchten Autoren kommen dabei allerdings zu dem Schluss, dass eine dementsprechende Diktatur in den Vereinigten Staaten sowohl unwahrscheinlich wie auch nicht wünschenswert wäre.¹⁴²

In ihrem Ausblick in die Zukunft unterscheiden sich die Autoren aus England oder den USA allerdings nur wenig von jenen in Italien, Deutschland, Russland oder dem Rest Europas: Fast ausnahmslos herrscht Einigkeit in der Annahme, dass das Zeitalter der Diktaturen wohl in naher Zukunft wieder ein Ende erleben würde. Sobald sich Europa vom ersten Weltkrieg komplett erholt habe, müsse wohl wieder ein Zeitalter des Parlamentarismus, der Demokratie und des Liberalismus anbrechen.¹⁴³ Ernest Barker weist dabei noch darauf hin, dass die Diktatur in Russland wohl am längsten bestehen würde – schließlich sei dort bereits ein Übergang von einem Diktator auf den nächsten erfolgt, dies würde die Stabilität des autokratischen Systems unterstreichen.¹⁴⁴ Harold Laski spricht in seinem abschließenden Ausblick auf die Zukunft nur wenig über die Diktatur oder die Demokratie, lieber spricht er von Freiheit, Revolution und der Unvereinbarkeit des Kapitalismus mit einer Demokratischen Gesellschaft. Doch auch er schließt mit den Sätzen:

„*No doubt, after a time, even the wounds of civil strife are healed. No doubt also a new edifice of beauty arises upon the blackened ruins of the old.*“¹⁴⁵

¹⁴² Vgl. z.B.: Robert C. Brooks, *Deliver us From Dictators!* (Philadelphia 1935) S.204-242 so wie A. Lawrence Lowell, *The Present Crisis of Democracy*. In: Council on Foreign Relations, *Foreign Affairs* 12/2 (1934) S.183-192

¹⁴³ Vgl. z.B: William Bennet Munro, *The Resurgence of Autocracy*. In: Council on Foreign Relations, *Foreign Affairs* 5/4 (1927) S.605-616

¹⁴⁴ Ernest Barker, *Democracy since the War and Its Prospects for the Future*. In: The Royal Institute for International Affairs, *International Affairs* 13/6 (1934) S.763

¹⁴⁵ Vgl.:Harold J. Laski, *Democracy in Crisis* (London 1933) S.267

4.2 Italienische Veröffentlichungen am Beispiel von Francesco Nitti und Carlo Sforza

Gerade in Italien, dem Geburtsort des Faschismus und einer der frühesten Diktaturen im Europa der Zwischenkriegszeit, veröffentlichten eine große Zahl an Politikern, Journalisten und Philosophen ihre Meinungen über diese neue Staatsform und ihre Implikation. Da in dieser Arbeit aufgrund einem Mangel an sprachlicher Expertise nicht tiefer auf all diese Artikel und Bücher eingegangen werden kann, werden an dieser Stelle zwei besonders interessante Werke, die jeweils auch in die englische und deutsche Sprache übersetzt wurden, genauer analysiert. Verfasst wurden diese beiden Werke von den italienischen Politikern Francesco Nitti und Carlo Sforza.

Francesco Nitti war von 1919 bis 1920 für etwa ein Jahr Premierminister Italiens. Nitti war ein politisch im linken Lager angesiedelt, seine Zeit im Amt war allerdings von dem Versuch geprägt, den Staat Italien nach dem ersten Weltkrieg wieder aufzubauen und die Situation zu stabilisieren. Nachdem er im Juni 1920 von Giovanni Giolitti im Amt abgelöst worden war, trat Nitti politisch in den Hintergrund, blieb aber ein scharfer Kritiker des Faschismus. Diese Kritik zwang ihn schließlich auch ins Exil nach Paris, wo er 1926 das Buch „Die Freiheit“ verfasste, dessen Titel später in „Faschismus Bolschewismus und Demokratie“ geändert wurde. Der Text wurde erstmals in Turin gedruckt, wenig später allerdings von der faschistischen Regierung verboten.¹⁴⁶

Carlo Sforza war bereits seit der Jahrhundertwende im diplomatischen Dienst Italiens tätig, wurde 1920 kurzzeitig Außenminister, übernahm aber 1921 das Amt des Italienischen Botschafters in Paris. Mit der Machtergreifung Mussolinis trat Sforza von seinem Amt zurück und blieb in den folgenden Jahren in Paris im Exil – wobei er seine Position nutzte, um aus dem Ausland starke Kritik am italienischen Faschismus zu üben. Sein 1932 verfasstes Buch „Europäische Diktaturen“ wurde sowohl in italienischer wie auch deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.¹⁴⁷

Auch wenn Nitti und Sforza sich zu Beginn ihrer jeweiligen Abhandlungen andere Ausgangspunkte zu der vorliegenden Thematik vornehmen, kommen sie sich doch inhaltlich sehr nahe. Nitti hält sich an sein Leitmotiv der „Freiheit“ und betrachtet die Diktatur teilweise eher von der philosophischen Seite, Sforza möchte eine Abhandlung über die aktuelle politische Lage in Europa schreiben und ist dementsprechend eher unter den Politikwissenschaftlern anzusiedeln.

¹⁴⁶ Vgl.: Eintrag "Nitti, Francesco Saverio" in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www-munzinger-de.uaccess.univie.ac.at/document/00000000266> (abgerufen von Vienna University Library am 28.10.2019)

¹⁴⁷ Vgl.: Eintrag "Sforza, Carlo Graf" in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www-munzinger-de.uaccess.univie.ac.at/document/00000000269> (abgerufen von Vienna University Library am 28.10.2019)

Da diese beiden italienischen Politiker sehr ähnliche Werke verfasst haben, die sich in erster Linie im Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung unterscheiden, scheint es an dieser Stelle angebracht, einen genauen Vergleich der beiden Abhandlungen über die Diktatur vor zu nehmen.

Der erste wesentliche Unterschied in den beiden Werken, ist die Begründung, die die beiden Politiker finden, um das Erstarken autokratischer Systeme in Europa zu erklären. Nitti nennt dabei zwei Faktoren, die sich untereinander bestärken: die Instabilität der politischen Systeme, die unter anderem durch die Folgen des ersten Weltkriegs entstanden sei, und der durch die erfolgreiche Oktoberrevolution angefeuerte Klassenkampf zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum.¹⁴⁸ Sforza spricht ebenfalls von der „Nachkriegsneurose“, die die europäischen Herrschaftssysteme geschwächt habe. Eine ebenso große Bedeutung spricht er allerdings der menschlichen Psyche zu. Die Menschen in Europa wären momentan dazu geneigt, auf komplizierte Probleme eine einfach Lösung in einem einzelnen Führer zu suchen. „*Aber war das nicht immer so?*“¹⁴⁹ fragt er schließlich und bezieht sich im Weiteren auf die Diktaturen in der Antike.

Sowohl Sforza wie auch Nitti sind bemüht, die Situation in ihrer Heimat Italien genauer darzustellen. Für Nitti ist der Faschismus noch ein recht neues Phänomen, er analysiert, wie sich der italienische Faschismus und sein Führer seit 1919 entwickelt haben. Dabei spricht er den „frühen“ Faschisten ein grundsätzlich vernünftiges Programm zu, meint aber, dass die Bewegung sich seitdem grundsätzlich verändert habe: „*Eine Zeitung, die heute das fascistische Programm vom Jahre 1919 vertreten wollte, würde sofort von der Zensur der fascistischsten Regierung unterdrückt werden*.“¹⁵⁰ Im Zuge seiner leitenden Idee der Freiheit sieht Nitti starke Einschränkungen der persönlichen Freiheit durch die Faschisten und prangert diese im Besonderen an. Sforza sieht sich bereits mit einem weiter entwickelten und totalitäreren Faschismus konfrontiert. Er kritisiert in erster Linie die Zentralisierung der Macht im Staat auf einige wenige Positionen und diskutiert die Verhaftung hunderter angeblicher Kommunisten, die er als die Ausschaltung politischer Gegner empfindet. Trotzdem ist die italienische Diktatur nach Sforza ein „Kartenhaus, das eine beliebige Zeit stehenbleiben, aber ebenso jeden Augenblick zusammenstürzen kann“¹⁵¹.

Über Deutschland schreiben beide auch sehr unterschiedlich. Nitti sieht im Jahr 1926 keinen Grund zur Besorgnis, wenn es um die Stabilität der deutschen Demokratie geht. Die Verfassung von Weimar sei „die demokratischste Verfassung in ganz Europa“¹⁵², eine Rückkehr zur Monarchie könnte er sich nicht vorstellen, die Etablierung einer Diktatur oder eine Verbreitung des Faschismus auf

¹⁴⁸ Vgl.: Fransco Nitti, Bolschewismus Fascismus und Demokratie (München 1926) S.22-34

¹⁴⁹ Vgl.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) S.206

¹⁵⁰ Vgl.: Fransco Nitti, Bolschewismus Fascismus und Demokratie (München 1926) S.38

¹⁵¹ Vgl.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) S.50

¹⁵² Vgl.: Fransco Nitti, Bolschewismus Fascismus und Demokratie (München 1926) S.35

Deutschland spricht er nicht mal an. Sforza hingegen kann im Jahr 1932 bereits einen Aufstieg der Nationalsozialisten erkennen – und schätzt diese, im Gegensatz zu den Bolschewisten, auch als eine reale Gefahr für die deutsche Demokratie ein. Er sieht Gefahren in der deutschen „Anbetung von Fachmännern“, und in der zunehmenden Krise der Sozialdemokratie. Trotzdem stellt er schlussendlich die These auf, die Deutschen seien „geistig, kulturell und sozial begabt“ und würden auch diese Krise meistern, um bald in einen stabilen, demokratisch-republikanischen Zustand zu geraten.¹⁵³ Die Fehler in der deutschen Mentalität sieht er in der Unterwürfigkeit gegenüber autokratischen Regimen – was er wiederum auf mangelnde parlamentarische Tradition und die Epoche unter Bismarck zurückführt¹⁵⁴

Die „Mittelmeerdiktaturen“ stellen für Nitti keine ernsthafte Veränderung in der Weltpolitik dar. Diktatorische Verhältnisse in Spanien und in Griechenland seien seiner Meinung nach nur vorübergehende Arrangements, die keinerlei Beachtung verdienen. Die Diktatur in der Türkei beurteilt er positiv – dort versuche ein Volk sich von der alten, despotischen Herrschaft zu emanzipieren.¹⁵⁵ Sforza findet ähnlich positive Worte über die Türkei, sieht sich allerdings neben dieser so wie der spanischen noch einer weiteren „Mittelmeerdiktatur“ gegenüber: die Königsdiktatur von Alexander I. in Jugoslawien wird von Sforza scharf verurteilt.¹⁵⁶

Beide italienischen Politiker vertreten in ihren Büchern eine ähnliche Meinung über den russischen Bolschewismus – dieser sei eine totalitäre Diktatur in einer Reinform. Nitti betont dabei, dass die kommunistischen Bewegungen in Europa – die „roten Minderheiten“ – zwar eine Gefahr für die „Freiheit“ darstellen, ergänzt dies aber mit dem Satz

„Sie dienen oft als Grund oder als Vorwand für die Bildung von weißen Minderheiten, welche bei den reichen Klassen, vor allem bei den Kriegsgewinnlern, starke Zustimmung und direkte oder indirekte Unterstützung finden“¹⁵⁷

Dass die Gegenbewegung zu den Kommunisten in Europa wohl die größere demokratiepolitische Gefahr für Europa darstellt als die Kommunisten selbst, unterstützt auch Carlo Sforza. Er widmet ein ganzes Kapitel in seinem Buch der „Legende, dass der Faschismus Italien vor dem Bolschewismus gerettet hat“. Darin meint er, dass sich Italien wohl – wenn sie überhaupt bestand - selbst vor der

¹⁵³ Vgl.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) S.146

¹⁵⁴ Vgl.: Ebd. S.205-208

¹⁵⁵ Vgl.: Fransco Nitti, Bolschewismus Fascismus und Demokratie (München 1926) S.36-37

¹⁵⁶ Vgl.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) S.90-118, S.178-191

¹⁵⁷ Vgl.: Fransco Nitti, Bolschewismus Fascismus und Demokratie (München 1926) S.11

Gefahr des Bolschewismus gerettet habe.¹⁵⁸ Dies ist insofern besonders interessant, als Sforza während der Entstehung dieser „Legende“ selbst Teil der italienischen Regierung war.

Die beiden hier betrachteten Bücher geben einen recht einzigartigen Blick auf die Analyse zweier Akteure, die einen sehr ähnlichen Hintergrund aufweisen können und sich auch in weiten Teilen einig sind. Die Punkte, in denen die beiden Italienischen Politiker eindeutig auseinander gehen, lassen sich vor allem durch das Veröffentlichungsdatum der jeweiligen Bücher erklären. Die Situation in Deutschland ist Anfang der 1930er Jahre grundlegend anders als jene Mitte der 20er Jahre, die Lage am Mittelmeerraum wird ebenfalls in diesen Jahren immer angespannter. Dass Sforza über eben dieses Regime ein strengeres Urteil fällt, ist also nachvollziehbar.

Ein besonderes Ereignis, das sich in der Zeit zwischen diesen zwei Veröffentlichungen zugetragen hat, bietet sich dabei als Teil der Erklärung an: Die Weltwirtschaftskrise musste die Situation der europäischen politischen Systeme zwingend verändern. Dadurch sind auch die Beobachtungen zweier ansonsten scheinbar im Geiste vereinten Italiener deutlich voneinander zu unterscheiden.

Dementsprechend scheint es auch verwunderlich, dass sowohl Sforza wie auch Nitti einen ähnlichen Ausblick auf die Zukunft des europäischen Kontinents geben. Nitti versichert bereits 1926:

„In allen Ländern, wo ein starkes Bürgertum existiert und die Mittelschichten genügende Reife erreicht haben, ist für Freiheit und Demokratie nichts zu befürchten. Die kränklichen Nachgeburten des Krieges werden langsam aber sicher verschwinden.“¹⁵⁹

Sechs Jahre später ist die Position Carlo Sforzas eine recht ähnliche. Schon in seinem Vorwort spricht er von „Übergangserscheinungen“ und meint, in ein paar Jahren würde sich niemand mehr durch Diktaturen „die Ruhe rauben lassen“.¹⁶⁰ In seinem Schlusswort betont er:

„Aber da [ein Zerfall der europäischen Zivilisation] kaum anzunehmen ist, werden wir und unsere Söhne alle Völker zurückkehren sehen zu den Idealen der Demokratie, geläutert nun durch die Prüfungen blutrünstiger Gewalt, die den Fortschritt aufzuhalten versuchte.“¹⁶¹

¹⁵⁸ Vgl.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) S.60

¹⁵⁹ Vgl.: Francesco Nitti, Bolschewismus, Fascismus und Demokratie (München 1926) S.91

¹⁶⁰ Vgl.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) S.13 bzw. 15.

¹⁶¹ Vgl.: Ebd. S.226

4.3 Deutschsprachige Veröffentlichungen

Sowohl die Machtergreifung Hitlers 1933 wie auch die Errichtung des Austrofaschismus durch Dollfuß 1934 sendeten ein Signal durch Europa; zwei der letzten demokratischen Staaten auf dem Kontinent waren damit ebenfalls in ein autoritäres Regime verwandelt worden. Dabei war die Möglichkeit einer Diktatur in den deutschsprachigen Ländern bereits vorher diskutiert worden – besonders intensiv natürlich von deutschsprachigen Beobachtern.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Kapitel österreichische und deutsche Veröffentlichungen rund um die Einschätzung, Bewertung und Analyse der europäischen Diktaturen näher betrachtet.

Die politische Landschaft der deutschsprachigen Nationen spiegelt sich auch in dem literarischen Diskurs über die Diktatur wieder. So ist es nicht weiter überraschend, dass der Diplomat und damalige NSDAP-Funktionär Ludwig Weissauer im Jahr 1931 die Diktatur als eine mögliche Erlösung vor dem Übel des Parlamentarismus in Deutschland darstellt. Der deutsche Reichstag, so meint er, sei eine sterbende Institution, seine Parteien würden den Volkswillen behindern.¹⁶² Diese Darstellung, nach der das Parlament grundsätzlich für die Instabilität im deutschen Staat verantwortlich sei, wird auch von anderen politisch rechts angesiedelten Beobachtern öfter aufgebracht.

Das direkte Gegenargument fasst die Sozialdemokratische Partei in einer eigens von ihr herausgegebenen Schrift zusammen. In dem lediglich „Diktatur!“ betiteltem Heft verurteilt die SDP die Diktaturbestrebungen der NSDAP, nennt aber auch Gründe, warum diese in der Bevölkerung auch Rückhalt finden würden. Zum Ersten wird dabei die „politische Unerzogenheit des deutschen Volkes“ genannt: Die Deutschen seien noch nicht bereit, noch nicht gebildet genug, um die Verantwortung einer Republik zu tragen. Damit einhergehend wird auch behauptet, die mangelnde parlamentarische Tradition in Deutschland sei wohl ein besonders tragender Faktor. Wie in vielen anderen Schriften nennt auch die SDP die – nicht genauer definierten – Folgen des ersten Weltkrieges als einen Katalysator für nationalistische Diktaturbestrebungen. Besonders hervorgehoben wird in dieser Veröffentlichung allerdings auch die zunehmende Verarmung der Mittelschicht, die unter anderem durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen worden sei. Diese würde das Bürgertum und die Arbeiterschaft gegeneinander aufhetzen, und damit beide in die Arme der Nationalsozialisten treiben.¹⁶³

¹⁶² Vgl.: Ludwig Weissauer, Wege zur Diktatur. Die kommende Front der Soldaten (Berlin 1931) S.7-11

¹⁶³ Vgl.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.) Diktatur!, (Halle 1931) S.10

Auch in Österreich schlagen sich diese offensichtlichen Divergenzen in den Veröffentlichungen rund um das Jahr 1930 nieder. Raimund Günther beschreibt sich selbst in seinem Buch „Diktatur oder Untergang“ als ein überzeugter Nationalist und möchte Österreich unter einer Diktatur eines einzelnen Führers sehen. Dabei lehnt Günther sowohl die Möglichkeiten des Ständestaates – den er mit dem Faschismus gleichsetzt – als auch der Diktatur nach Vorbild der Bolschewisten ab. Die NSDAP wird zwar nicht namentlich erwähnt, seine Vorstellung einer „Volksdiktatur“ ist aber dem Gedankengut der Nationalsozialisten zumindest nahe.¹⁶⁴ Ein entsprechendes Gegenbeispiel bietet der österreichische Sozialdemokrat Siegmund Kaff mit seinem Werk „Das Spiel mit der Diktatur“. Kaff ist ein Sozialdemokrat des rechten Flügels, er geht dementsprechend in dem Text genauso stark gegen die Idee eines „Austrobolschewismus“ wie gegen das Konzept des Austrofaschismus vor.¹⁶⁵

Besondere Aufmerksamkeit verdient Hermann Martins Werk „Demokratie oder Diktatur?“, welches sich bereits 1926 eingehend mit dem italienischen Faschismus und dessen Parallelen zu deutschnationalen Parteien beschäftigt. Martin möchte sich in seiner Abhandlung vor allem mit der Gefahr einer „nationalen“ Diktatur beschäftigen – die Diktatur der Bolschewisten sei seiner Meinung nach noch nicht etabliert genug, um genau erforschbar zu sein. Außerdem ist die deutsche Demokratie seiner Meinung nach grundsätzlich nicht „revolutionär“, auch wenn sie wohl aus den revolutionären Umständen unmittelbar nach dem Krieg entstanden sei.¹⁶⁶ Martins Auseinandersetzung mit der Diktatur beginnt dabei, wie viele ähnliche Werke, mit einer Charakterisierung der historischen Vorbilder der modernen Diktatur, von Cäsar bis Napoleon. Als er aber über Mussolini schreibt, betont er:

„*Benito Mussolini, der ehemalige Volksschullehrer und Redakteur, hat in Italien eine Despotie aufgerichtet, die ärger ist als diejenige eines Cäsar, eines Cromwell, eines Napoleon I., eines Napoleon III. und nur von der Sowjetdiktatur übertrroffen wird*“¹⁶⁷

Im Folgenden versucht Martin, eine direkte Parallele zwischen den deutschnationalen Bewegungen und dem Faschismus zu ziehen. Dabei verschwimmt die Grenze zwischen der DNVP und der NSDAP deutlich, was allerdings auch der recht frühen Veröffentlichung des Buches zuzuschreiben ist. Über mehrere Seiten hinweg setzt er den Stahlhelm mit den italienischen *squadristi* gleich und stellt dar, wie der Hitler-Putschversuch von 1923 eine ähnliche Dynamik entwickeln wollte, wie es der „Marsch auf Rom“ in Italien getan hatte. In einigen Sätzen prognostiziert Martin, wie Deutschland wohl ausgesehen hätte, wäre dieser Putsch erfolgreich gewesen, und nennt dabei eine ganze Reihe an

¹⁶⁴ Vgl.: Raimund Günther, Diktatur oder Untergang – Neue Wege für Staat und Wirtschaft (Wien 1930) S.22-34

¹⁶⁵ Vgl.: Siegmund Kaff, Das Spiel mit der Diktatur (Wien 1929)

¹⁶⁶ Vgl.: Hermann Martin, Demokratie oder Diktatur? (Berlin 1926) S.21-31

¹⁶⁷ Vgl.: Ebenda S.174

Faktoren – unter anderem die extreme Militarisierung der Gesellschaft und die Instrumentalisierung der jüdischen Bevölkerung als Sündenböcke – die zehn Jahre später eintreffen würden.

Martin positioniert sich klar gegen eine Verurteilung des Parlamentarismus als Quelle allen Übels. Er argumentiert, jeder Parlamentarier sei in sich selbst ein „Mann der Tat“, so wie man es sich von einem Diktator erwarten würde. Den zentralen Konflikt in der Gesellschaft seiner Zeit sieht er dementsprechend auch nicht zwischen Parlamentarismus und Diktatur, sondern zwischen dem Faschismus und dem Bolschewismus auf der einen Seite und dem Pazifismus auf der anderen.¹⁶⁸

In seiner Conclusio will auch Martin die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Diktatur in Deutschland einschätzen. Seine grundlegende Haltung ist dabei eine beruhigende und relativierende. Seiner Meinung nach sei die Gefahr einer deutschnationalen Diktatur wohl während des Hitler-Putsches 1923 tatsächlich real gewesen, die Bedingungen für diese Diktatur seien aber im Jahr 1926 nicht mehr gegeben:

„[...], aber heute, nachdem wir wieder ein werbeständiges Geld bekommen haben, die Versorgung unseres Volkes mit Lebensmitteln gesichert ist und die Gefahr eines Kommunistenaufstandes in die Ferne gerückt (wenn nicht die Rechtsradikalen anfangen), wer denkt da noch im Ernst an eine deutschationale Diktatur?“¹⁶⁹

In der Analyse des Buches „Prozess der Diktatur“ wurde unter anderem dargestellt, dass der deutsche Schriftsteller Walter von Molo einen überzeugten Standpunkt vertrat, nachdem sich eine Diktatur in Deutschland nicht durchsetzen könnte. Von Molos Argumentation war dabei vor allem in der deutschen Kultur verankert. Nur wenig später veröffentlicht Martin Leinert eine längere Schrift, die sich damit intensiver auseinandersetzt. In dem Buch „Volkstaat oder Diktatur? Eine Untersuchung auf dem Grunde der deutschen Tradition“ bringt Leinert ähnliche Punkte auf, wie sie von Walter von Molo bereits genannt wurden; Deutschland sei ein Land der „Dichter und Denker“, die Tradition von Goethe wäre mit der Diktatur unvereinbar. Außerdem sei das deutsche Volk grundsätzlich freiheitsliebend und das deutsche Christentum – egal ob katholisch oder protestantisch – mit dem Grundgedanken einer Diktatur unvereinbar.¹⁷⁰ Im Gegensatz zu Walter von Molo sieht er allerdings eine reale und nicht besonders unwahrscheinliche Gefahr in der baldigen Errichtung einer solchen Diktatur. Schuld daran seien laut Leinert die deutschen Parteien sowie die Dynamik, die sie im Reichstag entwickelt hätten. Er spricht in diesem Zusammenhang von einem „Parteiegoismus“.¹⁷¹

¹⁶⁸ Vgl.: Ebd S.181-189

¹⁶⁹ Vgl.: Ebd S.248

¹⁷⁰ Vgl.:Martin Leinert, Volksstaat oder Diktatur? Eine Untersuchung auf dem Grunde der deutschen Tradition (Gotha 1930) S.30-47

¹⁷¹ Vgl.:Ebd S.110-112

Eine weitere hervorstechende Veröffentlichung ist der vom österreichischen Sozialdemokraten Julius Deutsch herausgegebene Band „Der Faschismus in Europa“. Es handelt sich dabei um eine Sammlung kurzer Analysen, die von den Mitgliedern der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus verfasst wurden. Die Kommission hielt zwischen den Jahren 1926 und 1928 mehrere Tagungen in Brüssel und Wien, diese dienten als Grundlage für das vorliegende Werk. Der Band weist einige Ähnlichkeiten mit Forst de Battaglias „Prozess der Diktatur“ auf, ist allerdings in seinem Umfang deutlich knapper (69 Seiten), und in seiner Ausrichtung klar anti-faschistisch. Deutsch beobachtet dabei bereits in der Einleitung, dass der Faschismus in den letzten Jahren wohl in ganz Europa zunehmend an Relevanz gewonnen habe. Als überzeugter Sozialdemokrat findet Deutsch auch eine wenig überraschende Bezeichnung für den Faschismus: „*Der Faschismus ist Söldnertum im Dienste des Kapitals*“.¹⁷²

Der österreichische Politiker Karl Heinz verfasst in diesem Band eine Analyse über den „Heimwehrfaschismus“ in Österreich. Dort attestiert er, dass der Faschismus in Österreich durch Großindustrielle und Großgrundbesitzer einen Aufschwung erleben würde, die sich durch den Justizpalastbrand im Juli 1927 dazu bewegt sahen, die materiellen Voraussetzungen für eine Militarisierung der Heimwehren bereitzustellen. Auch wenn er diese Heimwehren als ein Instrument des Faschismus einstuft, ist sich Heinz doch sicher, dass „*uns um das Schicksal der österreichischen Demokratie nicht bange*“¹⁷³ sein müsse. Denn der republikanische Schutzbund sei der Heimwehr zahlenmäßig immer noch überlegen, die vereinte Arbeiterschaft – die er als schützende Kraft des Parlamentarismus sieht – sei stets stärker als die Kräfte des Faschismus.

Der deutsche Politiker Karl Mayr fasst in der von Deutsch herausgegebenen Sammlung die „faschistische Entwicklung in Deutschland“ zusammen. Seine Beiträge bleiben allerdings überaus vage. Mayr stellt zwar ein Erstarken extremistischer Bewegungen in Deutschland fest, bietet aber abseits der Aufzählung einiger Namen und Ereignisse keine tiefere Analyse dieser Entwicklung. Er spricht lediglich von „innen-, außen und wirtschaftspolitischen“ Zusammenhängen, die diese wohl erklären würden. Auffallend ist allerdings, dass Mayr sich ein „*Zusammengehen des Rechts- und Linksradikalismus*“¹⁷⁴ vorstellen kann, und die Bedrohung durch den Linksradikalismus genauso häufig erwähnt wie jene durch den Faschismus.

Neben den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten der Debatte rund um die Diktatur entwickelte sich in Deutschland auch zwischen Juristen ein reger Diskurs über die Rechtmäßigkeit

¹⁷² Vgl.: Julius Deutsch, Einleitende Worte. In: Julius Deutsch (Hrsg.) *Der Faschismus in Europa*. (Wien 1929) S.4

¹⁷³ Vgl.: Karl Heinz, Der Heimwehrfaschismus in Österreich. In: Julius Deutsch (Hrsg.) *Der Faschismus in Europa*. (Wien 1929) S.52

¹⁷⁴ Vgl.: Karl Mayr, Die faschistische Entwicklung in Deutschland. In: Julius Deutsch (Hrsg.) *Der Faschismus in Europa*. (Wien 1929) S.31

einer diktatorischen Staatsform. Besonders zentral war dabei Carl Schmitt's Buch „Die Diktatur“, das ursprünglich 1921 veröffentlicht wurde, sich aber erst mit der 1927 veröffentlichten 2. Auflage auch mit der Frage nach der Diktatur in Deutschland auseinandersetzt. In einem 45 Seiten langen Anhang dieser Ausgabe diskutiert Schmitt die Bedeutung des Artikels 48 der Verfassung von Weimar. In diesem Artikel waren die besonderen Rechte des Reichspräsidenten via Notverordnungen dargelegt. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die Etablierung einer Diktatur durch den Reichspräsidenten durchaus rechtens sein könne, solange auch die „Einzelheiten“ dieser Diktatur genau erklärt wären.¹⁷⁵ Zu einer Einschätzung der Stabilität solcher Diktaturen, sei das in Deutschland oder in Italien, möchte sich der deutsche Jurist nicht hinreißen lassen.¹⁷⁶ Schmitt wurde später NSDAP-Mitglied, seine Schriften werden heute als antidemokratisch bewertet.¹⁷⁷

Die Gegenperspektive zu Carl Schmitt vertritt unter anderem Hermann Heller, dessen sehr kurze Schrift „Rechtstaat oder Diktatur?“, veröffentlicht 1930, den Perspektiven von Schmitt widerspricht: Eine Diktatur sei grundsätzlich ein Bruch mit der Verfassung von Weimar, argumentiert Heller. Anders als Schmitt gestattet er sich dabei auch einige Einschätzungen über die Wahrscheinlichkeit und die möglichen Ursachen für eine baldige Diktatur in Deutschland.

Heller sieht, wie viele seiner Zeitgenossen, die Verarmung des Bürgertums als das zentrale Problem in Deutschland. Seiner Einschätzung nach würde dies zu einer Situation führen, in der das Bürgertum aus Angst vor den Massen des Proletariats schließlich die Flucht zu einem „starken Mann“ suchen würde.¹⁷⁸ Dabei wendet sich der Jurist auch ganz bewusst gegen die Meinung, dass der Parlamentarismus selbst das Problem sei, aus dem Diktaturen entstehen. Seine Argumentation orientiert sich dabei hauptsächlich daran, dass alle Kritikpunkte, die gegen das Parlament aufgebracht werden – Korruption, Untätigkeit und Ineffizienz – in einem diktatorischen System noch schlimmer, wenn auch weniger sichtbarer wären.

Allerdings ordnet sich Heller auch in den Reigen all jener Beobachter ein, die in der Diktatur eine Maßnahme sehen, die sich nur in Krisenzeiten behaupten kann. Seiner Meinung nach ist es das „Chaos einer ungeordneten Gesellschaft“ aus der sich der Diktator erhebt, um dann mit gewaltsamen Mitteln wieder eine Ordnung in dieser Gesellschaft herzustellen.¹⁷⁹

„Rechtstaat und Diktatur“ war nicht Hellers erste Schrift, in der er seine Gedanken über die zunehmende autoritäre Ausrichtung auf dem europäischen Kontinent veröffentlichte. Bereits im

¹⁷⁵ Vgl.: Carl Schmitt, Die Diktatur – unveränderter Nachdruck der 1928 erschienenen 2.Auflage (Berlin 1978) S.259

¹⁷⁶ Vgl.: Ebenda S. X

¹⁷⁷Vgl.: Detlef Schmiedchen-Akermann, Diktaturen im Vergleich (Darmstadt 2002) S.22-23

¹⁷⁸ Vgl.: Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur? In: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart – Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften (Tübingen 1930) S.17-18

¹⁷⁹ Ebd. S.18

Vorjahr 1929 schrieb der Deutsche das Buch „Europa und der Faschismus“. Darin beschreibt er die „mangelnde Willenseinheit“ in den Staaten Europas als das zentrale Element einer politischen Krise.¹⁸⁰ Der moderne Historiker ist dabei dazu geneigt, sein Argument in eine „Spaltung der Gesellschaft“ zu übersetzen, spricht er doch in erster Linie von der Unvereinbarkeit der Rechten und Linken Weltvorstellungen.

Heller geht außerdem darauf ein, dass der italienische Faschismus zwar Zentralisierung der Macht, und damit auch eine Vereinigung der Gesellschaft mit sich bringt, möchte aber trotzdem den Faschismus nicht als Heilmittel für dieses Problem sehen. Stattdessen spricht er vom Faschismus als eine „Reaktion auf den Bolschewismus“ und meint: „*Wenn aber der Fascismus nur diese Reaktion ist, dann hat er längst seine Existenzberechtigung verloren*“. ¹⁸¹ Die Zeit in der der Bolschewismus eine reale Bedrohung für die Demokratien Europas dargestellt habe, sei längst vorbei.

Wenig überraschend ist die Tatsache, dass nach der Machtergreifung Hitlers die in Deutschland veröffentlichten Monografien über die Diktatur einen grundsätzlich anderen Ton anschlagen. Als Beispiel sei an dieser Stelle die 1935 veröffentlichte Schrift „Diktatur und Führung“ genannt. Der Autor beginnt seine Zusammenfassung über die europäischen Diktaturen, ähnlich wie die meisten anderen Abhandlungen im vorangehenden Jahrzehnt. Er fasst die Umstände und Führungsaspekte der Diktaturen in Italien, Jugoslawien, Polen, Österreich und Spanien zusammen. Sobald sich aber der Blick des Autors nach Deutschland wendet, wird ein Richtungswechsel eingeschlagen; Becker warnt, die Diktatur durch den Reichspräsidenten Hindenburg wäre der Untergang der Weimarer Republik gewesen – Hitler und die NSDAP hätten den deutschen Staat gerettet, indem sie dieser Diktatur ein Ende gesetzt hätten.¹⁸²

Einen etwas anderen Charakter hat das Buch „Die Diktatur in Österreich“, 1935 vom ehemaligen österreichischen Landbund-Politiker Franz Winkler verfasst und in Zürich veröffentlicht. Winkler war Vizekanzler unter Dollfuß, trennte sich aber im Zuge der Machtergreifung der österreichischen Christlichsozialen von dem Kanzler und späterem Diktator. In dem Werk bringt Winkler seine Version der Geschehnisse zwischen 1927 und 1933 zum Ausdruck, möchte aber am Ende auch einen Ausblick auf die möglichen Zukunftsvisionen für den österreichischen Staat geben. In diesem ist er sich sicher, dass die Vereinigung mit Deutschland wohl eine äußerst unwahrscheinliche, wenn auch von ihm persönlich bevorzugte Variante darstellt.¹⁸³ Außerdem will er die Diktatur in Österreich vor einem baldigen Ende sehen, denn der wirtschaftliche Ausblick auf die nächsten Jahre sei zunehmend instabil, die Bevölkerung wohl immer weniger zufrieden mit der Führung Schuschniggs. So beendet

¹⁸⁰ Hermann Heller, Europa und der Faschismus (Leipzig 1929) S:9-10

¹⁸¹ Ebd. S.137

¹⁸² Erich Becker, Diktatur und Führung (Tübingen 1935) S.15-24

¹⁸³ Franz Winkler, Die Diktatur in Österreich (Zürich 1935) S.208-211

auch der überzeugte Deutschnationalist Winkler sein Buch mit einem historischen Irrtum, indem er schreibt:

*„Und um mit dem großen christlichen Staatsphilosophen Thomas von Aquin zu schließen:
,Nichts hat Bestand, was dem Willen des Volkes widerspricht“*

Es kann an dieser Stelle zusammenfassend festgehalten werden, dass der Diskurs im deutschsprachigen Raum sich von jenem, der international geführt wurde, in einigen wenigen Punkten unterscheidet.

Zum Ersten nimmt die Bewertung des Parlamentarismus eine zentrale Rolle in jeder Debatte über die Diktatur ein. Für die Repräsentanten des rechten Flügels, wie Weissenauer oder Günther, ist das Parlament ein Übel, das es durch eine alternative Staatsform abzulösen gilt. Für die Sozialdemokraten und Sozialisten, wie Heller oder Deutsch, ist es eine unverhandelbare Notwendigkeit für die Fortsetzung einer legitimen Herrschaft und Verwaltung. Ein Erklärungsansatz für diese besondere Rolle des Parlamentarismus in der deutschsprachigen Debatte findet sich in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, in dem er in Deutschland und Österreich existiert hat.

Zweitens ist ein „völkischer“ Aspekt in vielen der hier ausgewählten Veröffentlichungen zu erkennen. Ungeachtet der politischen Einstellung der Verfasser wird die Besonderheit der Deutschen von vielen Autoren hervorgehoben, entweder als Grund für die Etablierung einer Diktatur, oder als eine Begründung für die Fortführung einer parlamentarischen Demokratie.

Letztlich ist auch hier zu beobachten, dass all jene, die eine Diktatur als Herrschaftsform ablehnen, die Einschätzung teilen, diese sei in Deutschland, respektive Österreich, überaus unwahrscheinlich. Zwar wird der Faschismus beinahe immer als eine reale Gefahr für den Rechtstaat und die Demokratie anerkannt, er wird aber bis hin zu dem jeweiligen Staatsstreich 1933, beziehungsweise 1934 in Österreich, stets als ein vorübergehendes Problem gesehen – eine Idee, deren Zeit wohl bald wieder zu Ende gehen werde.

4.4 Gemeinsamkeiten und Trennlinien

Nachdem nun ein Querschnitt der Internationalen Debatte rund um die Diktaturen der 1920er und -30er Jahre präsentiert wurde, kann an dieser Stelle festgelegt werden, welche allgemein gültigen Aussagen über diesen Diskurs getätigt werden können, und worin sich die zeitgenössischen Beobachter uneinig waren.

Die Frage nach den Ursachen für diese offensichtliche Veränderung in den politischen Systemen Europas, stellt sich vor allem all jenen, die sich überzeugt hinter den Parlamentarismus und den Liberalismus stellen. Während die Erklärungsansätze dahingehend recht unterschiedlich sind, so können doch einige Gemeinsamkeiten gefunden werden.

Die These einer „Nachkriegsneurose“ wird von beinahe allen Kommentatoren im Zeitraum 1925 bis 1935 erwähnt. Unabhängig von der Nationalität, dem beruflichen oder politischen Hintergrund, oder dem Zeitpunkt zu dem die jeweilige Schrift verfasst wurde, herrscht Einigkeit in der Analyse, dass der erste Weltkrieg die Grundlage für eine außerordentliche Situation in Europa gelegt hätte, die zu einem Nährboden für autoritäre Systeme wurde. Es kann beobachtet werden, dass die Häufigkeit und die Bedeutung dieses Arguments im Laufe der Jahre etwas abnimmt, es bleibt allerdings auch in eher spät veröffentlichten Werken eine zentrale Säule jedes Erklärungsversuches für das Entstehen neuer Diktaturen.¹⁸⁴ Der einzige hier behandelte Autor der sich erklärt gegen diese These stellt, ist der Engländer Ernest Barker¹⁸⁵

In Verbindung mit dem Krieg wird auch die wirtschaftliche Situation in Europa öfters genannt. Auch hier herrscht weitgehend Einigkeit: Länder mit wirtschaftlichen Problemen, hoher Arbeitslosigkeit und starker Inflation ständen stets unter einer höheren Gefahr, von demokratischen in autokratische Verhältnisse zu kippen, als jene mit einer stabilen Wirtschaftslage. Ein Unterschied besteht vor allem darin, wie viel Gewicht diesem Argument gegeben wird. Anglo-amerikanische Kommentatoren erwähnen es häufiger und diskutieren es genauer als ihre kontinental-europäischen Kollegen.

Die Exakt gegenteilige Beobachtung kann wiederum für die Gewichtung des bolschewistischen Einflusses gemacht werden. Während sich Italiener, Deutsche und Österreicher intensiv mit der Frage befassen, ob die Oktoberrevolution nicht den Grundstein für den Faschismus – sei dies als Vorbild oder als Gegenreaktion – gelegt habe, kommt diese Thematik bei den Britischen und US-Amerikanischen Veröffentlichungen nur selten zur Sprache.

Grundsätzliche Uneinigkeit herrscht in der Beurteilung der Diktatur als Staatsform. Im vorangehenden Kapitel wurde unter anderem erwähnt, dass politisch rechts- beziehungsweise

¹⁸⁴ Vgl. z.B.: Carlo Sforza, Europäische Diktaturen (Berlin 1932) so wie A. Kerensky on Democracy and Dictatorships. In: The Slavonic and East European Review 13/37 (1934) S.61

¹⁸⁵ Vgl.: Ernest Barker, Democracy Since the War and Its Prospects for the Future. In: The Royal Institute for International Affairs, International Affairs 13/6 (1934) S.751-771

deutschnationalistisch ausgerichtete Kommentatoren eine autoritäre Staatsform gutheißen, während Sozialdemokraten diese ablehnen. Während diese Beobachtung für sich noch keine Offenbarung darstellt, kann allerdings auch ausgemacht werden, dass es im bürgerlich-liberalen Lager einen gewissen Zwiespalt gibt. Dort stellt sich die Frage, ob eine „gute Diktatur“ überhaupt möglich ist. Während die Regime von Stalin, Mussolini und später Hitler meistens verurteilt werden, verlieren einige Beobachter durchaus wohlwollende Worte über König Alexander I. und Mustafa Kemal. Auch der polnische Diktator Pilsudski wird nur selten kritisch betrachtet. Für einige Bürgerliche dienen diese Regime damit als ein Beispiel für eine Diktatur, die sich für die Bevölkerung und den internationalen Ruf dieser Nation als Vorteilhaft erweisen kann.¹⁸⁶ Andere stellen sich jedoch grundsätzlich gegen die Idee einer Diktatur – diese sei grundsätzlich die schlechtere Regierungsform als beispielsweise eine parlamentarische Demokratie.¹⁸⁷

Gerade diese parlamentarische Demokratie wird allerdings auch öfter in Frage gestellt. Im Besonderen wird dabei hinterfragt, ob die angeblichen Schwächen eines Parlamentarischen Systems – spezifisch der hohe bürokratische Aufwand – früher oder später zu einer Diktatur führen müssten. Hier kann ein interessanter Unterschied zwischen den englischsprachigen und den kontinentaleuropäischen Meinung festgestellt werden. In der Anglo-Amerikanischen Forschung wird der Parlamentarismus oft in Frage gestellt, die Stärken und Schwächen der Systeme ab gewägt, nur um schließlich zum Schluss zu kommen, eine Diktatur wäre wohl die schlechtere Regierungsform. In Deutschland und Italien gibt es Gegner und Befürworter des Parlamentarismus, beide Seiten sind allerdings von Ideologischer Überzeugung geprägt und geben sich nur selten einer tiefgehenden Analyse der Vor- und Nachteile einer Demokratie hin.

Es sei an dieser Stelle auch erwähnt, dass die Sozial- und Politikwissenschaften gerade in den USA bereits in den 1930er Jahren ihre erste Blüte erlebten, während sie in Europa noch stark unter dem Einfluss der jeweiligen politischen Überzeugungen standen.¹⁸⁸ Eine dementsprechende Professionalisierung der US-Amerikanischen Werke gegenüber jenen, die beispielsweise in Deutschland veröffentlicht wurden, ist eindeutig festzustellen. Während auf dem europäischen Festland viele der hier dargestellten Bücher und Aufsätze aus der Feder von Parteimitgliedern, Politikern oder Schriftstellern stammen, so sind die amerikanischen und britischen Aufsätze beinahe ausschließlich das Produkt des wissenschaftlichen Diskurses der Professoren aus verschiedenen Universitäten.

¹⁸⁶ Vgl. z.B.: Malborne W. Graham, The „Dictatorship“ in Yugoslavia In: The American Political Science Review 23/2 (1929) S.459

¹⁸⁷ Vgl. z.B.: Hermann Martin, Demokratie oder Diktatur? (Berlin 1926)

¹⁸⁸ Vgl.: Detlef Schmieden-Akermann, Diktaturen im Vergleich (Darmstadt 2002) S.28-29

Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus als einer Extremform der Diktatur existiert im internationalen Raum in Anfangszügen bereits seit Mussolini diesen in Italien einführt, wird aber erst mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland wirklich zu einem relevanten Thema. Der Überbegriff „Diktatur“ wird hier gerne noch auf alle autoritären Regime in Europa angewendet, die Differenzierung zwischen verschiedenen Formen der Diktatur nur selten ausformuliert. Dies ist sowohl im Deutschsprachigen wie auch in den Italienischen Werken gegensätzlich zu beobachten. Allein durch die Geographische, aber auch ideologische Nähe gibt es bereits in den späten 1920er Jahren einige deutsche Veröffentlichungen, die den Faschismus genauer analysieren und einen Vergleich mit den deutschnationalen Parteien anstellen.¹⁸⁹ Dabei kann beobachtet werden, dass die Bedrohung der Weimarer Republik durch antidemokratische Parteien zunächst noch als gering eingeschätzt wird, in den Jahren 1929 bis 1933 allerdings zunehmend ernster genommen wird. Eine Korrelation mit der zunehmenden Zahl der Parlamentssitze der NSDAP kann in dieser Beobachtung nicht ignoriert werden. Bis zu dem Datum der Machtergreifung halten sich allerdings die warnenden und relativierenden Stimmen noch in Waage.

Eine letzte, vereinende Gemeinsamkeit kann wiederrum fast ausnahmslos allen Schriften, ungeachtet dem Zeitpunkt und dem Ort ihrer Verfassung, zugesprochen werden: All jene Beobachter, die die Diktatur als Staatsform ablehnen, sind sich gleichzeitig sicher, dass sie in Europa wohl keine Zukunft habe. Dies geht mit der vorangehend genannten These der „Nachkriegsneurose“ Hand in Hand. Denn die allgemeine Überzeugung ist, dass, sobald sich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitischen Wogen des Weltkrieges wieder glätten würden, wohl auch das Zeitalter der Diktaturen zu Ende gehen würde. Dass diese Diktaturen den Funken für einen weiteren Weltkrieg liefern könnten, wird nur sehr selten in Erwägung gezogen.¹⁹⁰

¹⁸⁹ Vgl.: z.B.: Hermann Heller, *Europa und der Faschismus* (Leipzig 1929)

¹⁹⁰ Ein gutes Beispiel hierfür ist der deutsche Philosoph Friedrich Wilhelm Foerster, der im Jahr 1931 analysiert, dass ein „Anschluss“ von Österreich an Deutschland sofort zu einem europäischen Krieg führen würde. Vgl.: Friedrich W. Foerster, *Germany and Austria – A European Crisis*. In: Council on Foreign Relations, *Foreign Affairs* 9/4 (1931) S.617-623

5. Moderne wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit autoritären Systemen.

Um einen Vergleich der bisher betrachteten Theorien über die Entstehung und den Werdegang autoritärer Systeme mit moderner geschichts- und politikwissenschaftlicher Forschung zu dem Thema anzustellen, wird an dieser Stelle ein knapper Überblick über die Entwicklung der Diktaturforschung seit dem Ende des 2. Weltkrieges sowie deren aktueller Stand gegeben. Es kann auch an dieser Stelle kein Anspruch auf eine vollständige und tiefgehende Analyse der modernen Diktatur- und Totalitarismusforschung gestellt werden.

Da unmittelbar nach dem oben betrachteten Zeitraum der Nationalsozialismus und der durch ihn ausgelöste zweite Weltkrieg die Debatte über autoritäre Systeme in Europa dominieren, kann klar von einem Bruch mit der vorherigen Diktaturforschung gesprochen werden. Die Jahre 1945 bis 1989 stehen dementsprechend unter dem Zeichen des Totalitarismusbegriffs. Die Forschung über europäische Diktaturen verliert gerade durch die Aufteilung Europas in einen West- und einen Ostblock an Relevanz. Im Zeichen des Kalten Krieges wird von vielen westlichen Historikern der Versuch angestellt, das sowjetische System mit jenem des Nationalsozialismus gleichzusetzen. Der Begriff „totalitär“, der auf beide Systeme anwendbar ist, erlebt eine dementsprechende Hochkonjunktur.¹⁹¹

Während der Totalitarismusbegriff in den 1930er-Jahren bereits existiert, wird er zunächst ausschließlich dazu verwendet, den italienischen Faschismus zu beschreiben.¹⁹² Im Laufe der 1950er Jahre wird der Begriff allerdings neu definiert, besonders relevant sind dabei zwei deutsche WissenschaftlerInnen.

Zum ersten zu nennen ist Hannah Arendt, die mit ihrem ursprünglich 1951 veröffentlichten Werk „The Origins of Totalitarianism“ bedeutende Schritte setzt, um den Totalitarismus von den davor existierenden autoritären Regimen abzuheben. Der Totalitarismus, wie er im nationalsozialistischen Deutschland betrieben wurde, ist laut Hannah Arendt einzigartig in der Weltgeschichte und stellt ein neues Phänomen dar, das es separat zu erforschen gilt. Arendts Totalitarismustheorie baut dabei unter anderem darauf auf, diesen als ein „Massenphänomen“ zu sehen und die Bedeutung des politischen Terrors hervorzuheben.¹⁹³

Zweitens ist Carl Joachim Friedrich zu nennen, der oft als Begründer der „klassischen Totalitarismustheorie“ genannt wird. Friedrich stellt erstmals eine einfache Liste an Eigenschaften

¹⁹¹ Vgl.: Alfons Söllner, Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts (Berlin 1997), S. 11-12.

¹⁹² Vgl.: Jörg Baberowski, Totalitarismustheorie? Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 12 (2009) S.966

¹⁹³ Vgl.: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft (Frankfurt 1955)

auf, die den Totalitarismus auszeichnen.¹⁹⁴ Damit ist eine wissenschaftliche Blaupause für den Totalitarismusbegriff geschaffen, die auch auf andere Staaten anwendbar ist.

Tatsächlich wird die Diskussion um den Totalitarismus so dominant, dass jene über Diktaturen davon überschattet werden.¹⁹⁵ Die gegenseitige Entwicklung, zurück zu der Erforschung des Diktaturbegriffes, beginnt ab den 1970er Jahren, wird allerdings erst im Laufe der 1990er Jahre wieder zum dominanten Diskurs. Eine zentrale Rolle spielt dabei der spanische Soziologe und Politikwissenschaftler Juan Linz.

Linz' bedeutendster Beitrag ist eine Aufteilung in autoritäre und totalitäre Systeme, die gleichzeitig eine engere Definition des Totalitarismusbegriffs mit sich bringt. Er konzentriert sich dabei auf die Bedeutung der Ideologie innerhalb des Systems, auf das Ausmaß an toleriertem Pluralismus in der Gesellschaft sowie auf die begrenzten Möglichkeiten der politischen Partizipation als trennende Faktoren.¹⁹⁶ Linz kritisiert unter anderem auch vorangehende Ansichten, die seiner Meinung nach nicht genug Wert auf eine solche Unterscheidung gelegt hätten:

„[...] my commitment to the concept of totalitarianism is based on an intellectual need to distinguish a particular form of regime and society from other nondemocratic polities. It is not based as much on the distinction between democracy and totalitarianism, [...] nor on Hannah Arendt's emphasis on terror, but focuses instead on a regime form completely organizing political life and society.“¹⁹⁷

Linz beschäftigt sich ebenfalls intensiv mit dem Zusammenbruch demokratischer Systeme und welche Faktoren ein darauf folgendes autoritäres System bestärkten. Er stützt sich dabei unter anderem auf den Begriff der Krise und den Moment des „Breakdowns“.¹⁹⁸

In jüngerer Vergangenheit werden Linz' Ideen über die Unterscheidung von autoritären und totalitären Systemen vor allem im Kontext der post-kommunistischen Regime in Osteuropa besonders relevant und erlangen dadurch weitreichende Anerkennung. Aufbauend auf die Kategorisierung von Linz, entwickelt der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel eine eigene Definition von autoritären und totalitären Systemen. Er fügt Linz' Definitionen noch die

¹⁹⁴ Vgl.: Carl J. Friedrich, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* (Cambridge 1956)

¹⁹⁵ Vgl.: Evelyn Bokler-Völkel, *Staat und Diktatur*. In: Rüdiger Voigt (Hrsg.) *Handbuch Staat* (Wiesbaden 2018) S.265-274

¹⁹⁶ Vgl.: Juan J. Linz, Schritte zur Definition Autoritärer Regime. In: Raimund Krämer (Hrsg.), *Autoritäre Systeme im Vergleich* (Potsdam 2005) S.5

¹⁹⁷ Vgl.: Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes* (London 2000) S.4

¹⁹⁸ Vgl.: Juan J. Linz, *The Breakdown of Democratic Regimes* Bd.1 – Crisis, Breakdown and Reequilibration (Baltimore 1978)

Kategorien des Herrschaftsanspruches, im Sinne der Kontrolle einzelner Bürger, und der Herrschaftsweise, im Sinne des Ausmaßes an Rechtsstaatlichkeit, hinzu.¹⁹⁹

Eine grundlegend andere Perspektive präsentiert indes der deutsche Historiker Ernst Nolte in seinem 1986 erstveröffentlichten Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945“. Er sieht darin den Faschismus als Teil einer Gegenbewegung zu der von den Bolschewisten ausgerufenen Weltrevolution. Laut Nolte sei es eben auch am US-amerikanischen *red scare* zu beobachten, welche Auswirkungen die Angst vor dem Kommunismus auf die politische Stabilität eines Staates haben kann. Da Mitteleuropa vom sowjetischen Kommunismus sowohl geographisch wie auch historisch noch mehr betroffen gewesen sein als die USA und auch tatsächlich eine entsprechende revolutionäre Phase durchlebt habe, sei es naheliegend, dass die entsprechende Gegenreaktion sich in Form eines europaweiten Bürgerkrieges ausgelebt habe. Die faschistischen Systeme in Deutschland, Italien und Österreich seien als extreme Auslebung dieser Gegenreaktion zu verstehen.²⁰⁰ Noltes These stieß auf starke Kritik, stellt sie doch die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus in Frage und kann deshalb auch als eine Relativierung der Verbrechen dieses Regimes verstanden werden. Die Vorarbeiten, die Nolte zu diesem Buch veröffentlicht, gelten auch als Auslöser des deutschen Historikerstreits.²⁰¹

Die Totalitarismustheorie ist indes wieder in den Hintergrund gerückt. Gerhard Besier, der nach der Jahrtausendwende auch als Direktor des Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung tätig war, erklärt 2006 die Totalitarismustheorie für gescheitert und kündigt an, das Institut wolle sich in Zukunft intensiver mit den Übergängen zwischen Demokratien und Diktaturen auseinandersetzen.²⁰²

Trotz dieses Umschwungs der letzten Jahre bleibt die Diktatur eine schwer definierbare und vor allem zu wenig erforschte Staatsform. Tatsächlich fehlt den Geschichts- und Politikwissenschaften eine umfassende Studie über die Diktaturen der Zwischenkriegszeit. Vergleiche einzelner Systeme existieren in großer Zahl und das Material über den Faschismus, Nationalsozialismus und Sowjetischen Kommunismus ist umfassend vorhanden, doch eine gemeinsame Analyse aller damaliger Diktaturen wurde bis dato noch nicht versucht.²⁰³

Die gegenwärtige Diktaturforschung beschäftigt sich stattdessen bevorzugt entweder mit Diktaturen in Lateinamerika oder mit sogenannten „transitorischen Systemen“. Gemeint sind damit jene

¹⁹⁹ Vgl.: Jürgen Bellers, Vorwort. In: Mario Petri (Hrsg.), Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart. (Berlin 2006) S.14-15

²⁰⁰ Vgl.: Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945 (Berlin 1987) S.3-27, 533-549

²⁰¹ Vgl.: Ebd. S.1

²⁰² Vgl.: Sven Kellerhoff, Die Totalitarismustheorie ist gescheitert. In: Die Welt Online. Online unter: <https://www.welt.de/print-welt/article91353/Die-Totalitarismustheorie-ist-gescheitert.html> letzter Zugriff am 22.11.2019.

²⁰³ Vgl.: Armin Pfahl-Traughber, Staatsformen im 20.Jahrhundert I. Diktatorische Systeme. In: Alexander Gallus, Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart. (Köln/Wien 2004) S.254-255

Staaten, in denen bis vor kurzem eine diktatorische Herrschaftsform existiert hat und die sich aktuell in einem Entwicklungstadium auf dem Weg zu einer Demokratie befinden.²⁰⁴ Jene Historiker, die heute noch über die Diktaturen der Zwischenkriegszeit schreiben, halten sich dabei größtenteils an die Linzsche Aufschlüsselung. So unterscheidet zum Beispiel Besier in „Das Europa der Diktaturen“ zwischen konstitutionellen Diktaturen, autoritären Diktaturen und totalitären Diktaturen. Dabei suggeriert er eine Entwicklung, die von der konstitutionellen über die autoritäre bis hin zur totalitären Diktatur entsteht, am eindeutigsten sei diese in Italien zu sehen gewesen. Der Prozess sei auch besonders schnell in Deutschland sichtbar, besonders langsam in der Sowjetunion.²⁰⁵

Etwas differenzierter versucht Paolo Farneti am Beispiel von Italien den Werdegang einer Diktatur zu erklären²⁰⁶. Farneti konzentriert sich stark auf den Begriff der Krise und wie diese herbeigeführt wird. Seine Argumentation basiert darauf, dass der Demokratisierungsprozess des 19. und 20.

Jahrhunderts in Europa ein Ungleichgewicht in zivilen und öffentlichen Angelegenheiten herbeigeführt habe, dieses wiederum hätte in vielen der weniger stabilen europäischen Systeme eine politische Krise erzeugt. Farneti sieht drei verschiedene Wege aus dieser Krise. Entweder sie wird über legitime politische Alternativen gelöst, was einen Bestand des Status Quo mit sich bringt, oder aber es wird durch eine Revolution oder einen Coup d’Etat ein Herrschaftswechsel veranlasst. Wenn keine der vorangehenden Optionen genutzt wird, so entsteht ein Machtvakuum im Staat. In diesem Machtvakuum kommen schließlich kleine Gruppen oder Einzelpersonen zum Zug und errichten eine Diktatur.²⁰⁷

Ein weiterer Ansatz der Diktaturforschung, der sich erst seit den 90er und 00er Jahren etabliert, ist die vergleichende Diktaturforschung. Diese fußt auf einem eingehenden Vergleich der Regime des Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus, des russischen Kommunismus und der DDR. Das gesetzte Ziel dieser Forschungsrichtung ist es, die vereinenden Faktoren und Methoden eines diktatorischen Regimes herauszuarbeiten. Auch hier wird jedoch meist davon abgesehen, andere europäische Diktaturen der 20er und 30er Jahre in die Analyse miteinzubeziehen.²⁰⁸

Vergleicht man die hier präsentierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen mit jenen der Jahre 1925 bis 1935, so werden einige grundlegende Unterschiede auffällig. Ein leitendes Thema der Diktaturforschung der letzten 60 Jahre ist zweifellos die kollektive Aufarbeitung der Verbrechen des

²⁰⁴ Vgl.: Mario Petri (Hrsg.), Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart. (Berlin 2006)

²⁰⁵ Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006) S.23-30.

²⁰⁶ Vgl.: Paolo Farneti, Social Conflict, Parliamentary Fragmentation, Institutional Shift, and the Rise of Racism: Italy. In: Juan Linz (Hrsg.), The Breakdown of Democratic Regimes Bd.2 – Europe (Baltimore 1978) S.4-8

²⁰⁷ Grundsätzlich sind Farnetis Ausführungen eine Erweiterung der Linzschen Theorie des „Breakdowns“ vgl.: Juan Linz , The Breakdown of Democratic Regimes Bd.1 – Crisis, Breakdown and Reequilibration (Baltimore 1978)

²⁰⁸ Vgl.: Detlef Schmieden-Akermann, Diktaturen im Vergleich (Darmstadt 2002) S.11-19

Nationalsozialismus. Dass die Systeme in Deutschland, Italien und der Sowjetunion einzigartig seien, wurde mit dem Totalitarismusbegriff, unter anderem durch das besonders einflussreiche Werk Hannah Arendts, erstmals festgelegt und später augenscheinlich mit einer gewissen Selbstverständlichkeit weiter postuliert. Während die Einzigartigkeit dieser totalitären Systeme auch in der Zwischenkriegszeit bereits immer wieder erwähnt wird, so wird gelegentlich noch der Versuch gemacht, andere Kategorien zu finden. Italien, Jugoslawien und die Türkei werden als „Mittelmeerdiktaturen“ bezeichnet, es wird von Kriegsgewinnern und Kriegsverlierern gesprochen. Die Kategorisierung erfolgt also auf anderen Grundlagen, kommt aber in vielen Fällen zu ähnlichen Schlussfolgerungen.

Hätte man indes Noltes Buch „Der europäische Bürgerkrieg“ bereits 1930 veröffentlicht, so hätte es auch damals eine viel diskutierte These dargestellt. Die beiden italienischen Politiker, Nitti und Sforza, hätten Noltes These einer Gegenreaktion zum Bolschewismus wohl bestritten, während so mancher deutscher Autor seine Zustimmung ausgesprochen hätte. Die Idee einer bolschewistischen Bedrohung und der entsprechenden Gegenreaktion der Bevölkerung ist zweifellos ein leitendes Thema in diesen frühen Anfängen der Diktaturforschung.

Komplett verschwunden ist hingegen der völkische Aspekt, der bei so manchen Aufsätzen der 1930er Jahre noch zur Sprache gebracht wurde. Wurde von den Zeitzeugen der Zwischenkriegszeit noch oft erwähnt, dass etwa die Deutschen, die Russen oder die Türken als gesammelte Nation mehr oder weniger anfällig für autoritäre Herrschaftsverhältnisse seien, so sind solche Ansätze unter anderem durch die wissenschaftliche Professionalisierung der Geschichts- und Politikwissenschaften heute komplett aus dem Diskurs verschwunden.

Ansonsten bringt die moderne Forschung einige Aspekte ein, die von zeitgenössischen Beobachtern noch nicht betrachtet wurden. Eine Gemeinsamkeit findet sich zwar im Begriff der Krise – diese wird allerdings von Linz, Farneti und anderen grundlegend anders definiert als etwa 50 Jahre zuvor von Forst de Battaglia, Sforza oder Laski. Die differenzierte Analyse der Machtstrukturen innerhalb eines einzelnen Staates, wie sie zum Beispiel von Farneti dargestellt wird, fehlt in den meisten Abhandlungen der 1930er Jahre. Stattdessen werden Aspekte wie Außenpolitik, die wirtschaftliche Situation im Staat oder die parlamentarischen Vorgehensweisen hervorgehoben. Die Krise der Demokratie, die etwa Laski bereits 1932 beschreibt, umspannt die gesamte westliche Welt. Die Krise, die laut Linz einen demokratischen Staat zum „Breakdown“ führen kann, ist hingegen inheränt in der politischen Situation dieses Staates. Zwar weist auch Linz auf die Bedeutung sozio-ökonomischer

Strukturen hin, er möchte aber darauf hinweisen, dass ein stabiles System diese Form einer Krise überwältigen kann.²⁰⁹

Mit der vergleichenden Diktaturforschung findet hingegen die aktuelle Wissenschaft wieder einen Bogen zurück zu ihren Ursprüngen. Der Vergleich zwischen Deutschland und Italien wurde schon von zeitgenössischen Beobachtern wie Hermann Martin angestellt, auch Karl Loewenstein und Forst de Battaglia analysierten die beiden Staaten schon sehr genau. Auch der Vergleich zwischen Faschismus und Bolschewismus wurde öfters angestellt, genannt seien an dieser Stelle unter anderem Ernest Barker und Francesco Nitti. Die vergleichende Diktaturforschung kann sich also auf Ursprünge bis ins Jahr 1926 berufen.²¹⁰

Es bleibt zu erwähnen, dass eben jenes Material, das sich nicht ausschließlich mit den totalitären Diktaturen in Deutschland, Italien und der Sowjetunion auseinandersetzt, nur schwer mit moderner Forschung vergleichen lässt. Die Erforschung der Militärdiktaturen in Spanien und Polen, der Königsdiktatur in Jugoslawien oder des diktatorischen Regimes Mustafa Kemals ist zwar fortgeschritten, eine zusammenhängende Systemtheorie und damit ein Gesamtbild der politischen Situation Europas wurde jedoch noch nicht versucht. Damit fehlt ein Kernelement, das für einen entsprechenden Vergleich notwendig wäre.

²⁰⁹ Vgl.: Juan Linz , The Breakdown of Democratic Regimes Bd.1 – Crisis, Breakdown and Reequilibration (Baltimore 1978) S.11-13

²¹⁰ Eine Beobachtung, die auch Detlef Schmiedchen-Ackermann bereits machte. Vgl.: Detlef Schmiedchen-Ackermann, Diktaturen im Vergleich (Darmstadt 2002) S.24-25

6. Conclusio

Nachdem sowohl Forst de Battaglias „Prozess der Diktatur“ wie auch eine umfassende Auswahl ähnlicher Literatur historisch und wissenschaftlich kontextualisiert wurde, kann an dieser Stelle wieder der Bogen zurück zu den ausgehenden Forschungsfragen und Thesen gemacht werden.

Es wurde zu Beginn dieser Arbeit die Frage gestellt, welche leitenden Ideen und Themen die hier besprochenen Aufsätze über die Diktatur bestimmen. Die Antwort darauf müsste so vielfältig sein, wie es die Meinungen über die Diktatur im Jahr 1930 waren. Es können allerdings einige gemeinsame Punkte hervorgehoben werden.

Zum ersten ist eine Diskussion über die Diktatur in fast allen Fällen mit einer Diskussion ihrer Antithese, der parlamentarischen Demokratie, gleichzusetzen. Die Bedeutung parlamentarischer Prozesse und inwieweit diese die Problematiken der Staatsführung lösen können ist ein zentrales Thema aller Arbeiten, die hier präsentiert wurden. Ob der Parlamentarismus oder die Diktatur das besser geeignete System für den jeweiligen Staat zum jeweiligen Zeitpunkt darstellen, ist häufig mit der politischen Ausrichtung des entsprechenden Kommentators zu verknüpfen.

Zweitens kann von einem Problem der Kategorisierung gesprochen werden. Wer sich mit den europäischen Diktaturen auseinandersetzt, der möchte gleichzeitig auch eine Differenzierung der verschiedenen autoritären Systeme in Europa anstellen. Die wissenschaftliche Grundlage dieser Kategorisierung ist jedoch dünn, was häufig eine sehr vage Einteilung in Diktaturen, die „gut“ oder „schlecht“ für den Staat und die Bevölkerung seien, zur Folge hat. Das beste wissenschaftliche Instrument, das von Zeitgenossen angewandt werden kann, um diese Herrschaftsformen besser zu unterscheiden, ist die antike Unterscheidung zwischen Diktatur und Tyrannis.

Als eine direkte Folge dieser Kategorisierung entspringt, drittens, ein positiver Ausblick in die Zukunft. Die von vielen Beobachtern vertretene Meinung, es sei die Diktatur grundsätzlich nicht zu verurteilen, wenn sie nur unter den richtigen Rahmenbedingungen stattfindet, führt zu einer fehlgeleitet optimistischen Einschätzung der politischen Situation im Europa der 1930er-Jahre.

Es konnte außerdem dargelegt werden, dass „Prozess der Diktatur“ eine einzigartige Quelle für die Erforschung der Mentalitäten über die Diktaturen der 1920er und 30er Jahre darstellt. Das Werk ist dabei weder als eine wissenschaftliche Aufarbeitung, noch als die Abrechnung eines bürgerlich-liberalen Lagers mit der Diktatur zu verstehen. Es handelt sich größtenteils um eine Sammlung von Meinungen politischer Amtsträger und anderer öffentlich bekannter Personen, die Forst de Battaglias Sammelband als eine Plattform für ihre persönliche oder politische Agenda nutzten. Battaglias Urteil, der „Freispruch im Prozess der Diktatur“ kommt wenig überraschend und bestätigt in weiten Teilen den Trend der Relativierung, der von zeitgenössischen Beobachtern gegenüber dem Prozess der zunehmenden Autokritisierung Europas an den Tag gelegt wird.

Detlef Schmiedchen-Ackermann sieht diesen Freispruch für die Diktatur und die grundsätzliche Ambivalenz, die gegenüber der Diktatur an den Tag gelegt wird, als ein ideales Beispiel dafür, dass die europäische Diktaturforschung dieser Periode nur wenig wissenschaftliche Grundlagen aufweisen konnte und meint, es überrasche daher nicht, dass die heute noch richtungsweisenden Referenzwerke der Diktaturforschung dementsprechend aus der Feder von US-Amerikanern oder eben von in die USA emigrierten Deutschen stammen.²¹¹

Dieser Aussage kann grundsätzlich zugestimmt werden, es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass auch die amerikanische Diktaturforschung im selben Zeitraum von dieser hier beschriebenen Ambivalenz nicht frei war. Auch der Harvard-Professor Munro glaubt 1927 an ein baldiges Ende des Zeitalters der Diktaturen²¹², und der in die USA emigrierte Carl Joachim Friedrich – dessen Arbeit über den Totalitarismus eben eines jener richtungsweisenden Referenzwerke darstellt, die Schmiedchen-Ackermann hier erwähnt – begeht den selben historischen Irrtum, in dem er 1931 die Wahrscheinlichkeit einer Diktatur in Deutschland als nur sehr gering einschätzt²¹³

Es wurde weiter die Frage gestellt, welche Grundvoraussetzungen laut den Kommentatoren der Zwischenkriegszeit für die Errichtung einer Diktatur notwendig seien. Auch hier müssen aus einer Vielzahl an unterschiedlichen Analysen die vereinenden Punkte genannt werden.

Auf der Suche nach dem Grund für das Aufkommen dieser autoritären Systeme findet sich bei fast ausnahmslos allen hier betrachteten Essays, Monographien und Sammelbänden ein gemeinsamer Schuldiger: der erste Weltkrieg. Kaum eine Abhandlung der autoritären Systeme in Europa kommt ohne eine Erwähnung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges aus. Dabei fehlt, wohl auch aufgrund der sehr dünnen wissenschaftlichen Grundlage, eine genaue Ausdifferenzierung dieses Phänomens der „Nachkriegsneurose“. Viele Autoren – besonders zu nennen sind dabei Carlo Sforza und Alexander Lowell – stellen den Krieg mit all seinen Konsequenzen als das grundlegende Problem dar, ohne dabei genauer auf diese Konsequenzen einzugehen. Die am häufigsten genannte Folgewirkung des Krieges ist die Verarmung der Bürgerschicht. Diese wird häufig auch direkt als eine Voraussetzung für die Etablierung einer Diktatur genannt.

In vielen Fällen wird auch die These der Gegenreaktion auf den Bolschewismus als ein bedeutender Antrieb antidemokratischer Systeme dargelegt. Wie hier versucht wurde darzustellen, ist es naheliegend, dass diese These durch einen kurzzeitigen Schock der europäischen Bürgerschicht entstand, der etwa von der deutschen Novemberrevolution ausgelöst wurde. Es finden sich auch Gegenstimmen zu dieser These, besonders vehement äußert sich dazu Francesco Nitti in

²¹¹ Vgl.: Detlef Schmiedchen-Ackermann, Diktaturen im Vergleich (Darmstadt 2002) S. 24

²¹² Vgl.: William Bennet Munro, The Resurgence of Autocracy. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 5/4 (1927) S.605-616

²¹³ Vgl.: Carl Joachim Friedrich, Dictatorship in Germany?. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 9/1 (1930) S.118-132

„Bolschewismus, Fascismus und Demokratie“.

Nimmt man diese beiden Argumente zusammen, so entsteht das allgemeine Bild einer politischen Krise in Europa. Dieser Krisenbegriff wird ebenfalls häufig angewandt, unter anderem wird dabei auch in vielen Analysen der Bogen zur antiken Diktatur geschlagen. Das Bild des Diktators, der in Krisenzeiten einberufen wird, um danach wieder zu einer regulären Herrschaftsform zurückzukehren, bleibt also von großer Bedeutung.

Zuletzt sei an dieser Stelle die These von starken demokratischen Traditionen und Institutionen im Staat erwähnt. Einige Autoren betonen einen direkt inversen Zusammenhang zwischen der Robustheit und Tradition des parlamentarischen Systems und der Etablierung der Diktatur. Es herrscht dabei allerdings Uneinigkeit in der Frage, welche europäischen Staaten über solche robusten Institutionen verfügen und in welchen der Parlamentarismus noch nicht ausreichend etabliert wurde um als stabil gewertet zu werden.

Weiter zu klären galt die Frage, welche Parallelen zwischen der modernen Diktaturforschung und den Beobachtungen der 1930er Jahre gezogen werden können. Es kann hier festgehalten werden, dass das weitgehende Fehlen einer wissenschaftlichen Grundlage der politischen Diskussion rund um das Jahr 1930 diesen Vergleich äußerst schwierig macht. Trotzdem konnten Parallelen zu Ernst Noltes Theorie eines „europäischen Bürgerkrieges“ und im Krisenbegriff gefunden werden. Ähnlich wie der Diktaturbegriff hat sich der Krisenbegriff jedoch über die Jahrzehnte hinweg sehr verändert. Spricht etwa Harold Laski von einer Krise der Demokratie, sind seine Argumente nicht mit jenen von Juan Linz „Crisis, Breakdown and Reequilibration“ gleichzusetzen.

Die wichtigste Parallelie ist die Kontinuität in der Kategorisierung der Systeme. Die Totalitarismusforschung ist eine logische Folge der augenscheinlichen Verwirrung ihrer Vorgänger, verstärkt durch den kollektiven Schock der Verbrechen des NS-Regimes und durch den zweiten Weltkrieg.

Kann Aufgrund dieser Analysen also behauptet werden, dass die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre eine dauerhafte Neuausrichtung der Diktaturforschung ausgelöst hat?

Diese zu Beginn der Arbeit aufgestellte These kann aufgrund der mangelnden Diskussion um die Wirtschaftskrise nur schwer geprüft werden. Die Erwartungshaltung, die zu Beginn der Arbeit eingenommen wurde, vermutete eine stärkere Ausrichtung auf ökonomische Themen in Bezug zur Diktatur beginnend mit dem Jahr 1930. Die ersichtlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den publizierten Diskurs sind allerdings nur gering und können nicht als handfeste Beweise herangezogen werden. Thesen, nach denen die ökonomischen Bedingungen zentral für die Etablierung einer Diktatur seien, treten sowohl vor dem Jahr 1929 wie auch danach auf.

Diese These muss an dieser Stelle also verworfen werden. Es kann allerdings an ihrer Stelle eine

andere Beobachtung festgehalten werden.

Tatsächlich ist ein bedeutsamer Umbruch in der Diskussion der europäischen Diktaturen mit dem Jahr 1933 festzustellen. Durch die Machtergreifung Hitlers wurde die politische Landschaft in Europa komplett verändert – was sich wiederum auf den politikwissenschaftlichen Diskurs ausgewirkte. Die Diktaturen in Polen, Jugoslawien oder der Türkei rücken mit diesem Datum in den Hintergrund der Debatte, das totalitäre Dreieck bestehend aus Italien, der Sowjetunion und Deutschland bestimmt ab diesem Zeitpunkt jede Diskussion über die Diktatur. Da, wie oben dargestellt, die Totalitarismusforschung als eine direkte Folge dieser Ideen verstanden werden kann, kann auch von einer *dauerhaften Neuausrichtung* gesprochen werden.

Die zweite zu Beginn der Arbeit formulierte These kann an dieser Stelle bestätigt werden. Es wurde postuliert, dass die Bedrohung der politischen Stabilität durch rechtsextreme und nationalistische Bewegungen von zeitgenössischen Beobachtern unterschätzt wurde. Dass dies der Fall ist, ist an zwei zentralen Punkten zu erkennen.

Erstens ist die oben erwähnte optimistische Einschätzung gegenüber der Zukunft Europas ein klares Zeichen, dass etwa dem italienischen Faschismus nicht zugetraut wurde, die europäischen Staaten ernsthaft zu destabilisieren. Auch den faschistischen und nationalistischen Bewegungen in Österreich wird nicht zugesprochen, eine ernsthafte Bedrohung für den Staat selbst, oder gar für umliegende Staaten darzustellen. Geht es um eine europaweite Destabilisierung, wird lediglich der Bolschewismus als eine potentielle Gefahr dargestellt.

Zweitens kann die Fehleinschätzung der Gefahr durch die Nationalsozialisten in Deutschland als das wichtigste Beispiel für die genannte These herangezogen werden. Während die mangelnde Auseinandersetzung der faschistischen Bewegungen in Deutschland in den Jahren 1925-1929 noch durch deren eher geringe politische Relevanz erklärt werden kann, so kann dieses Argument in den 1930er Jahren, in denen der deutschnationale und nationalsozialistische Block die politische Realität in Deutschland zunehmend bestimmten, nicht mehr gemacht werden. Trotzdem finden sich in diesem Zeitabschnitt eine Vielzahl an Analysen, die Hitler und seiner Partei nicht zuschreiben wollen, eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie in Deutschland darzustellen.

An dieser Stelle lohnt es sich darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeit einer Abkehr vom antidemokratischen Weg auch in diesen späten Phasen der Weimarer Republik heute noch gelegentlich diskutiert wird. Der Soziologe Mario Rainer Lepsius argumentiert dies zum Beispiel damit, dass die Wiederwahl Hindenburgs im Jahr 1932 eigentlich die Existenz einer pro-demokratischen Mehrheit in Deutschland bezeuge.²¹⁴ Mit einem Blick auf die Wahlergebnisse der

²¹⁴ Vgl.: Markus Rainer Lepsius, From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialst Takeover: Germany. In: Juan Linz (Hrsg.), the Breakdown of Democratic Regimes Bd.2 – Europe (Baltimore 1978) S.38-39

NSDAP bei den Reichstagswahlen der Jahre 1930 und 1932 ist es trotzdem verwunderlich, dass zeitgenössische Kommentatoren den Nationalsozialisten einen nur begrenzten Einfluss auf die Stabilität der Republik zusprechen.

Während also Forst de Battaglia der Diktatur den Prozess macht, so wurde an dieser Stelle eine ähnliche Abhandlung über die Diktaturforschung seiner Zeit unternommen. Die Frage nach dem Urteilsspruch erübrigts sich dabei. Die Geschichte hat ihr Urteil in den Jahren 1939 bis 1945 bereits gefällt. Ob eine intensivere, wissenschaftlichere und weniger optimistische Diktaturforschung in der Zwischenkriegszeit diese Entwicklung verändert hätte, sei an dieser Stelle dahingestellt. In jedem Fall hätte sie dabei geholfen, etwa den Begriff des Totalitarismus zu einer früheren Blüte zu führen, womit die zeitgenössischen Beobachter wohl ein zusätzliches Instrument zu Verurteilung der nationalsozialistischen Doktrin zur Hand gehabt hätten.

Ein Werk wie es „Prozess der Diktatur“ war, wäre heute nur noch schwer zu realisieren. Ein entsprechender Band müsste wohl Stimmen von Persönlichkeiten wie Barack Obama, Theresa May, und Noam Chomsky beinhalten. Dieses hypothetische Buch wäre allerdings auch für die momentane politische Situation von großer Relevanz. Im Laufe des zweiten Jahrzehntes des 21. Jahrhunderts kam die Demokratisierung in Europa wieder ins Stocken. Galt vor wenigen Jahren ein Rückkehr der Diktatur beispielsweise in Ungarn noch als völlig ausgeschlossen²¹⁵, äußern heute so manche Stimmen ernsthafte Bedenken über die demokratiepolitische Entwicklung in dem Land. Die jahrzehntelange politische Stabilität in Europa geriet in den letzten Jahren durch Entwicklungen wie den geplanten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, oder die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens in Spanien erstmals wieder leicht ins Wanken.

Von einer ernsthaften Bedrohung der demokratischen Verhältnisse in Mittel- und Westeuropa ist bis dato noch nicht zu sprechen. Doch wie in dieser Arbeit unter anderem dargelegt werden konnte, war man sich in Europa auch bis ins Jahr 1933 noch sicher, dass eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen nur eine Frage der Zeit sei und das Zeitalter der autoritären Systeme ein baldiges Ende finden würde. Die Ereignisse der darauf folgenden Jahre sind allgemein bekannt. Es kann also an dieser Stelle lediglich davor gewarnt werden, Demokratie, Verfassungstreue und die Einhaltung von Menschenrechten auch heute als selbstverständlich zu betrachten.

²¹⁵ Vgl.: Frank Nietzsche, Ungarn. In: Mario Petri (Hrsg.), Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart. (Berlin 2006) S.512

Literaturverzeichnis

Artikel in Zeitschriften und Zeitungen:

Hamilton Fish *Armstrong*, Yugoslavia and the royal dictatorship. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 7/4 (1929) S.600-615

Jörg *Baberowski*, Totalitarismustheorie? Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 12 (2009) S.960 - 970

A. Mendelsson *Bartholdy*, The Political Dilemma in Germany. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 8/4 (1930) S.620 – 631

Ernest *Barker*, Democracy Since the War and Its Prospects for the Future. In: The Royal Institute for International Affairs, International Affairs 13/6 (1934) S.751-771

Viktor *Chernov*, Josef Pilsudski - from Socialist to Autocrat. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 14/1 (1935) S.146-155

Carl Joachim *Friedrich*, Dictatorship in Germany?. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 9/1 (1930) S.118-132

Friedrich W. *Foerster*, Germany and Austria – A European Crisis. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 9/4 (1931) S.617-623

Malbone W. *Graham*, The „Dictatorship“ in Yugoslavia. In: The American Political Science Review 23/2 (1929) S.449-459

John *Gunther*, Dolfuss and the Future of Austria. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 12/2 (1934) S.306-318

Kautter, Prozess der Diktatur. In: Gerichtsaal Bd.101 (Wien 1931) S.415-416

A. Kerensky, on Democracy and Dictatorships. In: The Slavonic and East European Review 13/37 (1934) S.50-65

Erich Koch-Weser, Radical Forces in Germany. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 9/3 (1931) S.435-440

Hans Kohn, Ten Years of the Turkish Republic. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 12/1 (1933) S.141-155

Oscar Levy, Zeitgeschichtliche Anmerkungen. In: Die Literatur Jg.32 (1930) S.733-734

A. Lawrence Lowell, The Present Crisis of Democracy. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 12/2 (1934) S.183-192

Karl Löwenstein, Autocracy versus Democracy in Contemporary Europe. In: The American Political Science Review 29/4 (1935) S.571-593

William Bennet Munro, The Resurgence of Autocracy. In: Council on Foreign Relations, Foreign Affairs 5/4 (1927) S.605-616

Huntley P. Paterson, Dictatorship on it's Trial. In: Elements of an American Foreign Policy. Nr. 156 (7.1931) S.156

R.W. Seton-Watson, The Background of the Jugoslav Dictatorship. In: The Slavonic and East European Review 10/29 (1931) S.363-376

Henry R. Spencer, European Dictatorships. In: The American Political Science Review 21/3 (1927) S.537-551

Friedrich Sternthal, Prozess der Diktatur. In: Literarische Welt Jg.6 Nr.31 (1.8.1930) S.6

A Symposium on Dictators. In: The New Statesman Nr.36 (1931) S.470

A. Winkle, Prozess der Diktatur. In: Wiener Zeitung Nr.140 (1930) S.6

Buchanzeigen. Badener Zeitung (11.11.1929) S.4

Das Buch der Stunde. Neue Zeitschrift für Musik (1930) S.877

Dictatorship on its Trial. The American Political Science Review Jg. 25 Nr.3 (8.1931) S.793

Prozess der Diktatur. In: Times Literary Supplement Jg.30 (1931) S259

Monographien

Helmut Altrichter, Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991 (München 2001)

Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (Frankfurt 1955)

Schlomo Ben-Ami, Fascism from Above - The Dictatorship of Primo der Rivera in Spain 1923-1930 (Oxford 1983)

Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen – eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts (München 2006)

Murray Bookchin, The Spanish Anarchists - The Heroic Years 1868-1936 (Edinburgh 1998)

Robert C. Brooks, Deliver us From Dictators! (Philadelphia 1935)

Francis Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919 (Köln 1973)

Carl J. Friedrich, Totalitarian Dictatorship and Autocracy (Cambridge 1956)

Dick Geary, European Labour Protests 1848-1939 (London 1981)

Dick Geary, Labour and socialist movements in Europe before 1914. (Oxford/New York/München 1989)

Raimund Günther, Diktatur oder Untergang – Neue Wege für Staat und Wirtschaft (Wien 1930)

Hermann Heller, Europa und der Faschismus (Leipzig 1929)

Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur? In: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart – Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften (Tübingen 1930)

Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München 1998)

Harold J. Laski, Democracy in Crisis (London 1933)

Martin *Leinert*, Volksstaat oder Diktatur? Eine Untersuchung auf dem Grunde der deutschen Tradition (Gotha 1930)

Albert *Lindemann*, A History of European Socialism (London 1983)

Juan J. *Linz*, Totalitarian and Authoritarian Regimes (London 2000)

Juan J. *Linz*, Totalitäre und Autoritäre Regime (Berlin 2003)

Hermann *Martin*, Demokratie oder Diktatur? (Berlin 1926)

Fransco *Nitti*, Bolschewismus Fascismus und Demokratie (München 1926)

Ernst *Nolte*, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945 (Berlin 1987)

Ferdynand *Ossendowski*, Lenin (Berlin 1930).

Joseph *Rothschild*, Pilsudki's Coup D'Etat (New York/London 1966)

Sabrina P. *Ramet*. The three Yugoslavias: state-building and legitimization, 1918-2005. (Washington D.C/Bloomington 2006)

Detlef *Schmiechen-Akermann*, Diktaturen im Vergleich (Darmstadt 2002)

Carl *Schmitt*, Die Diktatur – unveränderter Nachdruck der 1928 erschienen 2.Auflage (Berlin 1978)

Carlo *Sforza*, Europäische Diktaturen (Berlin 1932)

Alfons *Söllner*, Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts (Berlin 1997)

Franz *Winkler*, Die Diktatur in Österreich (Zürich 1935)

David G. *Williamson*, The Age of the Dictators (Harlow 2007)

John *Whittam*, Fascist Italy (New York 1995)

Sammelbände

Edward *Acton* (Hrsg.), Critical Companion to the Russian Revolution 1914-1921 (London 1997).

Jerzy W. *Borejsza*, Klaus *Ziemer* (Hrsg.) Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe (New York 2007)

Julius *Deutsch* (Hrsg.) Der Faschismus in Europa. (Wien 1929)

Felix *Dietrich* (Hrsg.) Bibliographie der Rezensionen, Band L – LII. (1930)

Bernd J. *Fischer* (Hrsg.) Balkan Strongmen, Dictators and Authoritarian Rulers of Southeast Europe (London 2007)

Otto *Forst de Battaglia* (Hrsg.), Prozess der Diktatur (Wien 1930)

Otto *Forst de Battaglia* (Hrsg.), Dictatorship on its Trial, 1970 Reprint (New York 1970)

Jakub *Forst-Battaglia* (Hrsg.) Otto Forst de Battaglia, der unersetzbliche Vermittler zwischen den Kulturen (Wien 2011)

Alexander *Gallus*, Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart. (Köln/Wien 2004)

Jens Hacke (Hrsg.), Moritz Julius Bonn – Zur Krise der Demokratie. Texte aus der Weimarer Republik 1919-1932 (Berlin 2015)

Christian Koller, Matthias Marschik (Hrsg.), Die Ungarische Räterepublik 1919, Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen (Wien 2018)

Raimund Krämer (Hrsg.), Autoritäre Systeme im Vergleich (Potsdam 2005)

Juan J. Linz (Hrsg.), the Breakdown of Democratic Regimes Bd.2 – Europe (Baltimore 1978)

Dieter Nohlen (Hrsg.) Wörterbuch Staat und Politik (München 1996).

Mario Petri (Hrsg.), Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart. (Berlin 2006)

Roman Taborski (Hrsg.), Otto Forst-Battaglia – Zum Dreissigjährigen Todestag. (Wien 1995)

Rüdiger Voigt (Hrsg.) Handbuch Staat (Wiesbaden 2018)

Online

Eintrag "Sforza, Carlo Graf" so wie „Nitti, Francesco“ in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, Online unter: <http://www-munzinger-de.uaccess.univie.ac.at/document/00000000269> letzter Zugriff am 28.10.2019

Hüseyin I. Çiçek, Von der schwachen Demokratie in die personalisierte Autokratie In: Der Standard Online, 6.7. 2018, Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000082907875/von-einer-schwachen-demokratie-in-eine-personalisierte-autokratie-dogans-tuerkei>. Letzter Zugriff am 27.11.2019

Sven Kellerhoff, Die Totalitarismustheorie ist gescheitert, Die Welt Online. Online unter: <https://www.welt.de/print-welt/article91353/Die-Totalitarismustheorie-ist-gescheitert.html> letzter Zugriff am 22.11.2019

Hans Rauscher, Europa Faschistisch-Autoritär. In: Der Standard Online, 2.2.2016, Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000030254460/europa-faschistisch-autoritaer>. Letzter Zugriff am 27.11.2019

Anhang A: Abstract

In der vorliegenden Arbeit wird eine Sammlung an Werken aus dem Zeitraum 1925 bis 1935, in denen die zunehmende Zahl der autoritären Systeme auf dem europäischen Kontinent thematisiert wird, kontextualisiert und analysiert. Dabei wird dem Sammelband „Prozess der Diktatur“, herausgegeben von Otto Forst de Battaglia und 1930 in Wien veröffentlicht, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es wird zunächst der historische Kontext, unter dem diese Werke entstanden, geklärt, um im Weiteren eine inhaltliche Analyse der Texte und einen Vergleich der verschiedenen Erklärungsansätze für den Prozess des Demokratiezerfalls anzustellen. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse werden schließlich einer knappen Zusammenfassung der modernen Diktaturforschung gegenübergestellt.

Abschließend wird festgehalten, dass Kommentatoren der politischen Prozesse in Europa bereits in dem präsentierten Zeitraum den Versuch anstellten, die verschiedenen Formen autoritärer Systeme klar voneinander zu trennen, wodurch sich eine Kontinuität mit dem später populär gewordenen Totalitarismusbegriff ergibt. Außerdem wird dargestellt, dass die Bedrohung der politischen Stabilität in Europa durch nationalistische und rechtsextreme Strömungen von eben diesen Kommentatoren unterschätzt wurde, was sich wiederrum durch einen überaus optimistischen Ausblick auf die nahe Zukunft des Kontinents äußert.
